

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 8. Mai 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Bürgerliche Tugend und russische Revolution.

(Russische Briefe.)

Mit der russischen Revolution ist ein Wunder geschehen, wie es die Welt noch nie gesehen hat: gerade wo sie ihren Höhepunkt erreicht hatte, nahm sie ein jähes und höchst sonderbares Ende. Zu derselben Zeit, wo in Rußland der erbitterte Kampf des Volkes gegen die Verbrecher und Diebe, die man unter dem Namen „russische Regierungsbande“ zusammenfaßt, sich immer mehr zuspitzt, ist die russische Revolution im Ausland, im lieben bürgerlichen, weichherzigen Europa fast gänzlich aus den Spalten der Blätter verschwunden, und nur kleine Aftentatzen, die schamhaft aus den entlegensten Winkeln kommen, kitzeln die Nerven des europäischen Bourgeois und helfen ihm, sein Mittagessen verdauen. — Die russische Revolution ist verschwunden. — Und noch sonderbarer ist es, daß sie gerade in dem Moment verschwunden ist, wo es sich so gut für das sentimentale Europa gepaßt hätte, aus dem verstaubten Winkel die Pauken hervorzuholen, mit denen es einst so begeistert lärmte über die armenischen und türkischen Greuel, über die Meheleien in Mazedonien und die Unterdrückung der unglücklichen Insel Areta. Tränenden Auges liest der Bourgeois die Nachrichten von den italienischen und amerikanischen Unglücksfällen. Er würde sogar etwas spenden, so ist er von den Leiden seines Nächsten gerührt. Glücklicherweise ist er davon befreit, einerseits durch den Marokkofreit, andererseits durch die Weigerung Amerikas, ausländische Geldspenden anzunehmen. Und Rußland? Oh, dort ist alles ruhig und verstopfen laßt der Bourgeois die russische Reute.

Um dieses Verschwinden der russischen Revolution zu verstehen, müssen wir uns kurz ihre erste Periode ins Gedächtnis zurückrufen. Es war die Zeit des Heldenauflandes des russischen Proletariats und der sich ihm anschließenden bürgerlichen Demokratie. Es war die Zeit, wo der in der Geschichte einzig dastehende Streik der gesamten Nation unter der Führung des Petersburger Arbeiterdeputiertenrats das ganze gewaltige Gebäude der Monarchie erschütterte und dieser mit einem Streich das berühmte Manifest entriß, nach dem schon seit 100 Jahren der russische Mittelstand giert. Die europäische Bourgeoisie ward gelendet. Sie sah vor sich das aufgerichtete Gespenst eines politischen Massenstreiks und mit Grauen und Furcht fühlte sie, daß in ihren Fabrikkellern, in den Kasse-matten ihrer industriellen Schlösser Millionen, durch den Hunger in Ketten geschmiebet, aber Massenbewufter und geistesstarker Proletarier verborgen sind. Und als eine Reihe politischer Streiks Schritt für Schritt alle festen Stützen vernichtete, auf welchen der blutrinne Bundesgenosse der europäischen Börse fuhte, waren alle Zeitungen des Auslandes mit Nachrichten aus Rußland überfüllt, ein Strom von Korrespondenzen ergoß sich dorthin, um über das Vorwärtsschreiten dieser neuen revolutionären Macht des Klassenbewußten sozialistisch gesinnten Proletariats zu berichten. Die Angst hatte Augen und Ohren der europäischen Bourgeoisie geöffnet, die Furcht vor dem neuen mächtigen Feind, die Sorge um das Schicksal ihres östlichen Vandalen, des Wächterhundes des europäischen Kapitalismus.

Aber dann entstand eine neue Epoche des russischen revolutionären Kampfes. Von seinen bürgerlichen Bundesgenossen verlassen, übernahm das Proletariat allein die ganze Last des Aftentampfes und — erlag. Die Regierung bot gegen das Proletariat alle ihre Reserven auf und rief die Barbarei und die jahrhundertlang aufgeschünte Unwissenheit, die Korruption und die Verkommenheit des gänzlich demokratisierten Lumpenproletariats zur Hilfe, ferner die Niedertracht und Hinterlist der russischen Polizeibureaucratie, ihre Geldgier und ihre durch die Furcht vor dem wohlverdienten Strick erhöhte Grausamkeit.

Und man muß dem russischen Polizeigenosse Berechtigtheit widerfahren lassen: was die wilde Reute des Absolutismus nach dem Oktobermanifest im großen Zarenreize vollbracht hat, spottet jeder Beschreibung. Die Salven von Marfelle und die Pariser Guillotinerungen zur Zeit der großen französischen Revolution, die Niederwerfung der Pariser Kommune und die Dresdener Morde, die Wadenschen Kriegsgerichte des Jahres 1848 und das Zeben der Wiener Reaktion — das alles ist nur eine Kinderlei im Vergleich mit dem, was in Rußland vorging. Und selbst wenn wir uns alle Schrecken des Mittelalters, seine Inquisitionen, seine Folterqualen und seine Reherabschlachtungen ins Gedächtnis zurückrufen, finden wir kaum etwas, was der blutigen russischen Orgie des zwanzigsten Jahrhunderts entspricht. Können die Bartholomäusnacht und die türkischen Greuel, können denn die armenischen Meheleien und die Barbareien in China auch nur entfernt damit verglichen werden, was die losgelassenen Schakale der russischen Regierung ausgerichtet haben? Keine menschliche Feder, keine noch so großen Herzen können und dies schreckliche Bild immenschlicher Leiden veranschaulichen. Der Menschenverstand vermag kaum die Möglichkeit solcher zielloser und furchtbarer Greuel zu glauben.

Nach zehntägigem Kampfe fielen im Januar die Moskauer Barrikaden und mit ihrem Falle nahm die erste Periode der russischen Revolution ihr Ende. Es begann die „Beruhigung“.

Der ergrimnte Absolutismus überzeugte sich, daß die russische Bourgeoisie und der russische Liberalismus, wie übrigens jeder andere auch, nur bis vor die ersten Kanonen mit dem Proletariat zusammen geht. Er beschloß, sich für seine feige Furcht vor der Revolution und für seine Niederlagen an der wehrlosen Bevölkerung zu rächen. Moskau und das ganze Moskauer Gouvernement, Nischni-Nowgorod und die Moskauer Eisenbahn fielen als erstes Opfer dem zarischen Gefindel in die Hände. Gleichzeitig wurde die Bewegung der Ostseeprovinzen im Blute erstickt und die Niedermehlung der Letten und Esten unternommen. Die Strafexpeditionen der Denter durchstreiften das ganze Nordwestrußland, und Polen wurde aufs neue erobert. Gleichzeitig fand auch die erneuerte Eroberung Sibiriens statt, und neue Brandstätten, neue Blutströme wüteten den unglücklichen Kaukasus. Die Konterrevolution verrichtete ihre blutige Arbeit, überall nach dem gleichen Schema. Ganze Gegenden und Städte wurden der Herrschaft wilder Kosaken- und Soldatenbanden preisgegeben; sie schossen, mekelten, folterten, plünderten und hängten ohne Ende.

Das war der Beginn des zweiten Aktes der großen russischen Tragödie, aber er fand hinter geschlossenen Türen statt. Schon die ersten Verbrechen der russischen Konterrevolution wurden in Westeuropa als ein erfreulicher Fortschritt der Revolutionserklärung „anerkannt“, und Europa seufzte erleichtert auf. Durch freundschaftliche Verständigung zwischen dem europäischen Kapitalismus und den russischen Herrschern wurden die Pforten Westeuropas geschlossen, und der europäische Bourgeois bemühte sich, das über die russische Grenze herüberdröhnende Stöhnen des russischen Volkes nicht mehr zu hören. Was kümmert es ihn, wie der russische Drache mit seinem Opfer zu Gerichte geht? Was kümmert es ihn, ob Rußlands Henker dabei Schuldige, noch Unschuldige, weder Jung noch Alt schont. Was kümmert es ihn, daß die zarischen Bluthunde elf- und zwölfjährige Kinder vergewaltigen, mit Bajonetten den Leib schwangerer Frauen ausschlagen, dreimal ein und dieselbe Person hängen, die Leichen der Hingerichteten wochenlang an den Galgen baumeln lassen, Verwundete mit Toten zusammen in dasselbe Grab legen, Frauen vor den Augen ihrer sterbenden Väter und Männer entehren? Was kümmert dies den europäischen homnetten Bourgeois? Wäre es in der Türkei geschehen, seine Presse hätte es mit Entrüstung in die Welt hinausgeschrien. Aber es geschieht in Rußland, auf Rechnung des europäischen Kapitals, hinter geschlossenen Türen und verhängten Fenstern; und es handelt sich nicht um Armenier oder Mazedonier, sondern um die Niederwerfung des Proletariats. Nur durch den weißen Schreden läßt es sich niederhalten, und, in Rußland zu Boden gezwungen, — wird das Proletariat auch in Europa ruhig und gehorsam sein. Nag man daher in Rußland fengen, morden und rauben.

Das europäische Kapital träumt schon von einer friedlichen politischen Zölle. Die Revolution ist vorbei! Die „Ausrührer“ und „Meuterer“ haben auf ihren eigenen Nicken die Kraft der zarischen Macht „von Gottes Gnaden“ gespürt. Sie beichten ihre Sünden und vergießen Tränen der Reue und Ergebenheit. Sie verstehen nunmehr die Schädlichkeit der Freiheit und sehnen sich nach einem ruhigen und schmutzigen Stall unter der Obhut der guten Kosaken seiner kaiserlichen Majestät. Natürlich haben sie Schlechteres verdient, sie mühten alle miteinander auf einem Galgen hängen, aber Väterchens Herz steht nicht hinter seiner Gerechtigkeit zurück. Nicht nur, daß er die einen zu lebenslänglicher Zwangsarbeit „begnadigt“, und den andern Kost und Logis hinter Herkergittern auf Staatskosten gewährt, er schickt auch die armen Sünder in entfernte friedliche Gegenden, wo Klima und Natur ihnen genügenden Stoff zur Selbstergehung und Selbstvervollkommnung bieten. Damit ist jedoch die Gnade des Jaren noch nicht erschöpft. Die lokalen „Kadetten“ von den versuchten Sozialisten streng unterscheidend, hat er aus eigenem Antrieb für die Liberalen eine Art Parlamentchen geschaffen, wo sie sich in der Redekunst üben können. In der Gosudarstwemaja Duma wird die liberale Phrase eine geschliche Ehe mit der selbstherrlichen Faust eingegangen, und als Frucht dieses heiligen Bundes wird vielleicht ein neugeborenes Sozialistengesetz die Welt erblicken. So träumt der Bourgeois, und neue Milliarden strömen nach Rußland und stärken die Muskeln und Sehnen des bankrotten Regimes.

So träumt der Bourgeois. Aber hat er sich nicht zu früh von dem Jhüll russischer Ruhe und Ordnung htreizen lassen? Hat er nicht zu früh die russische Revolution begraben? Zwar ist die Duma schon einberufen, die Wahlen haben stattgefunden, und die Liberalen bereiten sich vor zur Heilung der revolutionären Wunden Rußlands. Die festgestrunkenen Kadetten wollen nicht den Abgrund sehen, aus dessen Tiefe sie die Wogen allgemeiner Empörung und Protestes emporgetragen haben und in den sie wieder zurückstürzen werden, wenn sie nicht die Bahn für einen neuen Ausbruch des revolutionären Sturmes freimachen. Wird der Vater seinen grausam ermordeten Sohn vergessen? Verzeiht der Mann die Entehrung seiner Gefährtin? Vergessen die Kinder ihre gefängten und erschossenen Eltern? Können alle diejenigen verzeihen, deren Herz von den Nädern des zarischen Triumphwagens zermalmt ist? Können nicht unter der grauen Asche die Stammen einer neuen Revolution? Spürt man nicht schon

jetzt die unterirdischen Stöße eines großen sozialen Erdbebens?

Hat sich deshalb nicht der gute europäische Bourgeois vielleicht doch zu früh beruhigt? . . .

## Die Revolution in Rußland.

Zwei Bombenattentate.

Moskau, 6. Mai. Gegen den Generalgouverneur Dubassow wurde, als er heute nachmittag 1 Uhr aus der Kopenstij-Kathedrale zurückkehrte, ein Bombenattentat verübt. Das Attentat wurde vor der Ansahrt Dubassows zu seinem Palais ausgeführt. Dubassow wurde am Fuße verwundet, sein Adjutant und eine Schutzwache wurden getötet. Einige Personen aus dem Publikum wurden verwundet. Der Attentäter, der ebenfalls umgekommen sein soll, trug Offiziersuniform.

Zetatekinoslaw, 7. Mai. Generalgouverneur Jostanowski wurde gestern abend von sechs Unbekannten, die zu gleicher Zeit ihre Revolver auf ihn abschossen, getötet. Die Attentäter sind entkommen.

Ueber das Attentat auf Dubassow wird noch gemeldet: Obgleich Admiral Dubassow wünschte, daß ihm seit langer Zeit ein Attentat droht und er von der Kampfesorganisation zu der Tode verurteilt worden ist, war er in letzter Zeit sorgloser geworden, zumal die Polizei in den letzten zehn Tagen mehreren Verschwörungen gegen sein Leben auf die Spur gekommen war und die Verschwörer verhaftet hatte. Nur die zufällig geänderte Fahrt vom Kreml in sein Palais machte die Ausführung des Anschlages gerade vor der scharf bewachten Stelle vor dem Palais möglich, da der Attentäter die Uniform eines Marineoffiziers angelegt hatte, so daß ihn die Wachen unbehindert passieren ließen. Die Bombe war in unauffälliger Form in einer Konfekttschachtel geborgen, auf der ein Blumenkranz befestigt war. Nicht an den Wagen herantretend, schenkte der Attentäter die Bombe mit beiden Händen mit voller Wucht unter den Wagen. Jedoch nur der Adjutant Dubassows, Graf Kononowitsch und der Attentäter selbst wurden die Opfer des Anschlages. Dubassow wurde aus dem Wagen hinausgeschleudert, erhob sich schnell und eilte hinter dem Palais zu. Durch einen Bombenplitter ist er nur leicht am linken Fuß verwundet. Dem Attentäter ist die obere Schädeldecke fortgerissen. Ansehend den besseren Ständen angehörig, lebte der Attentäter unter dem Namen Reg.

Ueberfall einer Militärabteilung.

Riga, 7. Mai. Etwa 40 bewaffnete Leute überfielen in der Nacht eine bei Bolderaa in der Nähe von Riga kampierende Kompanie der Militär-Telegraphen-Abteilung. Sie kuelbten die Schutzwache und verschwand unter Mitnahme von 31 Gewehren.

Der vierte Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands

tagt gegenwärtig im Auslande in geheimer Sitzung. Aus nahegelegenen Gründen können wir vorläufig über denselben nicht viel mitteilen. Hervorheben müßten wir, daß an den Arbeiten des Kongresses Delegationen des „Bundes“, der Sozialdemokratie Polens und Litauens und der lettischen Sozialdemokratie sich beteiligen. Wir haben Grund anzunehmen, daß auf diesem Kongreß eine Vereinigung der bedeutendsten sozialdemokratischen Parteien Rußlands zustande kommen wird. Wir begrüßen im voraus dieses Ereignis und wünschen unseren russischen Genossen fruchtbarere Arbeit und frohe Rückkehr nach ihrer Heimat.

Der Kongreß der konstitutionell-demokratischen Partei, der in Petersburg tagt, nahm einstimmig nachfolgenden Beschlusses betreffend die Tätigkeit der Partei in der Reichsduma an:

Die Tätigkeit der Partei zielt darauf hin, die Lösung der folgenden grundlegenden Aufgaben, die zu dem Programm der Partei gehören, auf gesetzlichem Wege herbeizuführen, nämlich die individuelle Unberleghkeit und die Gleichheit für alle Bürger ohne Unterschied der Nationalität, der Religion, des Geschlechtes und des Standes, die bürgerlichen Freiheiten, die Einführung des Wahlrechts mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht in geheimer Abstimmung ohne Unterschied des Geschlechtes ebenso für die nationale Vertretung wie für die lokale Selbstverwaltung, gesetzgeberische Regelung der Agrarfrage, die unverzügliche Inangriffnahme von Maßnahmen betreffend die Arbeiterfrage, Befriedigung der rechtmäßigen nationalen Forderungen. Die Partei will sich bemühen, diese Ziele zu erreichen, ohne in ihrem Bestreben vor der Möglichkeit eines offenen Bruches mit der Regierung innezuhalten, aber sie will bereit handeln, daß im Falle eines Konfliktes jede Schuld und jede Verantwortlichkeit auf die Regierung zurückfällt.

Von der Art, wie die „Kadetten“ für dies Programm eintreten, wird es abhängen, ob Bauern und Proletariat sie stützen oder bekämpfen werden. Das ist freilich sicher, daß sie ihr Programm ohne den schärfsten Konflikt mit der Regierung unmöglich zu realisieren vermögen!

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 7. Mai.

Die Steuerjagd im Reichstage.

Noch volle drei Stunden beschäftigte die Rigarettensteuer-vorlage heute den Reichstag. Einzelne einschneidende Bestimmungen des Gesetzes wurden noch scharf von unseren Genossen Geher, Rolfenbuhr und v. Elm kritisiert.

Die Inserions-Gebühr

beträgt für die sechsgepolte Kolonette oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 10 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steiggedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Bemerkenswert war, daß bei der Beratung dieses Gesetzes die bürgerlichen Parteien nur gezwungenermaßen auf die Angriffe reagierten, die wegen ihrer Haltung zu diesem in das Geschäftsleben der Nation so tief eingreifenden und es schwer schädigenden Gesetz gegen sie gerichtet wurden.

Eine längere sozialpolitische Debatte rief der sozialdemokratische Antrag hervor, der eine Entschädigung für die infolge des Gesetzes arbeitslos werdenden Arbeiter gefordert stipuliert wissen will. Der Schatzsekretär v. Stengel und der Abg. Jäger (Z.) bekämpften diesen Antrag, der von Molkenbuhr eingehend begründet wurde. Er geißelte die Rücksichtslosigkeit und Schamlosigkeit des Fiskus gegenüber den Arbeitern, der ihre Existenz untergrabe und vernichte, ohne den Hunderten im mindesten beizustehen. Nur der Pole Graf Mielzinsky trat neben Molkenbuhr und v. Ein für unseren Antrag ein, der von der Kompromissmehrheit — Konservativen, Zentrum, Nationalliberale — abgelehnt wurde. Was kümmern sich diese Vertreter des Kapitalismus um die durch die Steuer brotlos werdenden Zigarettenarbeiterinnen?

Eine kleine Verbesserung der Kommissionsvorschläge wurde durch Einfügung einer Bestimmung in § 33 vorgenommen, die gestattet, daß drei Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes die angemeldeten Borräte ohne Entrichtung der Zigarettensteuer verkauft werden dürfen. Dann wurde das Gesetz von der bezeichneten Kompromissmehrheit angenommen.

Darauf wurde in die zweite Beratung des Entwurfs zum Reichsstempelgesetz eingetreten, und zwar gelangte zuerst der Abschnitt Frachtturkunden zur Besprechung. Die Kommissionsbeschlüsse wurden sehr lebhaft angegriffen von den Abgg. Lipinski (Soz.) und den Freisinnigen Gothein, Wiemer und Dove. Gothein beantragte, den Abschnitt betreffs der Belastung des Binnenschiffverkehrs an die Kommission zurückzugeben, da derselbe mit § 54 der Reichsverfassung kollidiere. Der Antrag wurde abgelehnt, dagegen die Frachtturkundensteuer angenommen.

Dienstag: Kameralische Abstimmung über § 2 des Zigarettensteuergesetzes, dann Fortsetzung der Beratung des Stempelgesetzes.

### Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus überwiegt am Montag die Sekundärbahnvorlage an die Subkommission und beriet im übrigen nur einige bei der Etatsberatung zurückgestellte Anträge und Petitionen.

Am Dienstag steht die freisinnige Interpellation betreffs der Mehrkosten beim Bau des königlichen Schauspielhauses auf der Tagesordnung. Daran schließt sich die zweite Beratung der Novelle zur Einkommensteuergesetz.

### Der Wahlausfall in Frankreich.

Der Ansturm des Merkantilismus und Nationalismus ist bei den gestrigen Wahlen in Frankreich glänzend abgeklungen. Alle skrupellosen Machinationen, alle Verdächtigungen der Sozialisten, alle Hege gegen die revolutionäre Arbeiterklasse hat nichts genützt; weit stärker, als sie im letzten Parlament vertreten waren, kehren die radikalen Parteien und vor allem die sozialistische Partei zurück. Das Arbeiten mit dem roten Wespennetz hat sich als erfolglos erwiesen. Nur in einigen ländlichen Gegenden haben die Merkantilisten und Nationalisten neue Eroberungen gemacht; in Paris und fast allen sonstigen größeren Städten erlitten sie Niederlagen. Und größer noch als die Erfolge der Radikalen und der sozialistischen Radikalen erscheinen nach den bisher eingelaufenen Meldungen diejenigen unserer französischen Wählerpartei. Die Häupter der früher getrennten, jetzt vereinigten sozialistischen Richtungen werden vollzählig im neuen Parlament vertreten sein. Jaurès, Bailant, Guesde, Broussé sind gewählt, und Allemane steht in einer so aussichtsreichen Stichwahl, daß an seiner Wiederwahl kaum zu zweifeln ist. Teils ist das für unsere Partei so günstige Ergebnis auf Rechnung der Einigung, teils auch auf den frischen vom Osten herüberwehenden revolutionären Zug zu setzen, doch das meiste dazu hat jedenfalls die unermüdete, von Begeisterung getragene Wahlarbeit beigetragen, die unsere Genossen in der letzten Zeit geleistet haben. Seltener ist in Frankreich von unserer Partei so emsig agitiert und nie mit so offenem Visier gelämpft worden. So zählt der Erfolg doppelt.

Im ganzen sind in Frankreich und seinen Kolonien 501 Deputierte zu wählen. Von diesen Wahlen sind nach telegraphischer Meldung bisher aus 574 Kreisen die Ergebnisse bekannt. Danach sind entschieden 421 Wahlen, während 163 Stichwahlen stattgefunden haben. Von den Gewählten sind 76 Konservative, 28 Nationalisten, 56 Progressisten, 63 von der republikanischen Linken, 83 Radikale, 73 sozialistische Radikale, 32 vereinigte Sozialisten, 10 unabhängige Sozialisten.

Demnach sind bisher 100 Gegner der Regierung gewählt, denen — falls man die Sozialisten hinzurechnet, die zwar nicht zum Block gehören, aber doch in den meisten Fällen mit ihm gegen den Merkantilismus stimmen — 261 Deputierte gegenüberstehen, welche die Regierung unterstützen. Dazu kommt, daß die nötig werdenden 163 Stichwahlen zu ungefähr zwei Dritteln für die Regierungsparteien und unsere Bruderpartei sehr günstig stehen, so daß diese mit ziemlicher Sicherheit auf einen weiteren Zuwachs von 100 Mandaten rechnen können.

Die Linke hat keinen ihrer bekannteren Führer verloren. Auch Jaurès, dessen Niederlage in Albi heute morgen gemeldet wurde, ist noch nach einem neueren Telegramm gewählt. Viele Deputierte der Linken, die 1902 in Stichwahl kamen, sind diesmal glatt gewählt worden, so Brisson, Rouanet usw. Dagegen bekamen die Progressisten (Gruppe Meline-Ribot) bisher die Niederlage zweier ihrer Häupter: Motte wurde in Lille von Jules Guesde geschlagen, und Renault Morliere unterlag in Mayenne. Ferner unterlagen bisher die Progressisten de Rouvre, Stanislas de Castellane, die Nationalisten Verhoulant (Chefredakteur der „Liberale“), Ernest Roche, Florens, Grosjean usw. Zu diesen Verlusten der Nationalisten werden voraussichtlich in den Stichwahlen viele andere kommen. Die Nationalisten Journade, Lepelletier, Ober, Marchand, Auffroy und Congy dürften unterliegen, auch der vielgenannte Nationalist Guget de Billeneuve, der die freimaurerischen Demunziationen enthielt hat.

Sehr günstig hat Paris gewählt. Vor fünf Jahren wurden im ersten Wahlgange 14 Konservative und Nationalisten, 5 Sozialisten und Radikalsozialisten gewählt; diesmal nach telegraphischer Meldung des „Berl. Tagebl.“: 15 Konservative und Nationalisten, 13 Sozialisten und Radikalsozialisten. Von den 15 Siegern der Nationalisten und Merkantilisten ist keiner neu erobert. Alle 15 sind seit langen Jahren oder wenigstens seit 1902 Eigentum der Rechten. Von den 13 Siegern der Linken sind zwei der Reaktion abgenommen; nämlich der Sieg des Nationalisten Florens, den der Radikal-Sozialist Desplas mit 2800 Stimmen Majorität eroberte, und den Sieg des Nationalisten Ernst Roche, den der Sozialist Broussé mit 1500 Stimmen Majorität gewonnen hat.

Von bekannteren Sozialisten sind bisher gewählt: Guesde, Bailant, Jaurès, Sembat, Dejeante, Viviani, de Pressensé, Chauvière, Contant, Broussé, Rouanet, Rozier, Groussier, Puch. Auch Millerand, den man jedoch nicht mehr einen Sozialisten nennen kann, ist gewählt, dagegen ist Delville unterlegen.

### Der englisch-türkische Grenzstreit.

London, 6. Mai. (Eig. Ber.)

Unmittelbar nach dem vor wenigen Wochen zwischen England und der Türkei an der Sinaihalbinsel ausgebrochenen Grenzstreit lenkten wir die Aufmerksamkeit unserer Leser auf dieses Ereignis. Der Streit ist an sich unbedeutend; er betrifft einen ganz schmalen Küstenstreifen zwischen dem Roten Meer (Golf von Araba) und dem südlichen Winkel des Mittelmeeres (zwischen El Rafah und El Arisch). Aber die Folgen dieses Streites können unter Umständen so umfassend sein, daß jede Meinungsverschiedenheit, die jetzt zwischen England und der Türkei oder zwischen England und der Türkei ausbricht, tatsächlich eine weltpolitische Bedeutung hat.

Schon in den ersten Monaten des russisch-japanischen Krieges — also im Frühjahr 1904 — wurde es zur großen Wahrscheinlichkeit, daß der Abschluß dieses Krieges auch der Abschluß der 50jährigen englisch-russischen Feindschaft sein würde. Ferner wurde es wahrscheinlich, daß die Kosten dieses Ausgleiches auf die Türkei fallen werden! Dieser Gedanke wurde in den letzten Jahren in der sozialistischen Presse Deutschlands mehrmals ausgesprochen. Die Rechnung war sehr einfach: Sah sich die russische Diplomatie außerstande, ihre Seemachtspläne am Stillen Ozean zu verwirklichen, so mußte sie sich entweder nach dem Persischen Meerbusen oder nach dem Bosphorus wenden. Jede dieser Alternativen bedingte aber eine verschiedene Politik. Entschied sich Russland für den Persischen Meerbusen, so mußte es sich nach einem Bündnis mit Deutschland umsehen; denn der britische Minister des Äußeren hatte vor genau drei Jahren erklärt, daß England es keiner fremden Macht gestatten könne, am Persischen Meerbusen Häfen zu erwerben! Russland konnte also nicht allein handeln, wenn es in Südpersien Kompensationen für die Südmandschurei suchen wollte. Der beste Bundesgenosse war unter solchen Umständen das Deutsche Reich, das ein Interesse daran hat, Russland vom Bosphorus fern- und gleichzeitig den russisch-englischen Gegensatz in Asien aufrecht zu erhalten. Aber aus dieser Erwägung ergab sich, daß ein solches Bündnis notwendigerweise eine England feindliche Spitze haben mußte. Schon die Möglichkeit eines russisch-deutschen Bündnisses mußte England veranlassen, die Petersburger Diplomatie für sich zu gewinnen und ihr den alt-slawischen Weg nach Konstantinopel zu zeigen. Womit England zwei Ziele erreichen konnte: Erstens die Ablenkung Russlands von britischen Gebieten, zweitens die Verdrängung Deutschlands aus Konstantinopel, wo es einen so überragenden Einfluß gewonnen hat. Ein Bündnis mit Russland hätte Deutschland erstens Kleinasien in die Hände gespielt und zweitens die Bagdadbahn gesichert. Die britische Regierung beobachtete den Gang der Dinge und wählte sich einen Weg via Paris nach Petersburg. (Wie tief diese weltpolitischen Vorgänge in die innere Politik Russlands eingriffen, kann sich der Leser selbst denken, wenn er sich an die finanzielle Hilfe erinnert, die die Westmächte Russland gewährten. Aber hier handelt es sich um ähner Politik.)

Gegen Ende des russisch-japanischen Krieges war die politische Lage ungemein interessant. Die Neugruppierung der Mächte stand vor der Kristallisation: Schließt sich Russland dem Deutschen Reich an und geht es nach Südpersien, oder schließt es sich England an und geht nach dem Bosphorus? —

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Dem früheren britischen Vorkonsul in Petersburg, Sir Charles Hardinge, gelang es, eine russisch-englische Annäherung anzubahnen, die bald perfekt wurde. In Algieras gingen England und Russland zusammen.

In dem Maße, wie sich die neue Lage härtete, richteten sich die Blicke aller denkenden Politiker auf Konstantinopel. Man sagte sich: Berlin ist konfus; was wird jetzt in Konstantinopel geschehen? Versteht Abdul Hamid die Wendung der Dinge? Sieht er, daß die alten Feinde: England und Russland, durch deren Feindschaft die Türkei bis jetzt aufrechterhalten wurde, nunmehr ihre Streitart begraben und Freundschaft schließen? Wird er vom „glänzend isolierten“ Deutschland abrücken und sich dem Bunde Ost- und Westeuropas nähern? Oder wird er sich blindlings ins Verderben stürzen?

Als man über diese Fragen spekulierte, zeigte Abdul Hamid, daß er — wie alle untergehenden Despoten — hochbeinig und phantastisch ist. Wegen eines heftigen Wüstenland an der ägyptisch-türkischen Grenze fordert er gerade jetzt das britische Reich in die Schranken! Dem britischen Reich stehen gegenwärtig Frankreich und Russland zur Seite — selbstverständlich auch Italien und die Balkanvölkerstaaten, während Abdul Hamid diesen Moment nicht anders zu nutzen weiß, als den jüngsten Söhnen des deutschen Kaisers Geschenke zu schicken!

Nach einigen Wochen diplomatischer Unterhandlungen sandte vorgeföhrt Sir Edward Grey, der — wie vorausgesetzt — die Politik Lord Lansdownes befolgt, ein Ultimatum an die türkische Regierung, der anheimgegeben wird, die besetzten Gebiete auf der Sinaihalbinsel bis zum 14. Mai zu räumen, die niedergerissenen Grenzpfähle bei El Arisch wieder herzustellen und eine Kommission zu ernennen, um die türkisch-ägyptische Grenze abzustechen.

Die englische Presse bespricht heute das Ultimatum in ruhiger, ernster Weise. Sie gibt sich der Hoffnung hin, daß der Sultan nachgeben wird, sobald er sich überzeugt, daß England Ernst macht. Mit Sicherheit läßt sich indes das Vorgehen des Sultans nicht voraussetzen, da man nicht alle Einflüsse kennt, die ihn zu seiner harten Haltung veranlaßt haben.

Sollte Abdul Hamid wagen, auf die pan-islamische Bewegung zu rechnen und dem britischen Ultimatum kein Gehör schenken, so ist es sicher, daß das Ende der orientalischen Frage gekommen ist und daß die Teilung des türkischen Reiches nahe bevorsteht. England, das sich seit 70 Jahren den russischen Plänen auf Konstantinopel widersetzt, würde jetzt das meiste dazu beitragen, die altrussischen Träume zu verwirklichen und den Panflawisten die Tore Jazigrads zu öffnen. Die Opposition Englands und Frankreichs gegen den Frieden von Unkar-Gesleßti im Jahre 1833, der Kriegszug Englands und Frankreichs nach der Arim im Jahre 1854 und 1855, Englands Kriegsdrohung im Jahre 1878, Englands Proteste gegen den Durchzug russischer Kriegsschiffe durch die Dardanellen haben ihre Aufgabe erfüllt und werden nunmehr als Unsin verworfen! Die 70 Jahre des westeuropäischen Schutzes haben der Türkei nichts genützt. Das türkische Reich hat sich nicht reformiert; Abdul Hamid hat jede Reform- und Volksbewegung blutig unterdrückt. Schließlich — und dies ist die Hauptsache — glauben England und Frankreich, daß es besser für sie ist, den deutschen Einfluß in Konstantinopel durch den russischen zu ersetzen! Vom Himalaya bis zum Atlas — in der ganzen sich auflösenden islamischen Welt — sollen Russen, Briten und Lateiner walten und den Panislamismus mit seinen verrückten Mullahs und Mahdis im Jügel halten. —

### Deutsches Reich.

Der Wahlsieg in Darmstadt-Großgerau.

Aus Hessen wird uns zum Ausgang des Wahlkampfes geschrieben:

Die Sozialdemokratie hat alle Ursache auf diesen Sieg stolz zu sein, denn er ist errungen unter den denkbar schwierigsten

Verhältnissen (Fall Examer); er ist errungen gegen einen mit allen Mitteln der Verleumdung und Verächtlichmachung kämpfenden Gegner und er ist errungen — wir behaupten nicht zu viel — fast gänzlich aus eigener Kraft. Zwar hatten die „vereinigten Liberalen“ die Wahlparole für Verthold ausgegeben. Aber diese Parole wurde durch die stammenden Enttäuschungsbrüche, die die „Postische Zeitung“, das „Berliner Tageblatt“ und andere edle Gazetten der freisinnigen Volkspartei ob dieser Entscheidung vom Stapel ließen, und mit denen die Darmstädter Reaktionsäre nicht umgeschickt operierten, fast völlig außer Wirkung gesetzt. Auch aus dem eigenen Lager der Darmstadt-Großgerauer „vereinigten Liberalen“ wurde mit Macht gegen den Beschluß des Wahlausschusses Sturm gelaufen und für die Kandidatur Stein Propaganda gemacht. Der Kulturs, der uns also von den 5808 Stimmen des nationalsozialen Vorkurs Koresll gekommen, ist infolge dessen unzweifelhaft nur ein verschwindender gewesen. Wir hegen sogar die feste Ueberzeugung, daß, wenn die Parole der Koresllaner auch gegen die Sozialdemokratie gelaufen hätte, die wenigen Stimmen aus jenem Lager und doch zugefallen wären.

Wir wollen indessen durchaus nicht den guten Willen des liberalen Wahlausschusses in Zweifel stellen; der Wahlausgang hat eben bewiesen, daß die Sozialdemokratie im Ernstfalle keinerlei ernstliche Hilfe von dem „entschiedenen Liberalismus“ zu erwarten hat. Die wenigen ehelichen bürgerlichen Demokraten und Nationalsozialen bleiben Prediger in der Wüste gegenüber den „Liberalen“ Richterscher Oberbank, die sich stets als Schrittmacher der Reaktion bewährt haben.

Unsere Genossen im Wahlkreise Darmstadt-Großgerau haben sich von vornherein nicht auf bürgerliche Wahlsiege verlassen, sondern haben ihre Agitation hauptsächlich auf die Säumnigen gerichtet, die bei der Hauptwahl der Wahlurne fernblieben. Und diesem Umstande haben sie sicherlich auch den Sieg zu verdanken. Unsere Genossen haben der Wählerarbeit, die die Gegner unter der glorreichen Führung des „Reichsverbandes“ vollführten, eine verdoppelte Agitation entgegengesetzt. In der kurzen Zeit von der Hauptwahl bis zur Stichwahl fanden noch zirka 50 Versammlungen statt und drei Flugblätter kamen zur Verteilung.

So darf man wohl annehmen, daß die weitaus größte Zahl der 2888 bei der Stichwahl abgegebenen Referbestimmen auf unser Konto zu setzen sind. Einen Beweis für die Festigkeit, mit der der Wahlkampf geführt wurde, bietet die Tatsache, daß in der Stichwahl 2888 Wähler mehr zur Wahlurne gingen als bei der Hauptwahl. Während von den 37857 Wahlberechtigten des Wahlkreises bei der Hauptwahl 29999 — 79,2 Proz. von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, betrug die Zahl der Abstimmenden bei der Stichwahl 32387 — 85 Proz.

Nicht unerwähnt darf übrigens ein ergötzliches Ereignis bleiben, das sich im hiesigen Wahlkampfe zutrug. Das führende Organ der Darmstädter Nationalliberalen, der „Darmstädter Tägliche Anzeiger“ bettete in allen Tonarten um die Wahlhilfe der Koresllaner, dabei erschöpfte der edlen nationalliberalen Presse folgende schöne Bekenntnis:

„Die armen Nationalsozialen, die so sicher auf einen Sieg rechneten, haben sich wieder einmal vergeblich umsonst und Hoffnungen gemacht und haben wieder einmal erfahren müssen, daß für die Ideen des Liberalismus, ob er nun getrennt oder ob er geeint vorgeht, kein Resonanzboden im deutschen Volke vorhanden ist. Die großen Massen der Wähler, die früher aus politischer Unreife dem Liberalismus Gefolgschaft leisteten, sind politisch reifer geworden und sind zum Nachdenken über die Endziele des Liberalismus veranlaßt, allerdings meist erst durch die harte, bittere Not, die sie die Binde von den Augen nehmen und klar erkennen ließ, wie Schwarmgeister und unklare Köpfe, gemeinsam mit bewußt unehelichen Elementen es immer wieder verstanden, die Wähler in der schlimmsten Weise hinteres Licht zu führen.“

Was hier über den Liberalismus gesagt wird, ist jedenfalls richtig, daß aber ein nationalliberaler Blatt ein solch vernichtendes Urteil fällt, verdient besonders hervorgehoben zu werden. Leider brachte das Blatt den Erguß erst in der letzten Nummer vor der Wahl und aus diesem Grunde konnte nicht mehr für die nötige Publizierung dieser Selbstkritik in den Wählerkreisen gesorgt werden. Jedenfalls aber verdient die Äußerung festgehalten zu werden.

Die „Frankfurter Zeitung“, fast das einzige liberale Tageblatt, das die Parole „für Verthold“ unterstützt hat, gibt in ihrer Betrachtung über die Wahl zu, daß ein Teil der Koresllischen Wähler für Stein gestimmt und ein anderer Teil sich der Wahl enthalten habe. Sie meint entschuldigend: „Daß die Koresllischen Wähler geschlossen für Verthold stimmen würden, war angesichts des Mangels einer Organisation und der wüsten Hege, die von rechtsstehenden und leider auch freisinnigen Blättern in diesen Tagen betrieben wurde, von vornherein ausgeschlossen.“ Und fährt dann fort: „Erfreulich ist aber, daß fast die Hälfte der abgegebenen Kreole gefolgt ist und damit den Sieg entschieden hat, der ohne dieses Eintreten unmöglich gewesen wäre.“ Leider ist aber diese Rechnung noch zu günstig für die vereinigten Liberalen. Wie unsere heftigen Parteiblätter feststellen, zeigen die Einzelresultate aus den lokalen Wahlbezirken, daß die Koresllwähler fast überall in überwiegender Mehrzahl nach rechts abgewandelt sind. In Arheilgen, Eberstadt, Oberamunstadt usw., überall wuchs die Stimmenzahl der Rechtskandidatur Stein bei der Stichwahl fast mathematisch genau um diejenige der Koresllaner. Zur Sozialdemokratie kamen nur einige wenige dieser bürgerlichen „Linken“ an vereinzelt Orten. Auch in der Stadt Darmstadt verlagte das Gros der Koresllwähler dem Ruf der Gefolgschaft.

„Nebst dem“, schreibt das „Offenbacher Abendblatt“, „zeigt sich bei Betrachtung der Ergebnisse aus den einzelnen Orten, daß auch diesmal im ersten Wahlgange der Sieg unser war, wenn nicht Lässigkeit in Arbeiterkreisen sich gezeigt hätte. Diese Lässigkeit, die vielleicht dem Unmut über Parteivorgänge der letzten Jahre und über die Vorgänge, die die Wahl nötig machten, entspringt, hat uns mehr geschädigt, wie der Abgang von Wählern, gerade in Arbeiterkreisen trat sie in Erscheinung.“

### Freisinn und Kaiser.

Die Stellungnahme des Freisinn zum Kaiser offenbart wieder einmal dessen kapitalistisches Hausnechtstum und absolute politische Verständnislosigkeit. Für die freisinnige Presse von beiden Couleuren ist die Kaiserzeit nichts als eine prothige Nachtprobe der übermütig gewordenen Arbeitnehmer, ein dreifacher Eingriff in die geheiligten Ausbeuter- und Herrenrechte des Unternehmertums. Daß das Proletariat in diesem Jahre die Kaiserzeit in Deutschland gleichzeitig zu einer kraftvollen Wahlrechtsdemonstration gestaltete, das erregt vollends den Zorn der freisinnigen Komödianten, die immer wieder zu behaupten wagen, auch sie nähmen es mit dem Kampfe gegen die Dreiklassenherrschaft ernst! Daß die Arbeiterklasse auf den Hohn, den ihr Regierung und Parlamentsmehrheit mit der preussischen Wahlreformsidee antaten, unbedingt mit einer nachdrücklichen Demonstration antworten mußte, geht offenbar nicht in das Hirn eines politischen Hausnechts vom Schlage der Müller-Sagan hinein. Lesen wir doch in einem Leitartikel der „Freien Deutschen Presse“:

„Wie diese Entwidlung beweist, kann man den 1. Mai nicht einen Arbeitertag nennen, sondern nur einen Feiertag der sozialdemokratischen Klassenpartei nennen. Durch ihn ist die Sozialdemokratie im Begriff, ein Klassenprivileg für die Arbeiter zu schaffen, und es unterliegt nicht der Komit, wenn ihr Organ den Leitartikel der Kaiserzeit mit den Worten schließt: „Nieder mit allen Klassenprivilegien!“ Grummiger kann man sich nicht selbst verhehlen.“

Das „Berl. Tageblatt“, das Organ der freisinnigen Vereinigung, übertrumpft noch das scharfmacherische Geleise des wasserstiefelischen Blattes. Der als Chefredakteur

hantierende Redaktionsinhalte, der jeden Sonntag die Leser des Blattes mit einer sogenannten „Politischen Wochenschau“ haranguiert, läßt sich folgendermaßen beschreiben:

Die Sozialdemokratie, die sich ungeheuer viel darauf zugute tat, daß alle Mäher stillstehen, wenn ihr starker Arm es will, hat neuerdings die Erfahrung gemacht müssen, daß ihre Gewalt bei weitem noch nicht groß genug ist, um ihr Faulenzergeld zu verwirklichen. Allerdings läßt sich nicht leugnen, daß der Gegensatz zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, wie er sich im Laufe der letzten Jahrzehnte allmählich herausgebildet, eine weitere Vertiefung erfahren hat. Aber die Arbeitgeber sängen an, nachgerade aus der Defensivstellung herauszutreten, die man ihnen aufgedrängt hat, und durch Aussperrungen bis zu einem gewissen Grade den Spieß umzulehren. Wenn man auch zugeben muß, daß dem sozialen Frieden durch diese Umkehr nicht gerade Vorhub geleistet wird, so wird man doch denen keinen Vorwurf machen können, die den Angriffen der übermächtig gewordenen Sozialdemokratie gegenüber auch ihrerseits von den ihnen zustehenden Rechten mehr oder minder rücksichtslos Gebrauch machen wollen.

Unberühmter kann auch die „Post“ nicht für die Unternehmer und gegen die Arbeiter Stellung nehmen, auch dürfte es selbst diesem Blatt schwer fallen, das kämpfende Proletariat niederträchtiger anzupöbeln.

Interpellation wegen der Russenausweisungen. Nach Mitteilungen bürgerlicher Blätter will das preussische Ministerium auf die Angriffe des Genossen Debel in Sachen der Russenausweisungen antworten — aber hinter den schützenden Mauern des Dreilassenparlamentes. Angehtlich sollen die Darlegungen Debel's über die Verteilung des russischen Kaufmanns zum Landesverrat inkorrekt sein. Debel sieht, wie er uns wissen läßt, diesen Auseinandersetzungen mit größter Gemütsruhe entgegen. Er wird auf alle Fälle, spätestens bei der General-Einstellung, die skandalösen Russenausweisungen nochmals im Reichstage zur Sprache bringen und die Regierung zur Antwort zwingen. Das Beweismaterial, das zum Fall v. Brochhausen-Schöne zur Verfügung steht, ist, wie wir noch hinzusetzen können, so lückenlos und genügend, daß alle etwaigen faulen Ausreden, die wir selbstverständlich erwarten, nur zu neuen Blamagen der Polizei führen müssen. Die Herren haben gar keine Ahnung, wie gut sie diesmal eingewickelt sind.

#### Weiteres zum Fall von Brochhausen-Schöne.

In der gestrigen „Welt am Montag“ lesen wir: „Bei der Frau jenes russischen Kaufmanns in Schöneberg, der nach Debel's Darstellung im Reichstage durch Polizeibeamte zu Verbrechen angeklagt werden sollte, erschien Sonnabend nachmittags ein großer Herr mit Glatze und blondem Schnurrbart, der vorgab, im Auftrage der „Welt am Montag“ und zugleich im Einverständnis mit dem Rechtsbeistand ihres Gatten Dr. Heßnecht zu kommen. Natürlich ist beides vollständig erlogen. Es kann sich nur um einen Schwindler oder Spiegler handeln. Das letztere ist wahrscheinlicher, weil im Reichstage der Name des Kaufmanns gar nicht genannt wurde und auch nicht bekannt war, der geheimnisvolle und lägenhafte Besucher seine Kenntnis also nur durch Fühlung mit der politischen Polizei erlangt haben kann.“

Der Gentleman stellte an die unglückliche Frau allerhand verhängliche Fragen, z. B. ob sie den „Vorwärts“ lese. Es werden Mittel und Wege gefunden werden, um die Wiederholung solcher Spieglerunternehmlichkeiten und Spieglergemeinheiten zu verhindern.

In den Tod geliefert. Eine grausige Illustration zur großen Reichstagsrede Debel's ist die Auslieferung eines russischen Revolutionärs aus Remel, die im März erfolgte, aber erst jetzt bekannt wird. Die „Leipz. Volksztg.“ teilt darüber mit:

Er war ein Lehrer, der in den Ostprovinzen Versammlungen abgehalten hatte und vor der grausamen russischen „Strafexpedition“ nach dem freien Preußen flüchtete. Nachdem er einige Wochen unbehelligt in Remel gewohnt und auch bei einer russischen Kapitänsfamilie freundschaftlich verkehrt hatte, merkte er, daß man ihm nachspürte. Der Lehrer verbrach sich daher auf einem Schiff, das im Remeler Hafen überwinterte. Von einem Bürger Remels wurde er verraten und eines Morgens um 7 Uhr erschienen Polizisten auf dem Schiffe, verhafteten den russischen Flüchtling und brachten ihn, trotz seiner flehentlichen Bitten, ihn nicht dem sicheren Tode auszuliefern, an die russische Grenze. Dort nahmen ihn die Zarenjäger als willkommenen Beute in Empfang. Jetzt kommt die Nachricht aus Rußland, daß der Freiheitskämpfer von den Bestien des Zaren erschossen worden ist.

Wie wir der „Rigaschen Rundschau“ entnehmen, ist der unglückliche der Lehrer Mezki gewesen.

In den sonderbaren Silberfunden auf dem Schlosse Wasedom wird neuerlich gemeldet, daß der Diener des Fürsten Wrede, der die Silberdiebstahlsfälle zur Anzeige brachte, wegen verurteilter Exzessivität verhaftet worden ist. Er hatte dem Fürsten vorher mit der Anzeige gedroht, wenn dieser ihm nicht 50 000 Fr. auszahlte.

Das Schloß selbst ist verriegelt worden. Wegen die Hausdame Fräulein Widig ist noch ein Haftbefehl wegen Mordes erlassen worden. Sie wird beschuldigt, in der Streitsache einer Lohnarbeiterin gegen den Fürsten wegen einiger weniger Mark eine falsche Aussage zugunsten ihres Dienstherrn abgegeben zu haben. Unter den Silberfunden wurden zwei Lotkasten mit Handwerkszeug zum Zusammenlösen des Silbers gefunden. Unter den bereits genannten geschädigten Hotels befindet sich auf das Berliner Hotel Westminster. Mit einer Kiste Silber, die der Besitzerin des Schlosses gehört, dessen Pächter Fürst Wrede ist, sind ebenfalls angeblich unglückliche Handhabungen zum Schaden der Eigentümerin vorgenommen worden.

Da sich Fürst Wrede in guten Vermögensverhältnissen befinden soll, rettet die bürgerliche Presse loyalkühnend von einem unlöslichen Rätsel.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

Wiener Gemeindevahlen. Am Mittwoch ist in Wien Wahltag; in 21 Bezirken sind Gemeindevorsteher zu wählen. Auf dem Wiener Rathhaus herrschen bekanntlich die Christlichsozialen mit Herrn Zueger an der Spitze. In den ersten sechs Jahren ihrer Herrschaft haben sie die Schuldenlast der Gemeinde mehr als verdreifacht; die in den 30 Jahren liberaler Herrschaft ausgefallenen Anleihen von 165 Millionen Kronen sind auf 540 Millionen Kronen angewachsen. Die Korruption, die heimliche Käuflichkeit und die Unterdrückung jeden Fortschrittes hat auf dem Wiener Rathhaus einen so hohen Grad erreicht, daß weite Kreise der Bevölkerung den Sturz der antimittelständlich-kerischen Clique als eine Befreiung begrüßen würden. Unsere Genossen haben in allen Wahlbezirken Kandidaten aufgestellt und eine energische Wahlagitation entfaltet; sie hoffen, in die nunmehr zehn Jahre währende Herrschaft des Zueger-Klingels Wreche zu legen.

### Frankreich.

#### Das Komplott der Lothpöbel.

Paris, 5. Mai. (Fig. Ver.)

Der „Matin“, dem die neue Regierung zum Verger der republikanischen Konkurrenzblätter gerichtliche Untersuchungsakten zur Verfügung ausliefert, produziert heute die ersten Dokumente, die den Zusammenhang der royalistischen Intrige mit der gewerk-

schaftlichen Agitation dazum sollen. Das vorgelegte Material ist aber so nichtsagend wie nur möglich. Bei einem Bonapartisten, so lesen wir, sei eine „Instruktion für Streikfälle“ gefunden worden, worin der Satz stehe: „Wenn Sie um Mitternacht hören, daß ein Streik ausbricht, müssen Sie um 6 Uhr früh an Ort und Stelle sein und einige Stunden später die Führer der Bewegung gewonnen haben.“ Ferner ist unter den Papieren des Herrn v. Larrégle, eines Orleansisten, ein Entwurf: „Die Zukunft der Streiks“ gefunden worden, der die bekannte Idee ausführt, daß die Anarchie zum Kaiserthum und dieser zur Monarchie führe.

Daß die Reaktionen die Achtstundebewegung auszunutzen gedachten und selbst Gewalttaten zu provozieren suchten, das ist nichts, was überraschen könnte. Aber die Dokumente, die die Verfassung der Leiter der Arbeiterkonföderation rechtfertigen könnten, fehlen noch immer. Der „Matin“ erzählt allerdings noch, dem Grafen Beauregard seien aus dem Besitz der Konföderation Papiere, die den Generalstreik betrafen, im letzten Sommer für 7000 Frank verkauft worden, und der Untersuchungsrichter in Toulouse sei darauf gekommen, daß ein Führer der Kaffeehauskeller beim letzten Streik 5000 Frank von reaktionärer Seite bezogen habe! Weil also irgend ein Schuft Briefschaften aus dem Besitz Grissuelles' entwendet und dem schwachsinrigen Beauregard angeschmiert hat, ist Grissuelles verhaftet worden! (Wie aus einem diesen Bericht überholenden Telegramm hervorgeht, sind die beiden verhafteten Sekretäre der Confédération générale du Travail, Grissuelles und Lévy, am Sonntagnachmittag einsteuerten (1) aus der Haft entlassen worden.) Oder deshalb, weil irgend ein Provinzagitator unsaubere Handlungen begangen, oder — wie der „Matin“ schließlich noch, seinen letzten Trumpf ausspielend, behauptet — weil eine Kongregation zwei Sektionen eines Pariser Arbeitervereins subventionierte?

Vorläufig hat, wie man sieht, die Regierung für ihren Gewaltakt gegen die Konföderationsleiter nicht die geringste Rechtfertigung vorgebracht. Dagegen ist es der reaktionären Presse gelungen, nachzuweisen, welche Bedeutung in der Komplottoffäre dem Lothpöbel zukommt! Die kerischen Auskunftsjetzt über die republikanischen Offiziere und Beamten mögen sicherlich mehr gewesen sein als eine Privatunternehmung des Pfaffenjünglings Audouard, aber die Rolle, die der Lothpöbel Ferdinand Rollin als „Generalsekretär der royalistischen Avantgarde von Versailles“ in dem famosen „Komplot“ gespielt hat, zeigt, daß die Republik „Verschwörungen“ genau so fabriziert wie das Kaiserreich. Der „Eclair“ veröffentlicht heute interessante Daten über Rollin, den Freund und großmütigen Geldgeber des jungen Audouard, der von seinen Erziehern sehr kurz gehalten wurde. Rollin, der die häufigen „Duhäubungen“, die der royalistische Edelknabe im nächsten Paris abhielt, finanziert hat, war ehemals Herausgeber der anarchistischen „Tribune internationale“ und später bei der antikerischen und tabaksozialistischen „Action“ angestellt! Seit 1894 war er Freimaurer! Er steht in engen Beziehungen zum — Polizeichef von Versailles! Das nationalistische Blatt glaubt Rollin durch den Hinweis auf seine antikerische Vergangenheit besonders zu charakterisieren. Die offensbare Wahrheit aber ist, daß Rollin berufsmäßig alle bespielt hat: Anarchisten, Freimaurer und Monarchisten! Er war für jede Regierung und für jedes Geschäft zu haben. Vermutlich werden die „Royalisten“, die in der Konföderation gewirkt haben sollen, von derselben Qualität sein wie der „Anarchist“ in der monarchistischen Partei.

## Aus der Partei.

Partei und Gewerkschaften. Von 652 Mitgliedern der Zählstelle des Fabrikarbeiterverbandes zu Bremen lesen, wie eine Umfrage ergeben hat, 160 nur das Gewerkschaftsorgan, 207 außerdem das Parteiblatt, die „Bremser Bürgerzeitung“, 143 bürgerliche Blätter, 97 gehörten der Parteiorganisation an.

Von 50 organisierten Steinbildhauern zu Bremen haben 36 die Umfrage beantwortet. 23 lesen das Parteiblatt, 10 wurden durch die Agitation veranlaßt, es zu bestellen, 7 lesen bürgerliche Blätter. Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins waren 20 und wurden 12.

Von 491 organisierten Schneidern zu Breslau füllten 304 die Karten aus. 135 von ihnen lesen die „Volkswacht“, die übrigen bürgerliche oder gar keine Tagesblätter!

Die Zahlen zeigen, daß der Agitation der Partei noch viel fruchtbarer Boden wartet.

Unser Mannheim's Parteiblatt legt in seiner Sonntagsnummer noch einmal gegen den „Vorwärts“ los, „wichtig“, wie man's von ihm gewöhnt ist. Wir kriegen folgende schöne Pause gewidmet:

„Mit welcher gehässiger Einseitigkeit der „Vorwärts“ in seiner Mittwochnotiz gegen uns vorging, das zeigt schon ein flüchtiger Blick in unsere Parteipresse. Aus der „Pfalz Post“ ersehen wir, daß in der Pfalz am 6. Mai noch eine ganze Anzahl Märfestern stattfanden, so in Weckenheim, wo Probst-Ludwigshafen, und in Arheim, wo Schwarz-Zweibrücken spricht. Ebenso feiern die Württemberger in zahlreichen Orten nach; die gestrige Nummer der „Schwäb. Tagw.“ enthält Märfestereizegen für den 6. Mai in Weil i. D., Münster a. R., Mütt, Oberöhlungen und Keutlingen. Das scheint den Alarmtrompeten auf der Berliner Parteizinne alles entgangen zu sein; sie schauen stieren Blickes nur nach dem „verlumpften“ Waden, wo die schlammigen Kastnachtsweise zu Hause sind. Die Figura zeigt, ist gleich dem badischen Karneval auch das badische Märfest für sie der Anlaß eines blamablen Hereinfallens geworden.“

Die wahrhaft kindische Eitelkeit, mit der das Blatt sich immer wieder preizt, weil es einmal zu unrecht erst genommen wurde, konnte erweiternd wirken, wenn es nicht so traurig wäre, daß es ein Parteiblatt ist, das diese Rolle spielt! Und dazu diese parteigenössliche Schandenfreude, daß ein Parteiblatt auf den „Witz“ hineingefallen ist. Und welch lebendiges, parteigenössliches Empfinden in der Mannheim's „Volkstimme“, daß sie glaubt, unser Verger über unseren „Hereinfall“ habe uns veranlaßt, stieren Auges nach dem „verlumpften Waden“ zu schauen, um uns an den badischen Parteigenossen zu rächen! Nach solchen Erwägungen denkt sich ein Parteiblatt ein anderes Parteiblatt redigiert! Man muß wahrhaftig Mitleid empfinden mit Leuten, die nicht begreifen können, daß ernste sachliche Erwägungen die Haltung eines Parteiblattes bestimmen! Nach diesen Proben des Geistes, der in der Mannheim's „Volkstimme“ lebt, wundern wir uns nicht länger mehr über den „Witz“, noch darüber, daß der Mannheim's „Volkstimme“ noch nicht ein Licht aufgegangen ist, wer der Blamierter bei der Affäre war.

In übrigen hätte die „P.“ bei einigem Nachdenken die ganze Unfähigkeit ihres Vorkwurfs, daß wir mit gehässiger Einseitigkeit Bloß gegen die betreffenden badischen Parteimitgliedschaften losgegangen sind, nicht aber die von ihm ausgehenden in Württemberg und der Pfalz, selbst erkennen können. Die Angelegenheit wurde im „Vorwärts“ bekanntlich auf Grund einer Zuschrift erörtert; Zuschriften über die württembergischen und pfälzischen Mainachfeiern sind uns aber nicht zugegangen und die Amnonenteile der Parteiblätter zu verfolgen, dazu fehlt uns wahrhaftig die Zeit. Selbstverständlich gilt für die Drischastens Württemberg und der Pfalz, die die Märfest nicht am 1. Mai begehen, dasselbe wie für die betreffenden Orte Wadens.

Veronasia. In die Redaktion der Breslauer „Volkswacht“ sind vertretungsweise die Genossen Wilh. Schröder-Berlin und Otto Müller-Leipzig eingetreten.

## Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

50 Mark Geldstrafe soll Genosse Seeger von der „Leipziger Volkszeitung“ nach einem amtserrichtlichen Strafbefehl zahlen, weil die „Leipziger Volkszeitung“ darauf hingewiesen hat, daß gewisse Wirte, die ihre Lokale nicht zu Verammlungen geben, von den Arbeitern nicht besucht werden dürfen.

Deutsche Pressfreiheit. Jüngst war der Redakteur Genosse Thiele angeklagt wegen eines Artikels im „Vollblatt für Halle“, für den Redakteur Genosse Rollenbühr verantwortlich gezeichnet hatte. Rollenbühr, als Zeuge geladen, verweigerte vor dem Schöffengericht die Aussage, insolge dessen gegen ihn ein Zeugniszwangsverfahren schwebt. Am Sonnabend war nun der Richter Genosse Ebeling ebenfalls vor dem Schöffengericht angeklagt wegen eines Gerichtsartikels, für den Redakteur Genosse Däumig verantwortlich gezeichnet hatte. Ebeling lehnte die Verantwortung auf Grund des § 20 ab und Redakteur Däumig als Zeuge geladen, übernahm die Verantwortung mit dem Hinweis, auf weitere Fragen keine Auskunft geben zu wollen. Die klagende Partei verfuhr nun durch Vernehmung mehrerer Zeugen nachzuweisen, daß Ebeling der Verfasser jener Gerichtsnotiz gewesen sein müsse, da er in jener Gerichtsverhandlung gesehen und an einem Tische geschrieben habe. Das Gericht sprach Ebeling frei, da durch seine Anwesenheit im Gerichtssaal nicht nachgewiesen sei, daß er der Verfasser der Gerichtsnotiz sei.

Wegen Vermeidung eines Pfarrers, bezogen in einer Verammlungsrede, wurde der Genosse Richter in Droßsig (Prov. Sachsen) zu 13 Wochen Gefängnis verurteilt.

## Gewerkschaftliches.

### Märfest-Nachwehen.

Die Ausgesperrten des Berliner Buchbindereigewerbes füllten gestern nachmittags bis zum letzten Platz den großen Saal des Gewerkschaftshauses. Ein Ueberblick über die Masse der Versammelten zeigte, in wie hervorragendem Maße das weibliche Element bei der Märfest beteiligt war. Ueber den Stand der Aussperrung und über ihre Begleiterscheinungen berichtete Klar. Ausgesperrt wurden insgesamt 921, darunter 456 männliche und 465 weibliche Kollegen. Arbeiten aussperrender Firmen, welche in Betrieben gemacht werden sollten, wo keine Aussperrung erfolgt war, wurde als Streikarbeit behandelt. Einige deshalb seit Beginn der Aussperrung erfolgte Arbeitsverweigerungen und vorübergehende Arbeitsniederlegungen hatten alsbald den von den Arbeitern und Arbeiterinnen bezweckten Erfolg. Von Druckereibesitzern, bei denen Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen den 1. Mai feierten, hat nur Kauf sich dem Aussperrbeschlusse der Buchbindereibesitzer angeschlossen. — Bei der Firma Thomas, die aus dem Verband Berliner Buchbindereibesitzer ausgestreut ist, wird bereits seit Montag früh zu den alten Bedingungen gearbeitet. Der Inhaber hat sogar zugestanden, daß das wieder eingetretene alte Personal mit zwei Kollegen, die ihm in den Rücken gefallen waren, nicht zusammen arbeiten braucht. Der während der Aussperrung geführte Kleinkrieg hat wesentlich dazu beigetragen, das Selbstvertrauen der auf Tarifbruch ausgehenden Unternehmer zu erschüttern. Auch die Solidarität der Kollegen hat sich dabei bewährt. Die Unternehmer merkten schließlich noch, daß auch der Zentralvorstand des Buchbinderverbandes in der Angelegenheit nicht untätig blieb. Dies und der glänzende Zusammenhalt der Arbeiter und Arbeiterinnen in Berlin ist wohl die Ursache, daß die Absicht der Berliner Unternehmer, die vielleicht auch die der Leipziger usw. war), die Berliner Märfest zu einem Tarifbruch auszunutzen, zu Boden fiel. Der Vorsitzende des Verbandes deutscher Buchbindereibesitzer hat nämlich den Berliner Unternehmern die telegraphische Weisung zugehen lassen, sich mit ihren bisherigen Arbeiterausschüssen in Verbindung zu setzen wegen Wiederaufnahme der Arbeit durch das ausgesperrte Personal zu den alten Bedingungen am Dienstag, den 8. Mai. Die erweiterte Ortsverwaltung und die Vertrauensleute haben sich auf folgende Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit geeinigt:

„Genau dasselbe Personal, das ausgesperrt wurde, tritt in den Betrieb in die alten Stellen zurück. Maßregelungen der Beteiligten dürfen nicht erfolgen. Bei Entlassungen, die aus Mangel an Arbeit notwendig werden, ist die Beschäftigungsdauer maßgebend, eingeschlossen die Zeit vor der Aussperrung. Mit den zuletzt eingetretenen hat man zu beginnen.“

Die Versammlung beschloß gegen eine Stimme, unter den von der Ortsverwaltung vorgeschlagenen Bedingungen die Arbeit aufzunehmen.

Die Musikinstrumentenarbeiter des Holzarbeiterverbandes hielten am 2. Mai ihre Vertrauensmännerversammlung ab. In dieser wurde über den Verlauf der diesjährigen Märfest im Veruß berichtet. Dieselbe hat auch in der Berliner Musikinstrumentenindustrie an Umfang gegen die vorausgegangenen Jahre bedeutend zugenommen. Im Jahre 1905 beteiligten sich die Arbeiter auf 58 Fabriken an der Märfest. Eine Auszählung in der Vertrauensmännerversammlung ergab, daß diesmal in 103 Betrieben 3000 Personen am 1. Mai gefeiert haben. Außerdem feierten einzelne Klavierarbeiter in 7 Fabriken. Das erste Mal waren die Pianomechanikerarbeiter und Arbeiterinnen an der Maidemonstration stark beteiligt. Obgleich die Fabrikantenvereinigung ihre Mitglieder verpflichtet hatte, die Arbeiter, welche am 1. Mai von der Arbeit wegblichen, auszusperrten, kamen nur 6 Unternehmer dieser Aufforderung nach. In diesen Betrieben wurden insgesamt 199 Arbeiter ausgesperrt, und zwar allgemein bis zum 7. Mai.

Wohl nicht überall dürfte die Märfest der Arbeiterschaft die Industrie eines Ortes so lahmgelegt haben, wie in Ober-Schöne-weide mit seiner ausgedehnten Industrie. Wenn noch im vorigen Jahre von einer Arbeitsruhe in diesen Werken wenig oder gar nicht die Rede war, so haben es neben der rastlosen Agitationsarbeit der Beteiligten nicht zuletzt die politischen Vorgänge zumege gebracht, daß diesmal die Arbeitsruhe einen ganz kolossalen Umfang annahm. So feierten z. B. von den annähernd 5000 Arbeitern der Werke der A. G. mindestens 4000, von den 600 Arbeitern der deutschen Nileswerkzeugfabrik über 500. Von zirka 300 Arbeitern der Norddeutschen Eisenwerke blieben nur 20 im Betrieb, von ebensobiel Arbeitern der Kupferwerke gar nur 5.

Nur wenige kleinere Betriebe der Textilbranche und die Fabrik von Engel u. Gegeuwald arbeiteten. Gewaltig war auch der Schreck der Unternehmer dieserhalb, die sich in dieser Webrängnis an die immer für sie bereite Polizei wandten und bereitwillig ungefähre 30 Gendarmen zur Verfügung erhielten. Es muß gesagt werden, daß es nur der Besonnenheit der Arbeiter zu danken war, daß Ausschreitungen vermieden sind. Erklärlicherweise sammelte sich am Morgen des 1. Mai in den Straßen des Ortes eine ungeheure Menschenmenge an, die dadurch provoziert wurde, daß einzelne Gendarmen direkt in die Menge auf den Bürgersteig hineintraten.

Gewaltig waren die Vormittagsversammlungen und die Märfest am Abend, — groß auch die Rache der Werksbesitzer.

Sämtliche Feiern wurden auf Eingebung des Vertrauensmännerverbandes ausgesperrt.

Am Montag, den 7. Mai, wurden die Arbeiter der anderen Werke wieder eingekerkert. Nur das Riesenwerk der A. G. glaubte eine Auslese — und zwar eine gründliche — halten zu müssen. Es wurde bekanntgegeben, daß nur diejenigen sich zum Eintritt melden dürften, welche eine diesbezügliche Aufforderung von der Direktion per Karte erhalten hätten. Eine solche Provokation konnten sich die Kucksperrten denn doch nicht gefallen lassen. Es wurde der Beschluß gefaßt, unter solchen Umständen hat keiner die Arbeit aufzusuchen. D diesem Beschluß ist am Montag voll nachgekommen worden.

Glaubt denn auch die Direktion der A. G. — welche sonst mit ihren Wohlfahrts-Einrichtungen prahlt —, daß den Arbeitern jedwede Scham abginge?

Ein Gerücht, daß die Wiedereinstellenden sich mit der Wiedereinführung der 10stündigen Arbeitszeit einverstanden erklären müßten, wurde von der Direktion widerrufen.

Eine zweite Maidemonstration, die nach außen beinahe wirkungslos war als die erste, spielte sich am Sonnabend in Rowanow-Reuendorf resp. Drewitz ab.

Die bei Orenstein u. Koppel der Meißner wegen ausgesperrten Metallarbeiter — 600 Mann — versammelten sich nachmittags im „Volksgarten“ und zogen dann gemeinsam zur Fabrik, um ihren noch rückständigen Lohn — eventuell auch ihre Papiere — in Empfang zu nehmen. Dieser Zug der 600 Maidemonstranten bildete einen eindrucksvollen Epilog zur Meißner, deren internationalen Siegeszug auch die kommandierenden Generale der Rühnemann-Höfaken nicht mehr aufzuhalten vermögen. ... Ernst und gemessen zogen die Alten, fröhlich die Jungen dieses Arbeiterbataillons der Zukunft durch den sonnigen Wald nach ihrer Fabrikfabrik, die abwärts der großen Heerstraße bei Potsdam zwischen Reuendorf und Drewitz liegt. In geordneter Ordnung stellten sich die Feiernden jenseits des Fabrikgebäudes im Schatten der märkischen Kiefern auf, um abteilungsweise zur Kasse zu gehen. ... Ruhe! ... Einer der Meister erscheint. Er wird ebenso lebhaft begrüßt wie der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, welcher eine kurze Ansprache hält. Er bringt seinen Kollegen die erfreuliche Nachricht, daß die Arbeit am Montag früh (also gestern morgen) in vollem Umfang wieder aufgenommen werden wird. Mahnungen wegen der Meißner sollen nicht stattfinden! — Rausch und sicher widelt sich nun wie gewöhnlich das Lohnabgabengeschäft ab und in bester Stimmung geht es wieder heimwärts. ... Da erklingt der dumpfe Ton der Fabrikschiffe: Feierabend! — für diejenigen, die am 1. Mai keine Zeit zum Feiern hatten. Mögen sie im nächsten Jahre nicht wieder abseits stehen, wenn die Freiheit ruft. Auch für sie gilt das Gebot der neuen Zeit: „Du sollst den Feiertag heiligen!“

Die Aussperrung an der Wasserlinie hat größere Dimensionen angenommen, als es zuerst den Anschein hatte, denn nach den Mitteilungen der in Betracht kommenden Sektionen des Hafenarbeiterverbandes sind rund 9000 Schauerleute, Smerzföhler und andere Hafenarbeiter bis zum 11. Mai von der Arbeit ausgeschlossen. Da die nicht direkt von den Hamburger Reedereifirmen abhängigen Betriebe sich nur zum Teil an der Aussperrung wegen Ruhenlassens der Arbeit am 1. Mai beteiligen, so ist ersichtlich, daß am Weltfeiertage über 10000 Hafenarbeiter das „Werk gestoppt“ haben, wie es an der Wasserlinie heißt. Mit allen Mitteln suchen die „Herren von Hamburger Hafen“ ihre Betriebe notdürftig aufrecht zu erhalten, und da sie nicht über gesetzliche Privilegien verfügen, indem sie die Befehle nach ihren Intentionen auslegen, wobei sie kräftigt von den beruflichen Vätern der Befehle unterstützt werden, scheint es nach außen so, als wenn sie sich über die von ihnen festgesetzte Aussperrungsfrist hinwegsetzen werden. Laut Bekanntmachung der Amerikaner muß nicht allein das Kontorpersonal Schauerarbeit verrichten, sondern auch die Kapitäne und Offiziere müssen Hand ans Werk legen. Viele Kapitäne und Offiziere fungieren als Werbagenten und schwindeln, daß sich die Vollen biegen, um Leute zur Reise nach Hamburg zu bewegen. Am Sonntag traf an der Wasserlinie ein in Oesterreich angeworbener Trupp Leute (80 Personen) ein, zu denen man gesagt hatte, in Hamburg herrsche zwischen Kapital und Arbeit tiefster Frieden. Als die Oesterreicher, zumeist Holzarbeiter, Wind belamen, um was es sich handelte, machten sie kurz kehrt. Anderen nach Hamburg gelassenen „Arbeitswilligen“, die schon auf „Hotel“-Schiffen der Amerikaner untergebracht waren, ist auf ihre energische Intervention die Freiheit gewährt worden, doch hat man sie nur bis Harburg expediert, während sie die Rückbeförderung nach ihrer österreichischen Heimat verlangen. — Wie während des großen Streiks der Hafenarbeiter und Seeleute 1896/97, so hat auch jetzt die Amerikanerlinie die für das Freiheitsgebiet, das als Zollausland gilt, bestehenden gesetzlichen Bestimmungen außer Kraft gesetzt, indem sie im Kaiser-Wilhelm-Hafen (Kuhwärder), Schuppen 73, 600 Werten für die noch „eintreffenden Arbeitswilligen“ hat aufschlagen lassen. Im Reichstage ist seinerzeit vom Bundesratetische aus die Ungefestigkeit eines solchen Verfahrens zugewiesen worden. Aber die Sozialisten können sich so etwas erlauben. Die Arbeitswilligen, die in einer Stärke von über 200 Mann im Schuppen wohnen und beschäftigt werden, dürfen sogar rauchen, was sonst mit sofortiger Entlassung geahndet wird. — Außer den 9000 Hafenarbeitern sind noch 600 Schiffsgemitterer ausgesperrt.

Die Aussperrung der Metallarbeiter ist im Niedergang begriffen; am Montagmorgen betrug die Zahl der Feiernden nur noch 900 Mann. Die Metallwarenfabriken haben schon teils vorige Woche, teils am Montag ihre Leute wieder eingestellt. Nur die Werkbetriebe und einige zur Gruppe der Hauptmaschinenmacher gehörende Firmen halten an dem Beschluß, ihre Arbeiter bis zum 11. Mai auszusperrten, fest.

Kuherdem sind noch mehrere hundert Holzarbeiter ausgesperrt, bis zum Teil Gegenforderungen stellen, indem sie nicht willens sind, sich ungestraft außer Arbeit setzen zu lassen.

In den Siemens-Schuckertwerken zu Nürnberg herrscht eine große Gärung. Obwohl die Direktion, als am 3. Mai die auf einen Tag wegen der Meißner ausgesperrten Arbeiter erklärten, die Arbeit nicht eher aufnehmen zu wollen, als bis bindende Versicherungen vorhanden seien, daß keine Maßregelung erfolge, versprach, jeder Arbeiter könne auf seinen alten Platz zurückkehren, sind doch Verhörungen von einem Saal in den anderen und Entlassungen erfolgt, die als Maßregelungen betrachtet werden, umso mehr, als es in den Entlassungszeugnissen heißt, der Betroffene sei „mit Unterbrechung von zwei Tagen“ die und die Zeit im Betriebe beschäftigt gewesen. Nicht mit Unrecht wird vermutet, daß diese Bemerkung nur bedecken soll, den Inhaber des Zeugnisses zu kennzeichnen. Es ist keinerlei Instanz mehr vorhanden, durch die die Arbeiter mit der Direktion verhandeln können, denn der Arbeiterausschuß hat vor der Meißner seine Kante niedergelegt, da ihm der Vorwurf gemacht wurde, daß er die Interessen der Arbeiter zu energisch vertrete und „beidehend“ wirke.

Am Sonnabendabend hat deshalb eine Versammlung der Arbeiter des ganzen Werkes stattgefunden, in der noch längerer

Diskussion beschlossen wurde, den bisherigen Arbeiterausschuß als Beschwerekommission einzusetzen, der sich jeden Abend in einem bestimmten Lokal zu versammeln und die Beschwerden entgegenzunehmen hat, die der Direktion schriftlich zu übermitteln sind, wenn sie mit der Kommission nicht unterhandeln will. Erfolgt keine Abhilfe, so soll die Oeffentlichkeit in Anspruch genommen werden. Ferner wurde erklärt, daß die Leistung von Ueberstunden strikte verweigert wird; erfolgen aus diesem Grunde Maßregelungen, so sollen sie mit Arbeitseinstellung beantwortet werden. Da die Direktion beabsichtigt, wegen der Verweigerung der Ueberstunden Nachtschichten einzuführen, die aber 12 Stunden dauern sollen, beschloß die Versammlung, die Forderung zu stellen, daß die Nachtschichten unter keinen Umständen länger als die Tagsschichten sein sollen, eventuell sollen dreiteilige Schichten von je acht Stunden eingeführt werden.

### Berlin und Umgegend.

#### Achtung, Stultateure!

Wegen Differenzen ist die Firma Veinhorn in Erfurt sowie der Neubau des Kurhauses in Eisenach für Stultateure und Rabiger gesperrt.

Die Lohnbewegung der Musterkonfektionsweber nimmt einen befriedigenden Fortgang. In einer öffentlichen Schneiderversammlung, die am Sonntag im „Englischen Garten“ stattfand, wurde darüber berichtet, daß bisher 26 Firmen den neuen Lohnstarif anerkannt haben. Die Taktik, wonach ein allgemeiner Streik nicht proklamiert werden sollte, jedoch die Anfertigung von Mustern überall dort zu verweigern sei, wo die Bewilligung der Forderungen nicht erfolgt, wurde von der Versammlung als durchaus richtig anerkannt und beschlossen, in derselben Weise die Bewegung fortzuführen. Bei einer Anzahl Firmen bedurfte es erst einer mehr- oder weniger Arbeitsniederlegung, um sie zur Anerkennung der Forderungen zu veranlassen. Eine Reihe ähnlicher Arbeitsniederlegungen dürften noch zu erwarten sein.

Die organisierten Hausdiener, Kutsher usw. aus den Handtuch- und Wäsche-Verleih-Instituten Berlins machen die organisierte Berliner Arbeitererschaft darauf aufmerksam, daß dieselben seit dem 1. Mai eine braune Kontrollkarte eingeführt haben. Nur von den Firmen wird der Tarif gezahlt, deren Arbeiter im Besitz einer Kontrollkarte sind.

Die Karte ist von brauner Farbe und nur dann gültig, wenn dieselbe ordnungsgemäß jeden Monat abgestempelt ist.

Wir appellieren an das Solidaritätsgefühl der gesamten Arbeitererschaft!

Die Hausdiener, Kutsher usw. der Handtuch- und Wäsche-Verleih-Branchen.

J. A.: Blü. Müller, Bahnamstraße 80, IV.

Zur Lohnbewegung der Bäcker. Eine gestern nachmittags in den Konfektionsfabriken abgehaltene Versammlung der Bäckermeister nahm den von der gemeinschaftlichen Kommission ausgearbeiteten Einigungsvorschlag nach einer und zugehenden Mitteilung mit großer Majorität an.

Achtung, Schuhmacher! Trotz aller Bemühungen unsererseits, hat die Schuhmacher-Innung bis jetzt noch keine Stellung zu unseren Forderungen genommen. Der Innungsausschuß hat sich nur dazu verstanden, den Innungsgliedern eine Lohnerböhung bis zu 10 Proz. zu empfehlen. Mit einer derartigen Empfehlung ist uns nicht gedient. Deshalb beschloß die am 30. April tagende Versammlung der Schuhmachergehilfen, die Innung aufzufordern, mit uns in Verhandlung einzutreten und innerhalb 8 Tagen einen präzisierten Lohnstarif auszuarbeiten. Diese acht Tage sind vergangen, die Innung hat uns aber keine Antwort gewährt. In Erkenntnis dieser Sachlage beschloß die am Montag, den 7. Mai, tagende Gehilfenversammlung nunmehr, den vom Zentralverband der Schuhmacher aufgestellten Lohnstarif den einzelnen Arbeitgebern zu unterbreiten und überall dort die Arbeit niederzulegen, wo derselbe nicht anerkannt wird. Wir ersuchen nunmehr alle Schuhmachergehilfen, diesen Beschluß zur Durchführung zu bringen. Mitteilung über Bewilligungen oder Arbeitsniederlegung werden bis auf weiteres von morgens 10 Uhr bis abends 8 Uhr in folgenden Lokalen entgegengenommen:

- Kugeln, Oranienstr. 103,
- Rix, Dalkenstr. 59,
- Feind, Weinstr. 11 und
- Faber, Stephanstr. 11.

Wir richten das Ersuchen an die Arbeitererschaft Berlins, und in diesem Kampfe die Unterstützung nicht zu versagen, da in unserem Gewerbe die schlechtesten Löhne gezahlt werden.

Die Oeuvreverwaltung des Zentralverbandes der Schuhmacher.

Der Ortsverein Spandau des Buchdrucker-Verbandes ersucht um Aufnahme folgender Zellen:

Die am 5. Mai 1906 stattgefundene Versammlung der Buchdrucker, „Ortsverein Spandau“, beschloß mit 24 gegen 6 Stimmen folgende Resolution:

„Die Versammlung hat mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß der „Korrespondent“ in seiner Nummer vom 1. Mai mit seiner Silbe der Meißner gedacht hat.

Die Versammlung erklärt diese Haltung des Verbandesorgans für doppelt bedauerlich, weil dadurch der Anschein erweckt werden könnte, als ob die organisierten Buchdrucker in ihrer Gesamtheit den Forderungen aus Geringsichtung des Achtstundentages und der politischen Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Besitzenden gleichgültig gegenüberstünden, und weil diese Haltung des „Korr.“ nur geeignet ist, die Buchdrucker bei ihren übrigen Arbeitsbrüdern in Mißkredit zu bringen.

Die Versammlung beauftragte den Vorstand des Ortsvereins, diese Resolution der „Korr.“-Redaktion zur Kenntnis zu bringen.

### Deutsches Reich.

Der Mann mit der roten Mütze. Ein Schlosser von Halle fragte bei dem Jakobsweg in Meißner (Kilnengesellschaft) um Arbeit an. Die Gesellschaft antwortete, er möge nur mitteilen, mit welchem Auge er eintröffe, damit man ihn vom Bahnhof abholen könne. Auf dem Verton möchte sich der Antommung unter Vorzeigung eines Scheitens an den diensttuenden Bahndameen, eingelammert (Mann mit der roten Mütze) wenden, der unterrichtet sei. Befragungen wären nicht zu befürchten. — So wirken Staatsbeamte im einseitigen Interesse des Unternehmertums.

In den Spiegelmaschinen von Nürnberg-Fürth steht eine Bewegung bevor. Die Arbeiter haben Forderungen aufgestellt, auf die sich die Unternehmer auf ein Jahr verpflichten sollen. Es wird unter anderem verlangt: 6stündige Arbeitszeit, 10prozentige Lohnerböhung für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, Befestigung eines Minimallohnes von 18 M. für Arbeiter über 18 Jahre, Befestigung des Lohnes, daß die Arbeiter für den Versuch aufkommen müssen. Für die Holzarbeiter, Metallarbeiter und Maschinenarbeiter wird Erhöhung des Stundenlohnes und Abschaffung der Akkordarbeit verlangt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Arbeiterrisiko.

Ein Baumsturz mit tödlichem Ausgang ereignete sich gestern nachmittags gegen 4 Uhr auf der elektrotechnischen Fabrik von Ernst Papp in Köpenick. Bei Arbeiten an einem Hochspannungsträger der 22 Jahre alte Bauarbeiter Josef sowie ein Maurer aus Bredersdorfer Höhe ab. Josef blieb mit zerschmetterten Gliedern liegen und verstarb nach kurzer Zeit. Der andere Abgestürzte

scheint ohne Verletzungen davongekommen zu sein. Der Gestorbene war unverheiratet.

### Das Ergebnis der ungarischen Wahlen.

Budapest, 7. Mai. (W. Z. V.) Nach den nunmehr vorliegenden sämtlichen 413 Wahlergebnissen entfallen auf die Konstitutionelle Partei 74 bis 80 und die Nationalisten, einschließlich 12 240 auf die 12 Sachsen, 33 Siege. Stichwahlen sind in 13 Bezirken erforderlich, der Rest der Neuwahlen entfällt auf verschiedene Fraktionen, in fünf Bezirken wurden die Wahlen für ungültig erklärt und Neuwahlen angeordnet.

### Die Wahlen in Frankreich.

Paris, 7. Mai. (Privatdepesche unseres Pariser Korrespondenten.) Bei harter Beteiligung an den Wahlen ist dieselbe überraschend günstig für die Republikaner. Bisher sind 582 Resultate bekannt. In der Provinz und in Paris sind starke Verluste der Radikalen zu verzeichnen. Die Progressisten verloren von 77 Mandaten 21, die Nationalisten von 62 besetzten 8, sie gewinnen 2. Die vornehmen Bezirke in Paris blieben nationalistisch. Gewählt sind 33 unifizierter Sozialisten, 9 nichtunifizierte, 104 Radikale und Radikalsozialisten, 56 Linkerepublikaner, 55 Progressisten, 110 Rechte; 155 Stichwahlen, 144 sind den Republikanern günstig. Die bourgeoisdemokratische Mehrheit ist gesichert. Als Hauptergebnis anerkennt die Presse das riesige Anwachsen der sozialistischen Stimmen; bei der letzten Wahl erhielten beide Richtungen 800 000 Stimmen, diesmal die reinigte Partei mindestens eine Million. Der Zuwachs wurde teils den Radikalen, teils den Reaktionsären abgewonnen. Jaurec siegte mit 240 Stimmen Mehrheit, Guesde, Auch eroberte Noubat gegen Motte. In Paris Allemane sichere Stichwahl gegen Nationalisten. Ebenso Groussier gegen Oberst Marchand, Sembat, Rouanet, Chauviere, Bailant wiedergewählt, Drouffe, Rozier neugewählt. Millerand besiegte mit reaktionären Stimmen Lafargue. Große Fortschritte sind im Norden zu verzeichnen. Delory, Wash, Lamandin wiedergewählt, desgleichen Douvert, Pressensie in Limoge, wo unlängst Gemeindevwahl verloren, behauptet. Bei den Sozialisten herrscht ungeheurer Jubel. Unifizierte besaßen 39 Mandate, fünfzig wohl 60.

### Zusammenstöße mit der Polizei.

Paris, 7. Mai. (W. Z. V.) Aus Orest wird gemeldet, daß der dortige Ausstand beendet ist. In Carmaux (Departement Tarn) kam es während der letzten Nacht zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen der Gendarmerie und etwa 50 Wachen, wobei ein Gendarm tödlich und ein anderer weniger schwer verletzt wurde. Die Fenster eines Cafés wurden zertrümmert, auch gerieten einem Telegramm aus Cannes zufolge, gestern abend in dem Orts Elben eine Anzahl junger Leute, die das Ergebnis der Wahl feierten, mit der Gendarmerie in Konflikt. Vier Personen wurden verhaftet, jedoch bald darauf von ihren Kameraden befreit, die die Türen des Polizeigebäudes einschlugen und das ganze Innere des Hauses zerstörten. In St. Etienne erschienen heute früh die Arbeiter der meisten Graubuschhüte wieder zur Einsahrt. Die Gesellschaften liehen sie jedoch nicht einzufahren, sie wollten nicht eher die Aufnahme der Arbeit gestatten, bis die Arbeiter einen Vertrag unterzeichnet haben, daß sie wieder zu den alten Bedingungen arbeiten wollen.

### Nach der Wahl erkochten.

Lille, 7. Mai. (W. Z. V.) Gelegentlich der Wahlhandlung in Courchesam kam es nach Verleumdung des Wahlergebnisses zu einem Streit bei dem ein Wähler durch einen Messersich ins Herz gestochen wurde.

### Anarchistenverhaftung?

Barcelona, 7. Mai. (W. Z. V.) Hier ist eine anarchistische Verhaftung entbehrlich worden. Sechzehn Anarchisten wurden festgenommen. Acht Bomben wurden gefunden.

### Zum englisch-türkischen Konflikt.

London, 7. Mai. (W. Z. V.) Unterhaus. Lord Dalsie (L.) fragt, ob die deutsche Regierung eine Versicherung abgegeben habe, daß sie nicht in der Lage sei, die Worte bei der Ausdringung der Frage hinsichtlich der Sinai-Halbinsel zu unterstützen. Parlamentsuntersekretär Sturman erwidert in Vertretung Sir Edward Grey: Wir würden von der deutschen Regierung benachrichtigt, daß kein Grund für die Zeitungsmeldung vorliegt, daß das Sagen der Worte bezüglich der ägyptischen Grenze irgend eine Ernüchterung erhalten hat. (Weisfall.)

Walfour (L.) wünscht Aufklärung über den Streitfall mit der Türkei. Sir Edward Grey befragt in längerer Rede die Meldung betreffend die britische Rolle an die Türkei und schließt, nachdem er eine Schilderung von dem Verlauf der Angelegenheit gegeben hat, mit den Worten: Wir haben um eine zustimmende Antwort innerhalb von zehn Tagen ersucht. Der Umfang der Forderungen der Worte sowie Ton und Charakter der türkischen Mitteilung an den Araber hat es unmöglich gemacht, die Regelung auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Das ist auch der Grund, weshalb wir jetzt auf Erfüllung unserer ursprünglichen Forderung auf gemeinsame Festlegung der Grenze dringen. Ich denke, daß für die Regierung in Anspruch nehmen, daß sie große Geduld und Mäßigung an den Tag gelegt hat, die letzte Entwicklung der türkischen Forderungen würde aber, wenn sie zugelassen würde, die Türkei in eine Stellung bringen, welche eine wirkliche Gefahr nicht allein für die Freiheit des Suezkanals, sondern auch für die Freiheiten Ägyptens und die Sicherheit der Dynastie des Araber sein würde. Die Regierung konnte gegenüber diesen Forderungen nicht gleichgültig sein, und ihre Wichtigkeit macht es nötig, daß wir jetzt auf eine Verlegung auf Grundlage der Grenze Ägyptens drängen, wie sie unbestritten und ungelöst seit sieben Jahren bestanden hat. (Weisfall.)

### Attentat.

Riga, 7. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Eine Bande von Revolutionären ermordete mit Dolchen und Beilen im Distrikt von Wendan einen Grundbesitzer sowie dessen Frau und Sohn und verletzte dessen Tochter schwer.

### Ueberfall auf eine Bahnhafion.

Riga, 7. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Eine Bande von 15 Bewaffneten überfiel gestern abend die Station Schloß, umwält Luffian, tödte einen Gendarm, einen Schutzmann, den Vorstand des Postbüros, einen Schreiber und einen Wirtschaffstiler, der sich zufällig dort befand, und plünderte die Kasse des Bahnhofs und der Postbüros. Zwei Kompanien Infanterie sind von Riga zur Verfolgung der Verbrecher entsandt worden.

### Unruhen auf der Insel Guadeloupe.

Washington, 7. Mai. (Meldung des „Neuterischen Bureaus“.) Das Staatsdepartement hat von dem amerikanischen Konsul auf Guadeloupe die telegraphische Meldung erhalten, daß schon seit Wochen wegen der französischen Parlamentswahlen dort Unruhe herrsche und die Stadt sich in den Händen des Volks befände. — Von San Domingo ist ein amerikanisches Kriegsschiff nach Guadeloupe beordert worden.

Reichstag.

98. Sitzung vom Montag, den 7. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Tisch des Bundesrats: Freiherr v. Stengel, Freiherr v. Rheinbaben.

Die zweite Beratung des Zigarettensteuergesetzes wird fortgesetzt.

§ 8 ohne Besprechung angenommen.

Bei § 9, der die Bestimmungen über den Kleinverkauf der Tabak verarbeitenden Betriebe und der Hersteller von Zigarettenhüllen und Blättchen enthält, führt

Abg. Geher (Soz.)

aus: Für uns ist der § 9 ein sprechender Beweis dafür, daß man auch die ganze Zigarettenfabrikation durch dieses Gesetz treffen will. Es gibt eine ganze Reihe von kleinen Zigarettenfabriken, die neben der Zigarettenfabrikation den Detailverkauf von Zigaretten betreiben. Wenn nun ein solcher Zigarettenfabrikant nur nebenher Zigaretten verkauft, ist es da nicht eine ungeheure Verlästigung, wenn er eine genaue Beschreibung der Räume, in denen der Kleinverkauf stattfinden soll, der Steuerbehörde übergeben muß? Man hat sich, glaube ich, gar nicht klar gemacht, welchen Eingriff man da begeht. Wozu denn diese Beschreibung? Was versteht man darunter? Wenn diese Beschreibung nicht genügt, muß der Betroffene sie vielleicht noch einmal machen, wenn sie dann auch nicht genügt, kommt vielleicht eine Besichtigung der Räume. Welch umständlicher Apparat ist das! (Sehr richtig! links.) Wenn die Beschreibung sich nicht als zureichend herausstellt, wird der Inhaber des Geschäfts vielleicht noch obendrein in Strafe genommen. (Sehr richtig! links.) Hier zeigt sich, daß man gar nicht darangeht, die Mittelstandspolitik zu treiben. (Sehr wahr! links.) Man sieht, daß es dem Gesetzgeber nur darauf ankommt, Geld zu bekommen. Solchen Gesetzgebern ist es, um ein Wort des Herrn Geher zu gebrauchen, ganz egal, was aus dem Mittelstand wird. Die Folgen werden Sie bald spüren. So weit ich meine Kollegen kenne, werden sie sich mit allen Mitteln dagegen wenden. Das wird dahin führen, daß wie in Amerika diese Bestimmungen binnen einem Jahre wieder hinweggefegt sind. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

§ 10 wird angenommen.

Bei § 11, der vorschreibt, daß Zigaretten- und Zigarettenpapier nur in angemeldeten Räumen gelagert und verpackt werden dürfen und über Zu- und Abgang der Erzeugnisse eine Nachführung anzulegen ist, führt

Abg. v. Elm (Soz.)

aus: Sofern es sich um Großbetriebe handelt, macht die hier vorgeschriebene Kontrolle keine großen Schwierigkeiten, in der Detailindustrie ist sie dagegen schwer durchzuführen. Wenn weiter nichts verlangt wird, als daß der Zigarettenfabrikant in nur angemeldeten Räumen lagern darf, so wird es genügen, die Kleinindustriellen zu bestimmen, auf die Aufrechterhaltung der Zigarettenfabrikation zu verzichten. Unsere Volksschulbildung bringt es ja leider mit sich, daß die meisten dieser Leute Wähler sind, aus denen sie selbst zwar sehr gut Flug werden, in denen sich Steuerbeamte aber nicht zurechtfinden können. (Sehr richtig! links.)

§ 12 wird angenommen.

Bei § 13, der vorschreibt, daß Zigaretten- und Zigarettenpapier nur in angemeldeten Räumen gelagert und verpackt werden dürfen und über Zu- und Abgang der Erzeugnisse eine Nachführung anzulegen ist, führt

Abg. v. Elm (Soz.)

aus: Sofern es sich um Großbetriebe handelt, macht die hier vorgeschriebene Kontrolle keine großen Schwierigkeiten, in der Detailindustrie ist sie dagegen schwer durchzuführen. Wenn weiter nichts verlangt wird, als daß der Zigarettenfabrikant in nur angemeldeten Räumen lagern darf, so wird es genügen, die Kleinindustriellen zu bestimmen, auf die Aufrechterhaltung der Zigarettenfabrikation zu verzichten. Unsere Volksschulbildung bringt es ja leider mit sich, daß die meisten dieser Leute Wähler sind, aus denen sie selbst zwar sehr gut Flug werden, in denen sich Steuerbeamte aber nicht zurechtfinden können. (Sehr richtig! links.)

Abg. Westermann (natl.) hat bedeutend größeres Vertrauen auf die Intelligenz der Steuerbeamten.

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Das schlimmste ist, daß mit diesem Paragraphen wie mit manchen anderen eigentlich gar nichts gesagt ist. Wäre eine ähnliche Nachführung vorgeschrieben wie in Amerika, so ließe sich darüber reden. Da muß der Produzent auf der einen Seite über die Produktion und auf der anderen über die Verpackung, und beides muß miteinander übereinstimmen. Die uns zum gemuldeten Vorschriften aber sind ganz unbestimmt. Das Streben müßte doch dahin gehen, die Nachführung zu vereinfachen. Aber etwas davor ist scheint bei uns gar nicht beabsichtigt zu sein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hiermit schließt die Debatte. § 11 wird in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso § 12, welcher noch besondere Bestimmungen zur Führung von Aufzeichnungen enthält.

Es folgt der § 13, der von der Aufsichtsbefugnis der Steuerbeamten handelt.

Abg. v. Elm (Soz.): Im ersten Absatz des Paragraphen heißt es allerdings: Die Steuerbeamten sind besetzt, die Betriebe- und Lagerräume, so lange sie geöffnet sind, zu jeder Zeit, anderenfalls von morgens 6 bis abends 9 Uhr zu besuchen. Damit ist also ein Besuch zur Nachtzeit ausgeschlossen. Im zweiten Absatz aber ist dieser Besuch wie gewöhnlich wieder ausgeschlossen, indem es heißt: Die Zeitbeschränkung fällt fort, wenn Gefahr im Verzuge ist. Ein Steuerbeamter kann aber immer „Gefahr“ wittern, wenn nach seiner Meinung der Verdacht einer Steuerdefraudation vorliegt. Wenn er also eine solche zu befürchten angibt, so steht es ihm beispielsweise frei, die Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen auch zur Nachtzeit zu besuchen. (Beifall.) Auf jeden Fall beweist doch dieser Paragraph wieder, welche kolossalen Schwierigkeiten das Gesetz bei seiner praktischen Durchführung bereiten wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Geher (natl.): Gerade dieser Paragraph ist von der Kommission besonders sorgfältig bearbeitet worden. Auf die Heimarbeiter bezieht sich nur der erste, nicht der zweite Absatz; es ist also ausgeschlossen, daß die Heimarbeiterinnen nachts kontrolliert werden dürfen.

Damit schließt die Debatte. § 13 wird angenommen.

§ 14 handelt von der Gülfelieferung der Zigarettenindustriellen bei der Ausübung der Steueraufsicht.

Abg. v. Elm (Soz.): Bis hierher konnten auch die Zigarettenindustriellen ein Geschäftsgeheimnis. In Zukunft haben sie aber nach diesem § 14 den Oberbeamten der Steuerverwaltung die auf den Einkauf des Rohmaterials sowie auf die Herstellung und den Verkauf von der Zigarettensteuer unterliegenden Erzeugnissen sich beziehenden Geschäftsbücher und Geschäftspapiere auf Erfordern zu jeder Zeit zur Einsicht vorzulegen. Welche Garantie hat nun der Staatssekretär dafür, daß unter diesen Oberbeamten sich nicht auch ein Mähdiger findet, der den Konfirmanden etwas von diesem Geschäftsgeheimnis mitteilt? Eigenliche Geschäftsgeheimnisse gibt es jedenfalls in Zukunft in der Zigarettenindustrie jedenfalls nicht mehr. Ist es denn nun notwendig, daß die Kontrolle in dieser Weise ausgedehnt wird? Alle diese Bestimmungen sind so behärdlich, daß sie eine große Gefahr für die Industrie darstellen. In Amerika hat man ähnliche Bestimmungen ganz lax durchgeführt. Die deutschen Beamten werden diese Vorschriften sehr genau nehmen und dann ist an eine Wahrung der Geschäftsgeheimnisse nicht mehr zu denken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Freiherr v. Stengel: Ähnliche Kontrollbestimmungen finden sich in vielen anderen Steuergesetzen. Der Vordrucker müßte also mindestens einen Fall mitteilen, in dem ein oberer Steuerbeamter das Geschäftsgeheimnis verraten hat, wenn er seine Befürchtungen auch nur im mindesten begründen wollte.

Abg. v. Elm (Soz.): Die Zigarettenindustrie hat neben einigen größeren auch viele kleinere Betriebe. Deshalb ist es nicht richtig, aus anderen Gewerben ohne weiteres auf diese Industrie zu folgern. Ich will dem Staatssekretär ja gern zugeben, daß die Mehrzahl der oberen Steuerbeamten zuverlässig ist. Aber will er für jeden seiner Beamten in der Weise die Garantie über-

nehmen, daß er einen Verrat der Geschäftsgeheimnisse für ausgeschlossen hält? Es ist bekannt, daß in Amerika hohe Steuerbeamte aus derartigen Bestimmungen geradezu ein Geschäft gemacht haben. Nun mag unser Beamtenmaterial besser sein, aber wenn solche Gesetze geschaffen werden, die geradezu zu Defraudationen herausfordern, schädigen sie nicht nur die Industrie, sondern forumpieren auch die Beamenschaft, und deshalb erblicke ich auch in diesem Paragraphen eine Gefahr. (Drabal bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. § 14 wird angenommen.

§ 15 bestimmt, daß, wer sich gewerbmäßig mit dem Verkauf von Zigarettenhüllen und Zigaretten, sowie von Zigarettenhüllen und Blättchen befassen will, dies vorher der Steuerbehörde anzuzeigen und ihre Vorräte vorzuzeigen hat.

Die Steuerbehörde kann verlangen, daß Niederschriften einzelner Teile dieses Gesetzes und der Ausführungsbestimmungen in den Verkaufsstätten an in die Augen fallender Stelle ausgehängt werden.

Abg. Mollenhuth (Soz.): Der Zweck der Bestimmung in Absatz 1 dieses Paragraphen ist mir unklar. Am meisten Bedenken erregt aber der zweite Absatz. Es müßte doch festgelegt werden, welche Teile des Gesetzes ausgehängt werden sollen, um unnütze Schikantierungen durch die Steuerbehörde zu verhindern.

Reichsfinanzsekretär Freiherr v. Stengel: Welche Paragraphen auszuhängen sind, wird der Bundesrat in seinen Ausführungsbestimmungen festlegen. Der Steuerbehörde bleibt das nicht überlassen.

§ 16 bestimmt:

Die Steuerzeichen und Zollzeichen sind an den Packungen so lange zu erhalten, bis diese geöffnet werden. Eine Nachfüllung der Packungen darf nicht stattfinden. Der Einzelverkauf darf nur aus den zugehörigen Umschließungen erfolgen. Geleerte Umschließungen sind alsbald zu vernichten.

Abg. v. Elm (Soz.): Hier zeigt sich wieder einmal die Unklarheit des Gesetzes. Von wem sollen die Umschließungen vernichtet werden? Ferner wird hier sehr wenig Rücksicht auf die Entwicklung der Industrie genommen. Es gibt eine ganze Reihe sogenannter Kurzpäckchen, die zum Teil einen Herstellungswert von 20 Mark haben. Deshalb will man die Leute verpflichten, derartig teure Packungen einfach zu vernichten? Bisher wurden sie aufbewahrt und nachgefüllt.

Reichsfinanzsekretär Freiherr v. Stengel: Ich verweise auf die in der Kommission auf ähnliche Bedenken gegebene Antwort. (Nach Ansicht der Kommission soll die Vorschrift des § 16 so ausgelegt werden, daß eine Unbrauchbarmachung zur Wiederbenutzung als Zigarettenpackung schon als ausreichende Vernichtung anzusehen ist.)

Bei § 17, der die Aufsichtsmassnahmen verschärft, führt

Abg. v. Elm (Soz.) aus: Die Bestimmungen dieses Paragraphen müssen wir unterstreichen, um darzustellen, welche ungeheure Konsequenzen sie schaffen. Der Paragraph bestimmt, daß Personen, die der Defraudation verdächtig sind, besonderen Aufsichtsmassnahmen unterworfen werden können. Das bedeutet mit anderen Worten, daß diese Personen einem Steuerbeamten ausgeliefert werden. Verdächtig werden natürlich immer in erster Linie die kleinen Fabrikanten sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die §§ 25-32 werden ohne Besprechung angenommen.

Als § 32a beantragen die Abg. Albrecht (Soz.) und Genossen einzufügen: Personen, die als Arbeiter oder Arbeiterinnen in der Zigarettenindustrie gearbeitet haben und innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Zigarettensteuergesetzes durch Einschränkung der Produktion oder durch Verlegung der Fabriken oder durch Uebertragung von Handbetrieb zur Fabrikation mittels Maschinen arbeitslos werden, erhalten Entschädigung, und zwar, wenn sie zur Zeit des Eintrittes der arbeitslosen Zeit mindestens 1 Jahr, aber nicht länger als 3 Jahre, sich als Zigarettenarbeiter oder Arbeiterinnen ernährt haben, den Betrag eines Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber 500 M., wenn der Arbeiter oder die Arbeiterin sich länger als 2 Jahre, aber weniger als 10 Jahre als Zigarettenarbeiter oder Arbeiterinnen ernährt hat, den dreifachen Betrag des Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber 1500 M.; wenn der Arbeiter oder die Arbeiterin sich länger als 10 Jahre als Zigarettenarbeiter oder Zigarettenarbeiterin ernährt hat, den fünfjährigen Jahresarbeitsverdienst, mindestens aber 2500 M.

Hierzu liegt ein Amendement des Abg. Graf v. Brudzewo-Mielzynski (Pol.) vor, nach dem die Bestimmungen des Antrages Albrecht und Genossen auch für bisherige Heimarbeiter und Arbeiterinnen gelten sollen.

Abg. Mollenhuth (Soz.): Die Tabakarbeiter sind schon oft das Opfer der Steuererhöhung gewesen. Die Tabakarbeiter gehörten in den letzten Jahren zu den besser gelohnten Arbeitern, wenigstens in den Großstädten. Sie verdienten in der Regel mehr als die Bauhandwerker. Der Hauptsturz kam dann 1879. Damals hat man es fertig gebracht, die ganze Steuererhöhung vom Lohn abzuziehen. Vorher wurden 18 M. für 1000 Zigaretten gezahlt, 1879 zahlten dieselben Fabrikanten 5-12 M. (Hört! hört! links.) In Amerika hatte man damals zufällig eine Periode der Prosperität, so daß New York den ganzen Ueberfluß von Tabakarbeitern aus Hamburg und Bremen aufnehmen konnte. Es kam hinzu, daß die meisten Leute infolge der guten Vorjahre das Geld hatten, um auszuwandern zu können.

Der Reichstag hat dann eine Resolution angenommen, in der verlangt wurde, daß endlich die Beunruhigung der Tabakindustrie aufhören solle. Trotzdem sind seitdem nicht weniger als 28 Projekte gekommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Heute ist die Lage so, daß der Tabakarbeiter durchschnittlich 548 M. verdient, während der Durchschnittsverdienst der gewerblichen Arbeiter sonst 947 M. beträgt. Der Durchschnittsverdienst des Tabakarbeiters bleibt also um 404 M. hinter dem der übrigen gewerblichen Arbeiter zurück. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir ist kein Staat bekannt, der so offenbare Prämien auf Lohnabzüge gesetzt hat, wie das Deutsche Reich in diesem Gesetz. Das steht einfach ohne Beispiel in der Geschichte aller Kulturstaaten da. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Dah eine Krise nach Inkrafttreten dieses Gesetzes erscheint, ist von allen Seiten gegeben. Wie 1879 eine Lohnrückbildung eintrat, so wird es auch jetzt geschehen. 1879 ging die Industrie nach Westfalen und Baden, beschäftigt aber nicht mehr die alten Arbeiter, sondern zog neue Arbeiter aus der Landwirtschaft heran. Ähnlich wird es jetzt gehen, dadurch werden nach meiner Ansicht die Arbeiter an ihrem Eigentum geschädigt, denn das einzige Vermögen, das sie haben, ist ihre Arbeitskraft und ihre Geschäftlichkeit in irgend einem bestimmten Beruf. Wenn ein Stück Holz als Nessel verarbeitet ist, läßt es sich als Bauholz zu anderen Zwecken nicht gut verwenden. Genau so steht es mit dem Arbeiter, der sich in einer bestimmten Arbeit Geschäft erworben hat. Selbst in der Kommission ist offen zugegeben, daß viele Arbeiter und Arbeiterinnen arbeitslos werden, man hat aber gesagt, die Arbeiterinnen könnten ja Hausmädchen werden oder auf dem Lande arbeiten. (Hört! hört! links.)

Sie sollen sich also der Gesindeordnung unterwerfen und in ihrem Einkommen zurückschlagen. Wenn wirklich eine Zigarettenarbeiterin Stellung als Hausmädchen oder Landmädchen bezieht, so würde sie, entsprechend ihrer geringeren Geschäftlichkeit, erheblich weniger bekommen als ein Hausmädchen durchschnittlich erhält. (Sehr richtig! links.) Der Arbeiter wird also direkt in seinem Einkommen durch dieses Gesetz geschädigt. Wenn die Gesetzgebung gewisse Personen schädigt, so muß sie dafür Ersatz leisten. Diesen Grund haben wir in der Reichsregierung bei der Uebernahme der Privatposten verfolgt. Ähnlich ist man beim Stüttschiffverkehr vorgefahren. An anderen Stellen ist man noch weiter gegangen. Als in Preußen eine Anzahl Herren, die sonst keine Steuern bezahlten, Steuern bezahlten sollten, hat man das als eine Vermögens-

schädigung angesehen und ihnen den kapitalisierten Betrag der Summe gegeben, die sie in Zukunft als Steuern zahlen sollten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Zahl der Beispiele, in denen der Grundbesitz befolgt wurde, ließe sich beliebig vermehren. In diesem Falle sind die Geschädigten arme Leute, Arbeiter, die nichts haben als ihre Arbeitskraft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber dieser Umstand darf die Gesetzgebung doch nicht bestimmen, von einem Grundbesitz abzugehen, den sie, wo es sich um Besitzende handelt, stets anerkannt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf einen solchen Standpunkt darf sich der Reichstag nicht stellen und durch die Gesetzgebung Zehntausende armer Menschen schwer schädigen und ihnen dann sagen, eine Entschädigung bekommt ihr nicht. Wenn die Gesetzgebung Menschen an ihren Erwerbbedingungen schwer schädigt, darf man diese Menschen nicht dem Elend preisgeben, sondern muß sie bis zu einem gewissen Grade entschädigen. Das bezwecken wir mit unserem Antrage, und zwar verlangen wir das sowohl im Interesse derer, die arbeitslos werden, als auch im Interesse derer, die ihre Arbeit behalten; denn ohne diese Entschädigung würde die Arbeitslosigkeit ein viel stärkerer Hebel zur Lohnrückbildung sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wird die Entschädigung gezahlt, so läßt sich erwarten, daß auch für diejenigen, die in Arbeit bleiben, die Löhne nicht so tief herabgedrückt werden, als es sonst der Fall sein würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben Entschädigungen für eine Reihe einzeln aufgeführter Fälle gefordert. Der Hamburger Arbeiter kann unmöglich nach Westfalen mitgehen. In Baden kann er als fremder Arbeiter in der Tabakindustrie unmöglich so viel verdienen wie er zum Leben braucht, mag er auch noch so geschickt sein. Daß tatsächlich die Produktion eingeschränkt, die Handarbeit durch die Maschine verdrängt oder die ganze Fabrik verlegt worden ist, dafür müßte natürlich der Arbeiter, wenn er Entschädigung verlangt, den Beweis erbringen. Den Zusatzantrag, auch die Heimarbeiter zu entschädigen, halten wir für durchaus gerechtfertigt; in der Sache bleibt es sich ganz gleich, ob durch dieses Gesetz der Heim- oder der Fabrikarbeiter arbeitslos wird. Ueber die Höhe der Entschädigung haben wir Ihnen gleichfalls bestimmte Vorschläge unterbreitet. Die Arbeiter, die erst kurze Zeit in der Industrie tätig sind, müssen eine Entschädigung für die verlorene Lehrzeit erhalten, die ihnen ermöglicht, einen anderen Beruf zu erlernen. Leuten, die schon sehr lange im Beruf tätig sind, ist die höchste Entschädigung zu gewähren, weil bei ihnen die Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit natürlich am meisten gelitten hat.

Wir haben diesen Antrag eingebracht, weil wir nicht zum zweiten Male ein Jahr wie 1879 haben wollen, wo auf Kosten der Arbeiter eine große Reichsfinanzreform durchgeführt wurde. Ich glaube, die Tabaksteuer hätte 1879 keine Mehrheit im Reichstag gefunden, wenn die Reichstagsabgeordneten ihre Wirkung genau vorausgesehen hätten. Hier haben wir ein noch verblühenderes Gesetz, wenn auch der Kreis der betroffenen Arbeiter nicht so groß ist. Das Gesetz bestimmt, daß, wenn es dem Unternehmer gelingt, die Löhne herabzudrücken, er eine weniger hohe Steuer bezahlen muß. Wir wollen nicht, daß neben diesen Prämien auf Lohnabzüge (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) die Lohnrückbildung noch dadurch gefördert wird, daß Arbeitslose monatelang an den Türen der Fabriken um Arbeit betteln und schließlich gezwungen sind, Arbeit um jeden Preis anzunehmen. Durch dieses Gesetz werden Tausende und Zehntausende von Arbeiterinnen der Not und dem Elend preisgegeben. Wir Sozialdemokraten können nicht die Hand dazu bieten, Tausende von Mädchen der Prostitution in die Hand zu geben. Können Sie das mit Ihrem Gewissen vereinbaren, so nehmen Sie dieses Gesetz an und lehnen Sie unseren Antrag ab. Wir aber haben ihn gestellt, um die schlimmsten Wirkungen des Gesetzes zu vermindern. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichsfinanzsekretär Freiherr v. Stengel: Die Kommission hat bereits denselben Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt, bereiten Sie ihm im Plenum dasselbe Schicksal. Die von sozialdemokratischer Seite hervorgehobenen Besorgnisse bezüglich der Arbeitslosigkeit sind in hohem Maße übertrieben. Ein Zusammenhang zwischen diesem Steuergesetz und Arbeiterentlassungen wird sich beweiskräftig nie feststellen lassen. Der Antrag ist ohne jeden Vorgang und von den weittragendsten und unübersehbaren Konsequenzen für alle Gebiete der Steuererhebung in Staat, Gemeinde und Kommune. Die Vorgänge bei Beseitigung der Privatposten lassen sich mit den hier vorliegenden in keiner Weise vergleichen, denn hier soll doch nicht durch die Gesetzgebung ein ganzes Gewerbe verboten werden. Die Besorgnisse wegen des Rückganges der Produktion wurden auch bei einer früheren Vandalensteuer, der Schaumweinsteuer, von den Interessenten in der schrecklichsten Weise übertrieben. Und jetzt wird mehr Champagner getrunken als früher! (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf v. Brudzewo-Mielzynski (Pol.) bekräftigt seinen Antrag. Ich nehme an, daß auch die Heimarbeiter entschädigt werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jäger (Z.): Bei anderen Gelegenheiten haben die Sozialdemokraten nicht daran gedacht, eine solche Entschädigung zu verlangen, so z. B. beim Kleinverbot, das sie selbst beantragt haben, wodurch noch viel mehr Arbeiter brotlos geworden wären. Wir sehen keinen Grund, hier eine Ausnahme zu machen.

Abg. Geher (natl.): 1879 handelte es sich um Familien, die brotlos wurden, jetzt aber um junge Mädchen, die leicht wieder Arbeit finden, in der Nationenbranche zum Beispiel. Was nun die Entschädigung anlangt, so läßt sich ja niemals feststellen, ob die Arbeiterinnen gerade infolge dieses Gesetzes entlassen worden sind. Also darauf können wir uns nicht einlassen. — Daß die Handarbeit verdrängt werden wird, halte ich für ausgeschlossen, denn die besseren Zigaretten können nur mit der Hand hergestellt werden.

Abg. v. Elm (Soz.): Der Herr Vordrucker hat bestritten, daß die Handarbeit in der Zigarettenindustrie durch die Maschinenarbeit verdrängt werden wird. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß die Löhne bei der Handarbeit pro Tausend 250 bis 350 M. betragen; die Steuer beträgt aber bei einzelnen Fabrikanten 4 bis 6 M. Unter diesen Umständen ist doch der Fabrikant einfach gezwungen, zur Fabrikarbeit, die ihn nur 9 bis 10 Pf. pro Tausend Arbeitslohn kostet, überzugehen, denn er kann nur am Arbeitslohn sparen. Wenn Sie von Ueberreibungen sprechen, sind Sie verpflichtet, uns nachzuweisen, wie der Fabrikant es möglich machen kann, die Handarbeit weiter zu führen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch der Herr Schatzsekretär hat von Ueberreibungen gesprochen und hat auf das Schaumweinsteuergesetz verwiesen. Aber man kann doch nicht Zigaretten und Champagner miteinander vergleichen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Zigarette, besonders die billige, ist doch ein Konsumartikel der großen Masse, daher wird dies Gesetz auch zweifellos einen Konsumrückgang zur Folge haben. — Dann ist gesagt worden, wir müßten in Konsequenz unseres Antrages auch dafür eintreten, daß die durch Arbeiterbeschäftigung geschädigten Fabrikanten oder durch den Bau von Eisenbahnen geschädigten Fuhrleute entschädigt würden. In diesen Fällen aber handelt es sich um Fortschritte im Interesse der Allgemeinheit, und da ist es berechtigt, zu verlangen, daß ein kleiner Kreis von Interessenten für das nationale Interesse Opfer bringt. Sie werden aber bei der Zigarettensteuer nicht den Beweis erbringen können, daß es sich um einen Fortschritt im allgemeinen Interesse handelt. Würde das Volk darüber abstimmen haben, würde es sich zweifellos gegen diese Steuer und auch gegen die Flotten- und Heerespolitik, durch welche die neuen Steuern notwendig geworden sind, wohl aber für eine Reichseinkommensteuer aussprechen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Seinerzeit, als das Tabakmonopol geplant wurde, ist auch von der Regierung in Aussicht genommen, eine Entschädigung zu zahlen. Diesem damals gestellten Antrag folgen wir nur. Die Regierung

Halt und den Weg selbst gewiesen. Der Abg. Held behauptet, Arbeit sei genug vorhanden für die in der Zigarettenindustrie frei werdenden Arbeiter. Ich gehe sehr häufig an einer Ausgabestelle des „Arbeitsmarkts“ eines „Generalanzeigers“ vorbei. Da kann ich sehen, daß die ganze Straße von Arbeitssuchenden voll steht und die Schutzleute sie in Ordnung halten müssen. Und da sagt man, daß Arbeit genug da ist! Wenn das der Fall ist und alle Ihre Argumente richtig sind, weshalb stimmen Sie unserem Antrag nicht zu, denn da loftet er ja gar nichts? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ganz mit Unrecht hat man gesagt, daß es sich nur um Mädchen handele, die arbeitslos werden würden. Diese Mädchen sind zu einem großen Teile die Stützen ihrer Eltern. Wenn ihnen der Verdienst genommen wird, so wird er der ganzen Familie genommen. Ich möchte Sie deshalb ernstlich bitten, sich diese Frage gründlich zu überlegen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichssekretär Frhr. v. Stengel: Herr v. Elm hat nicht auf den Unterschied des Monopols und des Steuergesetzes hingewiesen. Damals sollte die private Fabrikation überhaupt verboten werden. Würde das auch bei dem jetzigen Gesetze der Fall sein, so hätte die Regierungsvorlage auf die Entschädigung Bedacht genommen.

Abg. Wollenbuhl (Soz.): Der große Unterschied zwischen dem Monopolverbot und dem jetzigen ist nur folgender: Beim Monopol würden auch die Fabrikanten, sehr reiche Leute, getroffen werden. In solchem Falle hat die Gesetzgebung die Pflicht der Entschädigung auch immer anerkannt. Auch beim Monopol war es nicht verboten, Zigaretten zu machen, sondern nur, sie außerhalb der Staatsbetriebe zu machen, und wer in solchen Betrieben nicht unterlag und brotlos wurde, sollte entschädigt werden. Genau so wird jetzt ein Teil der Arbeiter brotlos gemacht; da es sich aber nur um arme Leute handelt, wird der hundertmal anerkannte Grundsatz verlassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auf einige Einwendungen gegen meine erste Rede muß ich noch zurückkommen. Von dem sozialen Sinn des Zentrums habe ich nie eine große Auffassung gehabt. Es hat aber seine Meinung immer zu verschleiern gesucht und noch nie so offen ausgesprochen, wie jetzt der Abg. Jäger, indem er die Einführung der Versicherungsversicherung als eine Schädigung der Industriellen bezeichnet, für die eigentlich Schadenersatz geleistet werden müßte. (Widerspruch im Zentrum.) Der Grundgedanke beim Verbot der Kinderarbeit ist der Schutz der Gesundheit. Die Gesetzgebung hat hier eingegriffen und verboten, Leben und Gesundheit der Kinder zu schädigen. Und dieses Verbot bezeichnet der Vertreter des Zentrums als solches, das eine Entschädigungspflicht für die Industriellen bedinge. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß durch einen Kulturfortschritt Leute geschädigt werden, will ich gerne zugeben. Das liegt in der natürlichen Entwicklung. Hier aber erfinden Sie eine Steuer, die 12 Millionen in der Reichskasse bringt und künstlich zahlreiche Arbeiter in ihrer Existenz schädigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Held verweist die arbeitslosen Arbeiterinnen darauf, auf Land zu gehen. Warum hat man diesen Rat nicht auch den Leuten gegeben, die beim Verbot der Privatposten und des Sacharins einen Ausfall erlitten? Wahrscheinlich hätte Herr Held gesagt, dieselben könnten durch Landarbeit nicht so viel verdienen, als in ihrem früheren Beruf. Genau das selbe trifft aber auch zu bei diesen Arbeiterinnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In der Kommission wurde noch die Einwendung gemacht, daß, wenn die Profite durch Einführung der Maschinen steigen würden, sie auch ohne die Steuer eingeführt würden. Aber zu wesentlichen Veränderungen im Betriebe, die den Betrieb doch stets stützen, ist eine solche Zeit sehr geeignet. Die Erfahrungen bei dem Gesetz von 1879 beweisen dies ganz unabweislich.

Wir bleiben dabei, das Gesetz ist eine Schädigung der Arbeiter, und deshalb müssen wir für eine Entschädigung eintreten. Wären die Arbeiter Unternehmer, so hätte die Regierung von vorn herein an Schadenersatz gedacht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wären die Arbeiter reiche Leute, so würde auch die übergroße Mehrheit dieses Hauses die Entschädigung zubilligen; da es sich aber um arme Leute handelt, soll von dem Grundsatz der Entschädigung abgegangen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf v. Brudzewski-Nielzinski verliest den Brief eines Fabrikanten an einen Freund, aus dem hervorgeht, daß schon jetzt Arbeiterinnen entlassen werden. Die Gesetzgebung hat die moralische Pflicht, die durch sie brotlos gewordenen zu entschädigen.

Abg. Jäger (Z.) (Auf der Tribüne fast unverständlich.) weist darauf hin, daß auch durch das Weisheitsverbot Arbeiter entlassen werden, und daß durch das Verbot der Kinderarbeit die Eltern der Kinder geschädigt werden.

Abg. Wollenbuhl (Soz.): Wir stehen auf dem Standpunkt, daß ein Vermögensverlust stets leichter zu ertragen ist, als ein Verlust an Leben und Gesundheit. Uebrigens würde man, selbst wenn ein Weisheitsverbot käme, zu Ersatzmitteln greifen, bei denen eine größere Zahl von Arbeitern beschäftigt würde, als früher, denn die gesundheitschädigenden Mittel wendet man gerade deswegen an, weil sie auch die billigen sind.

Das Verbot der Kinderarbeit schädigt, wie Herr Dr. Jäger sagt, die Eltern. Die Arbeiterklasse steht aber auf dem Standpunkt, daß an die Stelle der billigen Kinder dann teure Arbeiterkräfte eingestellt würden, die Arbeiter an Arbeitslohn also gewinnen müßten. Die Zahl der erwachsenen Arbeiter wird durch das Verbot vermehrt, und das ist ein Gewinn für die Arbeiter. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Besprechung. Die Anträge der Abg. Graf v. Nielzinski (Pole) und Albrecht (Soz.) werden abgelehnt. Dagegen wird auf Antrag des Abg. Held (natl.) ein § 32a neu eingefügt, der die Vergütung der auf Grund des Tabaksteuergesetzes vom 16. Juli 1879 gezahlten Abgabe regelt.

§ 33 enthält die Uebergangsvorschriften. Hierzu liegt ein Antrag des

Abg. Graf v. Brudzewski-Nielzinski (Pole) vor, nach dem die Hersteller der Zigaretten während der Uebergangszeit ebenso wie die Händler behandelt werden sollen. Ferner soll die Anmeldung der Vorräte nicht in einer Woche, sondern erst in zwei Wochen erfolgen müssen. Die angemeldeten Vorräte sollen dann drei Monate steuerfrei verkauft werden können.

Abg. Held (natl.) beantragt, nur die angemeldeten Vorräte drei Monate steuerfrei zu lassen. Ferner verlangt er, daß die Steuer nicht für sechs Monate, sondern nur für drei Monate gestundet werden kann.

Direktor im Reichsschatzamt Kühn bittet, den Antrag Held anzunehmen, dagegen den Antrag Nielzinski abzulehnen.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.) hält milde Uebergangsbestimmungen ebenfalls für dringend notwendig, da es sich zum großen Teil um wirtschaftliche schwache Existenzen handelt. Der Antrag Held-Jäger bedeutet gegenüber der Kommissionsfassung schon einen großen Fortschritt. Aber wir sollten außerdem auch den Antrag Nielzinski annehmen, da wir auch den Produzenten die Wohlthat milder Uebergangs gewähren müssen.

Hiermit schließt die Debatte.

Der Antrag Graf v. Nielzinski wird in seinen verschiedenen Teilen abgelehnt, der Antrag Held-Jäger dagegen angenommen. Ebenso debattelos der Rest des Gesetzes. Die Kommission schlägt schließlich eine Resolution vor, wonach die Bundesratsbestimmungen über die Heimarbeit auch auf die Tabakindustrie ausgedehnt werden sollen. Sie wird debattelos angenommen. Damit ist, abgesehen von den namentlichen Abstimmungen, die ausgesetzt sind, die Zigarettensteuervorlage erledigt.

Es folgt die Frachturkundensteuer. Die Kommission hat mit geringen Modifikationen die Regierungsvorlage angenommen.

Verichterstatter ist an Stelle des verhinderten Abg. Bernstein (Soz.) der Abg. Geyer (Soz.).

Abg. Lipinski (Soz.): Die Vorlage ist von der Kommission in wesentlichen Teilen geändert worden. Die Regierung hatte auch die Besteuerung der Pflanzungen und der Eilgutfrachttaxe der

Bahn aufgenommen. Diese Bestimmung ist zwar beseitigt worden, aber die Frachtsteuer als solche ist geblieben. Bereits in der ersten Lesung haben wir uns sehr eingehend gegen diese Vorlagen ausgesprochen, wir haben hervorgehoben, daß sie eine schwere Belastung für die kleinen Gewerbetreibenden, für Handel und Verkehr bedeutet. Der Grund, daß die Steuer nur geringe Erträge bringen, also den Massenverbrauch nicht belasten werde, kann für uns, die wir prinzipielle Gegner der indirekten Steuern sind, nicht in Betracht kommen. Wir erbliden in der Vorlage auch in ihrer jetzigen Gestalt ein industriefeindliches und verkehrshemmendes Gesetz, dem wir unsere Zustimmung nicht geben können.

Abg. Kämpf (fr. Sp.): Die ganze Wirtschaftspolitik der Regierung ist handelsfeindlich. Aber die Methode, jeden einzelnen Zweig des Verkehrs mit einer neuen besonderen Steuer zu belasten, mag zwar im Augenblick ein Loch in den Reichsfinanzen zu stopfen, muß sich aber schließlich an der Konkurrenzfähigkeit und wirtschaftlichen Macht Deutschlands schwer rächen. (Sehr wahr! links.) Wir lehnen die Vorlage auch in der Kommissionsfassung ab. (Bravo! links.)

Reichssekretär Frhr. v. Stengel: Ich muß mich mit aller Entschiedenheit dagegen verwahren, daß wir uns bei der Vorbereitung dieses Gesetzes leichtfertig über bedeutende wirtschaftliche Interessen hinweggesetzt hätten. Wir haben selten eine Vorlage mit so ängstlicher Sorgfalt vorbereitet, wie diese Reichsfinanzreform. (Lachen links.)

Abg. Graf Kanitz (L.) stellt und begründet einen Antrag, wonach auch die Frachten aus ausländischen Binnenhäfen steuerpflichtig sein sollen.

Abg. Gothein (fr. Sp.): Der Antrag Graf Kanitz trifft wirklich eine Lücke in dem Gesetz, aber nicht die einzige. Der Verichterstatter meinte, die Abgeordneten hätten wohl alle den gedruckten Bericht gelesen. Gegen diese Behauptung bin ich sehr skeptisch. (Heiterkeit.) Denn die zahllosen Anstimmigkeiten dieser oberflächlichen Arbeit habe ich beim ersten Durchlesen gemerkt. (Lachen rechts.) Graf Kanitz aber hat den Antrag, den er sich von einem Bundesratsmitglied hat soufflieren lassen, selbst gar nicht verstanden. (Sehr wahr! links.) Alles das Beweise für die vielgerühmte „fleißige Arbeit der Steuerkommission“. Gesehen hat sie freilich sehr fleißig; aber Sie können doch den Wert der Gesetze nicht nach der Zahl der durchgeschriebenen Hefenbestimmen. (Sehr gut! links, Unruhe rechts.) sondern nach dem Geist, den man nicht darauf verwenden hat. (Heiterkeit.) Das Gesetz hier widerspricht dem Art. 54 der Reichsverfassung, wonach Abgaben auf natürlichen Wasserstraßen nur für besondere Einrichtungen erhoben werden dürfen, die der Beförderung des Verkehrs dienen. Selbst wenn aber die Fiskalhändchen „besondere Anlagen“ sind, so dienen sie doch höchstens der Erleichterung des Verkehrs. (Sehr gut! links.) Und das alles um die 200 000 M., die nach Schätzung der Regierung diese bezagatorische Steuer jährlich bringt! (Beifall links, Lachen rechts.)

Reichssekretär Frhr. v. Stengel: Der Antrag Gothein würde bedeuten, daß die Reichsfinanzreform für diese Session wieder scheitert. Dann müßten wir die bisherige Schuldenwirtschaft forsetzen. Dagegen muß ich von vornherein nachdrücklichst Verwahrung einlegen. (Bravo! rechts.) Wenn der Ertrag der Steuer auch gering ist, so könnten wir doch nicht einseitig nur den Eisenbahnverkehr besteuern. Auch ist uns über den bestehenden Frachturkundenstempel für den Seeverkehr nie die geringste Beschwerde zugegangen. Verfassungswidrig ist die Steuer nicht, denn sie belastet nicht den Schiffverkehr, sondern nur die Frachttunde. Uebrigens enthält auch sonst das Reichsfinanzreformgesetz Verfassungsänderungen.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): An 200 000 M. soll nach dem Reichssekretär die Reichsfinanzreform, die großartige, scheitern! Das ist doch wirklich das äuerste. Der Beschluß der Kommission war eine Ueberschätzung und ruhte auf feinerlei Unterlagen. Auch angesichts des geringen Ertrages halte ich eine Nachprüfung der Vorlage in der Kommission für dringend geboten. (Bravo! links.)

Abg. Lipinski (Soz.): In der Kommission hat der Geist der Regierung immer eine sehr schnelle Verbindung mit der Mehrheit gefunden. Sie war manchmal so plötzlich, daß nachmittags eine Aenderung der Regierung fiel und am anderen Tage wurde dann gleich ein Antrag von der Mehrheit vorgelegt. Der Frachtverkehr war in der ersten Lesung ausgeschaltet und wurde in der zweiten auf Anregung der Regierung hineingebacht, ohne daß irgendwie Rücksicht genommen wurde auf die Verhältnisse des Verkehrs, der Industrie, der Arbeiter. Man hat einfach darauf losgeschossen, lediglich aus dem Prinzip heraus, der Regierung möglichst viel Steuerzuschläge zu schaffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Staatssekretär meint, daß von dieser kleinen Vorlage unsere ganze Finanzlage abhängt, so behauere ich das. Der Einwand, daß hier einfach eine Bestimmung der Reichsverfassung umgangen wird, indem eine Steuer auf eine Urkunde gelegt wird, ist ebenfalls durchaus stichhaltig. (Sehr richtig! links.) Wir haben in der Kommission uns dagegen gewehrt und schlagende Argumente für unsere Auffassung vorgeführt. Aber bei dem Votum, den die Mehrheit bildete, und ihrem ungenügenden Kommer zur Regierung konnten Argumente nicht verschlagen, es wurde einfach bewilligt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dove (fr. Sp.) tritt nochmals für die Rückverweisung an die Kommission ein. Um die Berichtigung der Reichsverfassung kommt der Reichstag nicht so leicht herum, wie Frhr. v. Stengel meinte. Denn mit der Verfassung werden auch internationale Verträge, wie die Rheinischfälische und Elbschiffahrtsakte, verlegt. All das muß in der Kommission mit Hilfe des Reichsjustizamtes noch einmal gründlich nachgeprüft werden. (Bravo! links.)

Damit schließt die Debatte. Der Antrag auf Rückverweisung an die Kommission wird gegen die Stimmen der Linken und der Polen abgelehnt, der Frachturkundenstempel nach dem Antrage des Grafen Kanitz gegen dieselben angenommen.

Hierauf verläßt das Haus die Weiterberatung der Stempelsteuer auf Dienstag, 1 Uhr. Vorher namentliche Abstimmungen über die Zigarettensteuer.

Schluß: 6 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Geschäftslage des Reichstages.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten hat sich der Seniorenkonvent über die Geschäftslage des Reichstages verständigt. Die Regierung legt, wie der Präsident mitteilte, großen Wert darauf, daß die Finanzreform, sowie der Etat und die Militärpensionsgesetze vor Ablauf des sogenannten Notgesetzes, welches bis zum 31. Mai Geltung hat, erledigt werden.

Unter dieser Voraussetzung würde man bereit sein, den Reichstag am 30. Mai bis zum 13. November zu vertagen.

Die Vorschläge des Präsidenten gehen dahin, daß vom Reichstag neben den von der Regierung bezeichneten Vorlagen auch noch das Diätengesetz verabschiedet wird. Nach dem vom Präsidenten beabsichtigten Beratungsmodus ist unter Fortfall der Schwerinstage die Erledigung der bezeichneten Vorlagen innerhalb des in Aussicht genommenen Termins angängig. Die Einbuße an Schwerinstagen soll dadurch ausgeglichen werden, daß bei Wiederzusammentritt des Reichstages sofort eine Anzahl Schwerinstage stattfinden, damit namentlich der Toleranzantrag des Zentrums und der Antrag auf Heimarbeitsverbot der Sozialdemokratie ihre Erledigung finden. Neben den Initiativanträgen werden im Herbst die übrigen, bereits aus den Kommissionen hervorgegangenen Regierungsvorlagen in Angriff genommen werden können, da der Etat für 1907 erst Mitte Dezember vorgelegt werden wird.

Der Seniorenkonvent stimmte den Vorschlägen des Präsidenten zu. Hiernach wird sich der Verlauf der Beratungen wie folgt gestalten: In der laufenden Woche sollen die sämtlichen Steuervorlagen, das heißt die sogenannte Finanzreform in zweiter Beratung erledigt werden.

Dann folgt die zweite Lesung der Diätenvorlage. Hierauf dritte Beratung der Steuervorlagen (Finanzreform), des Diätengesetzes und der Diätenvorlage. Diesen Verhandlungen schließt sich die zweite Beratung der Militärpensionsgesetze an, für die drei Tage in Aussicht genommen sind.

Dann folgt die dritte Beratung dieser Gesetze, während die dritte Lesung des Etats den Schluß der vor der Vertagung in Aussicht genommenen Beratung macht.

## Soziales.

### Von einem Pastor der Fürsorgeerziehung.

Pastor Rohr aus Sieversdorf (Kreis Neu-Ruppin) hat den Stöderblättern („Das Reich“ und die „Staatsbürger-Zeitung“) über die drei ersten von uns (am 18. April) niedriger gehängten Fälle eine Darstellung zugesendet, die diese Blätter, wie wir bereits mitteilten, unter dem 24. April abgedruckt haben. Ueber die fernere von uns mitgeteilten Fälle, insbesondere über die Mißhandlung des 19 1/2-jährigen Fürsorgezöglings Schmitte läßt sich der Pastor nicht aus, ergeht sich dafür aber in den Stöderblättern in allgemeinen Nebenbemerkungen, auf die wir am Schluß eingehen werden.

Die drei am 18. April von uns mitgeteilten Fälle sucht der Pastor Rohr wie folgt zu beschönigen:

Fall 1. Klara Lehmann, siebenzehnjährig, ist nach unserer Darstellung vom Pastor so ins Gefäß geschlagen, daß ihr das Blut aus der Nase spritzte, dann auf den Kopf geschlagen, daß ihr die Kränne aus den Haaren flogen und schließlich zu einer Tracht Prügel mit dem Stock vom Pastor eingeladen. Die Eltern des armen Mädchens sind tot, sie selbst Landarme und befindet sich in Fürsorge-Erziehung. So unsere Darstellung.

Herr Pastor Rohr teilt zunächst mit, daß das Mädchen nicht der Fürsorge, sondern ihm als Vormund überwiesen ist. Das trifft nach unseren Ermittlungen zu, verschärft aber lediglich den von uns veröffentlichten Sachverhalt, der im wesentlichen vom Pastor Rohr selbst zugegeben wird, wie der Leser aus der Erklärung, die wir wörtlich wiedergeben, sieht:

„K. L. ist mein Mündel, sie ist nicht der Fürsorge-Erziehung überwiesen, ich habe mit ihr als „Fürsorge“ gar nichts zu tun, sondern nur als ihr „Vormund“. — Dieses Mädchen scheint die Wege ihrer verstorbenen Mutter gehen zu wollen, die ein unstillbares Leben im höchsten Grade geführt hat. Es ist nicht zu halten, wenn es Gelegenheit findet zum „öffentlichen Tanz“ und damit zu Ausschweifungen. Dieser „öffentliche Tanz“ oder auch „Sechsertrach“ genannt, ist der reine Verderb für das sittliche Leben auf dem Lande. In rechter Erkenntnis dieses, das sittliche Leben gefährdenden Vergnügens, hat die Verwaltung der Stadt Berlin in die Dienstverträge den Passus aufgenommen: „Der Besuch der öffentlichen Tanzlokalitäten ist verboten.“ Auch wir hier haben für unsere Jünglinge den Besuch dieser Vergnügungen verboten, und ich speziell hatte meinem Mündel auf das strengste die Teilnahme an solchen Vergnügungen untersagt. Damit nun aber unsere Jüglinge des Vergnügens nicht entbehren, haben wir zwei Bälle und Theateraufführungen für sie eingerichtet. An diesen Vergnügungen nehmen sämtliche Pflegerkinder teil. — Einen noch wilderen Charakter als der „Sechsertrach“ haben aber Tanz am Tage der öffentlichen Aushebung zum Militär. Schon nachmittags sind die jungen Vurschen betrunken und benehmen sich nicht mehr wie Menschen, sondern wie wildgewordenes Vieh. Es ist daher vollkommen erklärlich, daß ich den weiblichen Jünglingen und meinem Mündel den Besuch dieses Tanzvergnügens untersagt habe. — Trotz dieses Verbots war mein Mündel, wie mir gemeldet wurde, zum Tanz gegangen. Ich sandte meinen Knecht hin mit der Weisung, K. L. zu holen. Sie ließ mir bestellen: „Sie käme nicht.“ Darauf sandte ich denselben zum zweiten Male und ließ sie unter Androhung von Strafe auffordern, sofort zu mir zu kommen. Sie fertigte den Voten mit der Weisung ab: „Sagt man dem Pastor, ich bliebe hier, so lange wie es mir gefiele, und wenn es 12 Uhr nachts wäre, und dann ginge ich zu Bett, aber nicht zu ihm.“ — Als der Knecht mir diese Antwort übermittelt hatte, forderte ich den Dienstherrn auf, mir mein Mündel sofort zur Stelle zu schaffen, da er es für diesen Abend nicht zu Hause behalten und somit keine Vergebung mitverschuldet hatte. Der Dienstherr G. W. ging dann auf den Tanzsaal und holte K. L. mit Gewalt aus demselben und brachte sie zu mir. Ich habe sie gefragt in Gegenwart meiner Frau, des Halbbauern A. D. und des Dienstherrn, ob sie die mir übermittelten Befestungen wirklich ausgeübt habe. Als sie diese Frage bejahte, habe ich ihr gesagt: „Dann werde ich dir deinen losen Mund stopfen“ und ihr mit der flachen Hand dreimal auf den Mund geklopft; da sie beim dritten Male den Kopf niederbeugte, wurde die Nase mitgetroffen und blutete. Um das Blut von der Nase abzuwaschen, schickte ich sie in die Küche, in der die Mädchen beim Federreiben saßen. Sämtliche Mädchen erklärten: „K. L. sei die Frechste von allen und verdiente eine exemplarische Strafe.“ — Als sie sich die Nase gereinigt, sah ich, daß sie auch das Haar wieder nach „Dienentart“ trug, was ich ihr ebenfalls oft schon verboten hatte und nahm ihr deshalb die das Haar in dieser Form haltenden Kränne heraus. — Daß der Mund viel angeschwollen sei, ist Erfindung und bei der Gelindigkeit der Schläge sogar vollständig ausgeglichen. Daß K. L. schon öfter von mir und auch von ihrem Dienstherrn bestraft ist, ist wahr; ich wollte, ich hätte nicht nötig, sie zu bestrafen, aber wenn ein Menschenkind gegen alle Witten und Vorstellungen taub ist, dann bleibt mir als allerletztes Mittel der Stock übrig, um es vor dem völligen Verderben zu retten, wenn möglich.“

Wenn ein Vormund und Pastor sich so wie geschehen über die Mutter des Mündels äußert und die geschilderte Erziehungsmethode anordnet, so ist es begreiflich, daß er die Führung des Mündels nicht erworben hat. Ohne diese ist eine geistliche Erziehung unmöglich. Uebrigens ist das Mädchen, wie wohl es nach des Pastors Darstellung nicht Fürsorgezögling ist, am 29. März vom Pastor in höchstzweckloser Person nach der Anstalt Siehar gebracht und dort bis zum 4. April bei Wasser und Brot eingesperrt gehalten. Was das Tragen der Haare „nach Dienentart“ ist das Resultat unserer bei Haartracht-Sachverständigen angestellten Ermittlungen: Die Klara L. trägt ihr Haar wie wohl jede Bürgerstochter, jedes Dienstmädchen, einschließlich der des Pastors Rohr und wie die 15 Jahre alte Tochter Martha des Pastors: das Haar über der Stirn vorn durch einen Kamm gewellt. Der öffentliche Hinweis auf einen unstillbaren Lebenswandel der Mutter der Klara L. ist sicher im Sinne des Pastors christlich. Ob er der Wahrheit entspricht, entzieht sich unserer Kenntnis. Zu bedauern ist ein Mädchen, das einem Mann als Vormund anvertraut ist, der über seine verstorbenen Mutter und, wie es scheint, über des Mädchens eigne Erbsündenhaftigkeit denkt und schreibt wie der Pastor Rohr. Wenn der öffentliche Tanz der reine Verderb für die Jugend und die Dienstknechte in Sieversdorf wild gewordenem Vieh gleichstehen, wie der Herr Pastor schreibt, so dürfte er selbst dadurch beweisen, daß Sieversdorf für Fürsorgezöglinge nicht geeignet ist und daß des Pastors Anwesenheit dort nicht gerade veredelnd gewirkt haben kann.

Zum zweiten Fall. Die Applizierung von 5 Hieben an den achtzehnjährigen Knecht und Fürsorgezögling Walter Brimm gibt der Pastor Rohr zu. Er fügt hinzu: „Die fünf Schläge haben Wunder gewirkt, des Jungen Eigeninn ist seitdem gebrochen, er hat gehorchen gelernt!“ Der Pastor irrt: nicht 5, sondern 9 Hiebe und ein gut Teil Backpeisen erhielt der junge Mann von ihm. Ueberdies ist Brimm aus der Jrenanstalt gekommen, er ist als Knecht untergebracht, muß alle Arbeiten leisten, es werden noch für Verpflegung 5 M. zugezählt. Die Prügelmethode des Pastors ist aufs höchste verwerflich. Daß er keine Empfindung dafür hat, zeigt seine eben wieder gegebene Bemerkung, aber auch die Art der vom Pastor verübten Mißhandlungen. Walter Brimm hatte, als die Erektion an ihm vorgenommen wurde, eine eitrige Stelle unter dem Numbadenknochen. Der Pastor hob ihn an diesem Ge-

schwärz anpadend in die Höhe. Als der junge Mann schrie: „au, Herr Pastor mein Gefährte“ sagte der Pastor: „es ist gut, daß der Dred rauskommt.“ Dann hob er ihn an den Saaren in die Höhe.

Der dritte Fall. Daß die 17jährige Frieda Rogge 15 Hebe auf Befehl des Pastors von dem Halbbauer Ernst Moritz erhielt, gibt der Pastor zu. Er führt zu seiner Rechtfertigung, ohne die geringste Tatsache anzuführen, an: die F. R. „neigt ebenfalls zu sittlichen Ausschreitungen und bedarf daher der strengsten Zucht.“ Er persönlich will „so weit er sich erinnern kann“, das Mädchen nicht angerührt haben.

Die in Nr. 95 und 99 von uns mitgeteilten Fälle bestritt Pastor Mohr nicht. Wir dürfen übrigens den Fällen zufügen, daß den Mißhandlungen des Pastor Mohr eine Zahl Fürsorgezöglinge entlocken ist. In einer den Stöckerblättern übermittelten Erklärung führt er aus, er habe sofort bei der zuständigen Aufsichtsbehörde eine Revision der Fürsorgekolonie beantragt; dieselbe sei noch nicht erfolgt. Das mag zutreffen, berührt aber die teilweise von Pastor Mohr zu gefandenen, von uns kritisierten Ungehörlichkeiten nicht im geringsten. Pastor Mohr sagt ferner in der Erklärung: „den verheißten Angriff in dem Vergleich meiner Tätigkeit mit der Handlungsweise des wegen Sittlichkeitsverbrechens mit Zuchthaus bestrafte Pastors Rhode in Verden weise ich mit Entrüstung zurück.“

„Alle übrigen Angriffe des „Vorwärts“ lassen mich kalt; durch diesen verdeckten Angriff aber werde ich in meiner Menschen-, Christen- und Antisemite so schwer beleidigt und getroffen, daß es für mich nur noch eins gibt: die Anrufung der königlichen Staatsanwaltschaft.“

Mit Verlaß, Herr Pastor, der „Vorwärts“ hat keinen „verdeckten“ Angriff gegen Sie gerichtet, sondern sehr offen und wahr Ihre Handlungen gegen Waisen und Fürsorgezöglinge wiedergegeben und zutreffend kritisiert. Wenn Sie klagen wollen — uns kann eine gerichtliche Feststellung Ihrer von uns beschriebenen Handlungen lediglich recht sein. Aber weichen Sie dieser gerichtlichen Feststellung nicht dadurch aus, daß Sie einen „verdeckten Angriff“ durch einen „Vergleich“ mit Ihrem ehemaligen Antisemiten, dem Fürsorgevater Rhode konstruieren und gegen diese Konstruktion ihren Strafantrag richten. Der Hinweis auf Pastor Rhode war, wie sein Wortlaut ergibt, der Versuch einer Verleumdung der Stöckerblätter, die da mit Ihnen meinten, Prügel an Hilfbedürftige sei mit christlicher Liebe vereinbar. Wir wiesen in Nr. 95 darauf hin: „Wer ihm als Vormund oder Fürsorgevater anvertraute junge, fast majorenreute Leute gar wegen Lappalien prügelt, der kann entweder nur bewußt oder unbewußt von sadistischen Reigungen beherrscht werden, oder er in dem fast noch gefährlicheren Irrglauben sich befinden, ein Arbeiter dürfe seinen Willen haben, er habe nur die Pflicht zu gehorchen, für andere zu kassieren, er solle lediglich leben, um zu arbeiten, nicht arbeiten, um leben zu können. Diese freilich mit den Stöckerblättern übereinstimmende, unter dem Deckmantel der Fürsorge sich betätigende Tendenz ist noch gemeingefährlicher.“ Als wir dann in Nr. 99 abermals mehrere Fälle Ihrer liebevollen Behandlung niedriger hängten, haben wir die Stöckerblätter auch auf Pastor Rhode verwiesen, dessen Prügelhaftigkeit an Fürsorgezöglingen noch nicht einmal die von Ihnen betätigte übertraf, der aber außerdem auch geschlechtliche liebevollste Hingabe verlangte. Bei Pastor Rhode war die „Zucht“ Ausschlag gebend für die Reaktionen, bei Ihnen liegt die oben skizzierte noch größere Gemeingefährlichkeit vor. Denn Sie können durch alle Ihre Redewendungen darüber nicht hinwegtäuschen, daß Ihre Prügelhaftigkeit geizig ist, arme, hilflose, wehrlose Waisen und Fürsorgezöglinge zeitlebens unglücklich zu machen. Eine Fürsorgeerziehung, die diese Wirkung hat, wird von uns auf das Schärfste nach wie vor bekämpft werden. Ihre „Zucht“ ist ein armen, Ihrer Fürsorge Anvertrauten zugesagtes großes Unrecht. Von der Bekämpfung dieses Unrechts lassen wir uns durch Ihre und der Stöckerblätter Drohung mit gerichtlichen Klagen nicht abschrecken. Den Klagen sehen wir mit gutem Gewissen entgegen.

### Eine Dienstbotenordnung.

Ein kulturgeschichtliches Dokument eigener Art ist die „Arbeitsordnung“, die eine vornehme Dame in Nürnberg für ihre Dienstboten aufgestellt hat. Sie lautet wörtlich:

Arbeitsordnung: 5 Uhr 30 Min. Aufstehen, waschen, Haarmachen, anfeilen, Bett machen. 5 Uhr 45 Min. Milch für die Kleinen machen. 6 Uhr. Die Milch geben sowie das Kind besorgen, Zimmer säubern, Lüften usw. 6 Uhr 30 Min. Kaffee bereiten, Brot abnehmen usw. 6 Uhr 45 Min. Kaffee auf den Tisch stellen, Post holen usw. 7 Uhr. Kaffee trinken, Schlafzimmer räumen. 7 Uhr 30 Min. Badzimmer räumen. 8 Uhr. Herrn Königs Zimmer räumen, Abort säubern usw. 8 Uhr 30 Min. Sonstige Säuberungen vornehmen. 9 Uhr. In der Küche anrichten und eventuell Gänge besorgen, bis Mittag am Herd schaffen und aufpassen, daß nichts anbrennt, die Gedanken beisammen haben, daß alles richtig gewürzt ist usw. 12 Uhr. Tisch decken. 12 Uhr 30 Min. Tisch abdecken, essen, abwaschen, Küche sauber machen. 2 Uhr Kaffee auf den Tisch setzen. 2 Uhr 30 Minuten mit aller Klügelarbeit fertig sein, Gänge besorgen, Zimmer reinigen, Kleinen waschen. 6 Uhr Abendsessen herrichten. 7 Uhr Tisch decken, Bier holen usw. 7 Uhr 30 Minuten abdecken, aufräumen, Schuhe, Kleider usw. putzen, Kind waschen. 9 bis 10 Uhr mit allen Arbeiten fertig sein und überlegen, was morgen früh zu tun ist, sowie vornehmen, alles besser zu machen, zu Bett gehen und mit dem lieben Gott unterhalten. Wilhelm Hase, Ingenieur, Laufertorgraben.

Die Unterhaltung der weißen Sklaven mit dem „lieben Gott“ dürfte wohl auf die Bitte hinauslaufen, daß der Herrgott solch arrogante Dienstherren zum Teufel schicken möge. Im übrigen zeigt dies Dokument, wie dringend erforderlich die Beseitigung der Dienstbotenordnung und bis dahin die Regelung des Dienstvertrages durch schriftlichen Vertrag ist.

### Aus Industrie und Handel.

Preiserhöhung. Die Walzdrahtpreise sind von 182,50 M. auf 188 M. erhöht worden. Die Trägervereinigung beschloß eine Preiserhöhung für Formeisen von 5 M. pro Tonne.

Ergebnisse der Bergwerke und Salinen im Oberbergamtsbezirk Halle. Im Oberbergamtsbezirk Halle wurden im Jahre 1905 insgesamt für 96 244 922 M. Kohlen und Erze gefördert, der Wert der gewonnenen Salze beläuft sich auf 27 838 756 M., ferner wurden noch für 2 888 520 M. Kalksteine gewonnen. Ein Vergleich mit den Resultaten des Vorjahres und die Produktion pro Kopf der beschäftigten Arbeiter berechnet, ergibt folgendes Bild: Der Wert der Erzeugung betrug in Mark

	insgesamt	pro Kopf der Beschäftigten		
	1904	1905	1904	1905
Kohlen und Erze	91 084 531	96 244 922	1820	1882
Salze	22 018 876	27 838 756	3266	3770
Kalksteine	2 012 633	2 888 520	2228	2462

In allen Gruppen ist das Resultat pro Kopf der Beschäftigten erheblich günstiger geworden. Das Mehr beträgt bei der Kohlen- und Erzeerzeugung 58 M., bei den Salzwerten 504 M. und bei der Kalksteinerzeugung 234 M. Die Löhne stiegen im Braunkohlenbergbau nur um 25 M. und im Salzbau um 28 M. Daraus leiten die Unternehmer wohl die moralische Berechtigung her, die bescheidensten Forderungen der Arbeiter während zu belämpfen.

Kohlenbedarf deutscher Großstädte. Die Kohlenversorgung der deutschen Großstädte war im ersten Quartal um mehr als 7 Proz. höher als im Vorjahre und zirka 19 Proz. höher als zur gleichen Zeit 1904. Die gesamte Kohlenzufuhr zu 20 Großstädten Deutschlands betrug im ersten Quartal 1906 4 048 911 Tonnen gegen 3 778 389 Tonnen in der Vergleichszeit 1905. Bemerkenswerterweise war gerade im März die Mehrversorgung am größten, trotzdem schon der März 1905 eine recht große Steigerung gebracht hatte.

In den einzelnen Monaten des ersten Quartals stellte sich nämlich die Kohlenversorgung elf der wichtigsten Großstädte in Tonnen auf:

	1904	1905	1906
Januar	913 628	1 042 348	1 091 679
Februar	876 002	945 288	1 029 986
März	954 740	1 069 003	1 198 362

Am kräftigsten stieg die Versorgung Berlins, dessen Bezüge sich seit 1904 um zirka 30 Proz. erhöht haben. Hauptächlich schlesische Steinkohlen und Braunkohlen aus Mitteldeutschland bezog Berlin in weit größeren Mengen als früher. Auch die Zufuhr aus Rheinland-Westfalen, die für Berlin nicht so sehr in Betracht kommt, nahm im laufenden Jahre zu. Die relativ bedeutendste Mehrversorgung weist von sämtlichen Städten Stuttgart auf, wie denn die süddeutschen Städte überhaupt in diesem Jahre mit größerem Bedarf an den Kohlenmarkt herantreten sind. Stuttgart bezog im ersten Quartal 1906 nicht weniger als 82 533 Tonnen Kohle gegen 48 681 Tonnen in der Parallelzeit 1905. Das ist ein Mehr von 33 872 Tonnen oder rund 70 Proz. Nicht umfangreich waren auch die Mengen, die Frankfurt a. M. und Köln im ersten Quartal bezogen; bei München dagegen trat eine ziemlich starke Abnahme ein. Barmen steigerte seine Kohlenbezüge um zirka 14 Proz. Stuttgart bezog in diesem Jahre zirka 30 Proz. mehr Kohle als im vorigen Jahre. Bei Altona beträgt die Steigerung etwa 23 Proz.

Lebensversicherungswesen in den Vereinigten Staaten. Angesichts der Aufhebung der Mängel im Lebensversicherungswesen der Vereinigten Staaten von Amerika im vergangenen Jahre sind nachfolgende Angaben über den Geschäftsumfang der amerikanischen Lebensversicherungsgesellschaften von erheblichem Interesse, welche durch Zusammenstellung der Berichte von 99 Gesellschaften gewonnen worden sind.

Von 99 Lebensversicherungsgesellschaften:	Jahr bis Ende Dezember			
	1905	1904	1903	1902
In Millionen Dollars				
Aktiva	2 715	2 507	2 276	2 109
Ueberflüsse	837	833	295	296
Prämien	515	488	447	407
Zahlungen auf Policen	265	247	226	200
Neue Versicherungsabschlüsse	2 400	2 468	2 336	2 206
Gesamtversicherung am Jahresabschluss	13 300	12 537	11 574	10 524

Die Angriffe im Jahre 1905 hatten einen erkennbaren Rückgang in der Entwicklung des Geschäfts zur Folge, denn es erhöhte sich 1905 gegen 1904 (gegenüber 1904 gegen 1903) die Aktiva um 8,3 Proz. (10,1), die Ueberflüsse um 1,2 Proz. (12,8), die Prämien um 5,6 Proz. (8,9), die Zahlungen auf Policen um 7,2 Proz. (9,3), die Gesamtversicherung um 6,5 Proz. (8,3), während die Versicherungssumme der neu abgeschlossenen Verträge 1905 um 2,7 Proz. zurückging, nachdem sie 1904 um 5,6 Proz. gestiegen war.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 32. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Der Inhalt des Heftes ist: Steigende Angst — Arbeiterbildung. Von Heinrich Schulz. — Die revolutionären Parteien in Russland während der Jahre 1898—1903. Von Dr. Ida Regelrod. (Schluß). — Tarifverträge und der Massenkampf. Von August Wünnig, Raurer. — Der 21. Kongreß der belgischen Arbeiterpartei. Von Camille Duhemans. — Die Entwicklung der Sattlerei und die Erwerbsverhältnisse der in ihr beschäftigten Arbeiter. Von R. Blum. — Ueber Arbeitslöhne und Dimentum. Von Dr. med. Wilhelm Hammer (Berlin.) Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Problemnummern stehen jederzeit zur Verfügung.  
Sie P. Weber: Mittel zur Verlängerung des Lebens. 91 Seiten. Preis broschiert 1,50 M., gebunden 2 M. Verlag Krüger u. Co., Leipzig.  
7. Jahresbericht des Arbeitersekretariats Altona (S.-A.) für das Jahr 1905 nebst einer Uebersicht über die Gewerkschaftsbewegung. 40 Seiten. Selbstverlag des Sekretariats.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

### Theater.

Dienstag, den 8. Mai.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Cyrano de Bergerac. Orpheus und Eurydice. Schauspielhaus. Die Dufkens. Deutsches. Der Kaufmann von Venedig. Leistung. Nora. Neues. Ein Sommernachtstraum.  
Anfang 8 Uhr:  
Zwischen. Schützenfest. Schiller O. (Wallner-Theater.) Weh dem, der lügt. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Hörsing-Theater.) Helden. Kleines. Tragödie der Liebe. Lützen. Geschlossen. Berliner. Die lustige Witwe. Komische Oper. Don Pasquale. Residenz. Liebeskult. Neutral. Die Puppe. Lustspielhaus. Die von Hochsattel. Trianon. London. Thalia. Hoopartier links. Metropol. Auf ins Metropol. Deutscher-Amerikanischer. Arme Mädchen. Kasino. Madame Bonnard. Apollo. Die amerikanische Burlesk-Compagnie. Born und blühen. Carl Weich. Sherlock Holmes Abenteuer. Goldes Caprice. Komiker Schnitzel. Dales u. Co. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Belle-Alliance. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Urania. Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel. Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

### Ferdinand Bonn

### Berliner Theater.

Gastsp. des Neuen Operntheaters aus Hamburg. (Direktor Max Monti.) Dienstag und folgende Tage Anfang 8 Uhr:  
Die lustige Witwe. Metropol-Theater Anfang 8 Uhr.  
!Auf - in's Metropol!  
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen überall gestattet.

### Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.  
Ein Sommernachtstraum.  
Mittwoch: Caesar und Cleopatra.  
Donnerstag: Ein Sommernachtstraum.

### Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:  
Tragödie der Liebe.  
Mittwoch: Der Unverschämte. Hilla Bobbe. Die Schlangendame.

### Theater des Westens

(Station Zoolog. Garten), Kanstr. 12.  
Dienstag: 25. Borstell. im Dienstags-Abonnement. Letztes Gastspiel Fritz Werner. Ermäßigte Preise. Schützenfest.  
Mittwoch: Schützenfest. Volks-Hilfliche Preise. Anfang 8 Uhr.  
Donnerstag: Don Juan. Volks-Hilfliche Preise. Anfang 8 Uhr.  
Freitag: bei aufgehobenem Abonnement Opern-Aufführungen des Sternschen Koncertatoriums. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Neue Kgl. Oper (Kroll).  
Novität! Sonnabend, 12. Mai: Alpenkönig u. Menschenfeind.  
Oper in 3 Akten von Leo Blech. Sonntag, 13. Mai: Alpenkönig und Menschenfeind.  
Vorverkauf im Kgl. Opernhaus (Schalter II), Wertheim und Invalidendank.

### Komische Oper.

Abends 8 Uhr:  
Don Pasquale.  
Mittwoch: Der Corregidor.  
Donnerstag: Figaros Hochzeit.  
Freitag: Die Bohème.

### Zentral-Theater.

(Operette.) 8 Uhr:  
Die Puppe.

### Passage-Theater.

Anfang 8 Uhr.  
Das neue Mai-Programm  
14 erstklassige Spezialitäten

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Weh dem, der lügt.  
Lustspiel in 5 Aufz. v. F. Grillparzer.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Die Nacht der Finsternis.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Helden.

### Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:  
Die von Hochsattel.

### Apollo-Theater.

Vollständig neues Programm:  
Humpsti - Bumsti  
Großer Lacherfolg!  
Excentr.-Creation v. Roco and Privat.  
Heinrich Blank, Bauspremier.  
Les Figninis, Equilibristen. Lily Tiss, engl. Sängerin. Maria Kottner, Humor. La Matschiche. Solo: Mlle. Savary.  
Die Wundergrotte, Acerte.  
Eifentücke, Märchenpiel.  
Deutsch-Amerikanischer Theater. Köpenickerstr. 67/68.  
Heute Abend 8 1/2 Uhr:  
ARME MÄDCHEN.  
Von Adolf Philipp.  
Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise  
Zum letzten Male:  
Ueber'n großen Teich.  
Abends 8 1/2 Uhr: Arme Mädchen.

### Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr  
Diebeskunst.  
Komödie in 3 Akten v. Leon Karrol und Michel Carré.

### Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.  
Nur noch 4 Aufführungen:  
Sherlock Holmes' Abenteuer  
oder: Die Jagd um Leben.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonnenabend zum erstenmal: Aus altem Geschlecht.

### W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.  
Heute: Geschlossen.  
Sonnenabend: Gr. Extra-Vorstellung:  
Die Schuld einer Frau.  
Schauspiel in drei Akten.  
Bilder:  
Der Platzregen als Enoprokurator.  
Schwanf in drei Akten.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wdh. Th.).  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Helden.  
Komödie in 3 Aufzügen von Bernard Shaw. Deutsch v. Siegfried Trebitsch.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Zwei glückliche Tage.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Der Militärstaat.

### WINTERGARTEN

### Neues Programm!

### TORTAJADA

Spanische Tänzerin u. Sängerin.  
Narrow Bros., komische Radfahrer. Desroches-Bianca, französ. Duett. Die Hartleys, Springer. Brösina, Pariser excentr. Sängerin. Patty Frank-Troupe, Akrobaten. König Dollar, englisches Ballett. Imro Fox, Illusionist. Die Brittons, Neger-Sänger und Tänzer.  
De Dio, Phantasie-Tänzerin. Die Perseus, Kugelspieler. Der Biograph.

### Fröhels Allerlei-Theater.

Schönhauser Allee 148.  
Heute Dienstag, den 8. Mai 1906:  
Große Abschiedsvorstellung des

### Bernh. Rose-Theaters

### Glück auf!

oder:  
Der Streik der Grubenarbeiter. Schauspiel in 4 Akten v. d. Weimerschen Erzählung von Karl Wegel.  
Anfang 8 Uhr. Kassenerlösn. 7 Uhr.  
Trianon-Theater.  
Anfang 8 Uhr: London.

### Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
Madame Bonivard.  
— Vorher das heute Programm. —  
„Zingvögeln“ etc.  
Sonntag 4 Uhr: Arbeit schändet nicht.

### Dresdenerstr. 97.

### Colosseum

Spezialitäten.  
Neues Programm.  
10 1/2 Uhr:  
Les Batignolles?

### Urania

Taubenstr. 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Am Golf von Neapel.

### Sternwarte

Invalidenstr. 57/62.  
Täglich nachm. 4 Uhr:  
Großes Militär-Konzert.  
Einstritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

### ZOOLOGISCHER ZGARTEN

### Großes Militär-Konzert.

Einstritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

### Sanssouci

Kollbusch-Str. 4a.  
Dir. Wilhelm Reimer.  
Sonn-, Mont-, Donnerst.:  
Hofmanns Norddeutsche Sänger und Tanzkränzchen.  
Sonn-, Ab. 5, Wochent. 8 U.  
Neu! Neu!  
Der geloppte Feldweibel.  
Der große Theatersaal ist noch für Mittwochs zu vergeben.

### Reichshallen.

### Stettiner Sänger.

Zum Schluss:  
Einquartierung.  
Milit. Hum. von Weibel.  
Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

### Gustav Behrens

Spezialitäten-Theater  
Frankfurter Allee 85.  
Das vorzügliche Mai-Programm!  
Auftreten mit  
erstklassiger Spezialitäten.

### Fröhels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.  
Jeden Sonntag 4 Uhr:  
Garten-Konzert  
Theater, Spezialitäten

### Am Saale Extratanz.

Gr. Tanzmusik. Bei ungünstigem Wetter Vorstellung im Saal.

### Neu eröffnet!

### Welt-Ausstellungs-Biograph.

(St. Louis) Theater lebender Photographien mit abwechselnd. Anormitäten-Programm.  
Verbindung mit größt. Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.  
Den ganzen Tag Vorstellung.

### Otto Pritzkow,

Münzstraße 16.

### Etablissement Buggenhagen

Horitzplatz.  
Täglich im Garten bezug in den unteren Sälen

### Gottschalk Freikonzert

Mittwoch u. Sonnabend: Freitanz.

### Universal-Wunder-Aether

früher „Wunder“ ist bei

### Kopfschmerzen

jeder Art, Migräne, Nasenmischel, eistiger Abspannung ein wunderbar baro Kapferverstärkungsmittel von überraschend schneller, im höchsten Grade wohltuender, anregender u. neu belebender Wirkung für die Herzen. Der Gesundheit unschädlich, nur ausserordentlich angenehm. Fl. M. 1.50 (Inhalt 1.50) zu beziehen durch Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4.

### Lichtentrad!!

Vorlesen. [Wtr. 1.40, Woch. 1.50] verl. Paris, Braunstr. 27, Ude. (Eisenbahnstr.)

**Vorletzte Woche!**  
**Inventur-Extrapreis!**  
 Eine große **Diwandecken** auf beiden Seiten benutzbar  
**Mk. 4,35** (Wert 6,75)  
 Buntpersische doppelseitige **Diwanddecken**  
**Mk. 7,50-8,75** (Wert 12-15 M.)  
 Bunte Moquette-Plüsch-Diwanddecken  
 Größe 150/300 cm 23,50 (Wert 39 M.)  
**Teppich-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
 Berlin Oranienstr. 158.  
 Nach auswärts per Nachnahme.  
 Inventur-Extralistik gratis und der neuen erschienenen Katalog 1906 franko.

**Eine Mark**  
 wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige **Herren-Garderobe**  
 — Ersta für Maß. —  
 Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.  
**Julius Fabian,**  
 Schneidermeister,  
 Große Frankfurterstraße 37, II.  
 Eingang Straußberger Platz.

**Die Motten kommen**  
 nicht in Säcken, die mit Reichels Spezial-Mottenpulver a 50 und 1.-, 2.-, 3.- M. oder mit Reichels Mottentinktur a 75 u. 1.50 gefüllt sind. Einzige sicherer und dauernder Schutz gegen Motten-schäden und weitere Vernichtung bereits von Motten befallener Sachen! Von angenehmem Geruch, nicht färbend und für alle Stoffe verwendbar. Nur echt und garantiert mit Marke "Tod u. Teufel". Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4. Lieferant für Armee und Marine. Telefon Amt IV, 646, 3190 u. 4562.

**Vorzugs-Preise.**  
 Nach dem Umzuge für 10712\*  
**Teppiche**

Saal- Salon- Zweifel- Boden- Sofa- Deck-	Zimmer	Teppiche à 90, 65 und 50 M.
		Teppiche " 65, 40 " 30 "
Teppiche " 50, 30 " 25 "	Zimmer	Teppiche " 35, 25 " 20 "
		Teppiche " 25, 15 " 15 "
		Teppiche " 14, 8 " 6 "
		Teppiche " 5, 2,50 " 1,25 "

Außerdem große Vorräte zurückgegebener Teppichdecken, Gardinen, Diwanddecken sowie vorjährige Muster in Stores, Tischdecken, Läuferstoffen; einzelne prima Felle, wollene Schlaf- und Reisebetten fest nach dem Umzuge zu wirklich fabelhaft billigen Preisen.

**Portieren**

Blüsch-Portieren	2 Schals und	à 20, 12 und 9 M.
Tuch-Portieren	ein	15, 10 " 6 "
Velvet-Portieren		25, 15 " 10 "
Brotat-Portieren	Lambrequin	18, 14 " 12 "
Wolltreppe-Portieren	zusammen	12, 10 " 7,50 "

**Teppichhaus**  
**B. Hurwitz**  
 Rotes Schloß  
 vis-a-vis dem National-Denkmal.

**Achtung!**  
**Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins!**  
 Dienstag, 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstraße 29:  
**Oeffentliche Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Aussperrung der dänischen Klavierarbeiter. Referent: Kollege Henry Fangel aus Kopenhagen.  
 2. Der Verlauf der diesjährigen Walfahrt und welche Lehren ziehen wir daraus? Referent: Kollege A. Sickfeld.  
 3. Verschiedenes.  
 Da die Firma Gørs & Kallmann die aussperrenden Pianofabrikanten in Kopenhagen durch Lieferung fertiger Instrumente unterstützt, ist das Erscheinen der Kollegen von Gørs & Kallmann zu dieser Versammlung ganz besonders notwendig.  
**Deutscher Holzarbeiter-Verband, Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.**  
**Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Donnerstag, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstraße Nr. 29:  
**General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Kassenbericht vom ersten Quartal. 2. Bericht des Vorstandes, der Arbeitsvermittler, des Bibliothekars und der Kontrollkommission. 3. Neuwahl von Verbandsangestellten. 4. Stellungnahme zum Verbandstag.  
 Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht.  
 Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.  
**Die Ortsverwaltung.** 65/8

**Für Damen!**  
 Billigste Preise  
 Direkt aus der Fabrik. Jetzt nach beendeter Engros-Saison wieder Einzelverkauf zu den bekannt billigen Preisen:  
**Jacketts** schwarz u. farbig in kolossaler Auswahl 3,75, 4,50, 6, 7-20 M.  
**Capes** in sämtlich. Längen 5 1/2, 6 1/2, 7 1/2 - 25 M.  
**Staudmäntel** 6,50, 7,25, 8 - 22 M.  
**Kostüm-Röcke** in blau, schwarz, diversen englischen Stoffen 3,50, 4,25, 5,50-20 M.  
**Fabrik Pelz, Kurstr. 41/42**  
 Sonntags geöffnet.  
 Vorzug. des Annonc. 5/1, Rab.

**Kinderwagen-Kuhlicke**  
 nur Neue Königt. 43. 1 Treppe über alte Schützenstr., a. Alexanderplatz.  
**Kinderwagen, Kindersportwagen, Bettstollen**  
 kaufen Sie nicht, bevor Sie meine Kataloge gesehen haben, gratis u. franko.

**Bestes Teilzahlungs-Geschäft für Keln Laden. Brennabor**  
 Räder. Günstigste Bedingungen.  
**Louis Barth, Brückenstr. 10a pt.**

**Achtung!**  
 Dienstag, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**Oeffentliche Versammlung**  
 der in Berlin arbeitenden Genossen des Ruppiner-Templiner Kreises  
 bei Wille, Brunnenstraße 188. 293/7  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Dr. Bruno Vorherr. 2. Diskussion.  
 Das Erscheinen aller in Berlin arbeitenden Genossen des Kreises ist notwendig.  
 S. U.: Ludwig Krasemann, Zentralvorsitzender.  
 P. Dobrohlaw, Agitationskommission.

**Radfahrer! Radfahrer!**  
**Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein**  
 (Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.)  
 Donnerstag, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**General-Versammlung.**  
 bei f. Wille, Brunnenstr. 188.  
 1. Bericht des Vorstandes und der Kommissionen. 2. Bericht des Kassierers. 3. Verschiedenes. 12/13  
**Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.**  
 Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung, Genossen, erscheint Mann für Mann.  
 Der Vorstand. S. U.: J. Schent.

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.**  
 Zweigverein Berlin.  
 Donnerstag, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15 (Saal 5):  
**Versammlung**  
 aller in Decken-Baugeschäften beschäftigten Maurer (Wölber).  
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.  
 Das Erscheinen sämtlicher Kollegen erwartet.  
 Der Zweigvereinsvorstand. S. U.: E. Thöns. 143/10\*

**Lackierer.**  
 Donnerstag, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Dräsel's Festsälen, Neue Friedriehstr. 35:  
**Versammlung**  
 der Sektion der Lackierer, der Vereinigung der Maler, Lackierer und Anstreicher usw.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Welche Rechte und welche Pflichten haben wir als organisierte Arbeiter? Referent: Kollege D o e s e. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Erscheinen sämtlicher organisierter Kollegen und Kolleginnen ist diesmal unbedingt nötig.  
**Die Sektionsleitung.**

**Arbeitervertreter-Verein Berlin.**  
 Donnerstag, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15 (Saal 5):  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Schiedsgerichts-Veithner resp. die Tätigkeit der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Die Schiedsgerichts-Veithner werden dringend ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen, um festzustellen, ob infolge der Erklärungen im Reichstags Verhandlungen bei den Schiedsgerichten eingeleitet sind.  
 Der Vorstand.  
 S. U.: Bernh. Just, Post-, Fürstentw. 8.

Das Beste  
**Rester-Geschäft**  
 des S.-G. von **Wilhelm Mühlbach**  
 empfiehlt zur Frühjahrszeit Reste zu Damen- und Kindermänteln sowie für Herren- und Straden-Konfektion zu anerkannt billigen Preisen.  
 Größte Auswahl in fertiger Konfektion.  
**10 Oppelnerstr. 10**

**Pinol**  
 An allen Orten werden Verkaufsstellen errichtet.  
**Vertreter gesucht.**  
 Gebrüder Krayer, Mannheim.

**Sozialdemokratischer Verein**  
 im 5. Berl. Reichstagswahlkreis.  
 Unser Mitglied, der Restaurateur **Joseph Mai**  
 ist am Sonnabend, den 5. Mai verstorben.  
 Die Beerdigung findet heute, den 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Elisabethhofes, Hohen-Schönhausen, aus statt.  
 245/7 **Der Vorstand.**

**Zentralverband der Töpfer Deutschlands.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 4. Mai verstarb unser Mitglied **Adolf Tix**  
 im Alter von 57 Jahren an der Lungenschwindsucht.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 8. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes, Beirgen-Allee, aus statt.  
 196/6 **Der Vorstand.**

**Zentralverband der Dachdecker**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
 Am Sonntag, den 6. Mai, verstarb nach langwieriger Krankheit unser Kollege, der Dachdecker **Wilhelm Lebe.**  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. Mai, nachmittags 4 Uhr, vom städtischen Krankenhaus am Urban aus statt.  
 Zahlreiche Beteiligung erwartet.  
 54/11 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß am Freitag, den 4. Mai, mein heiliggeliebter treuer Gatte mir durch den Tod plötzlich entrissen wurde.  
 Um stille Teilnahme bittet  
 Die trauernde Witwe  
**Berta Schlicht geb. Wolff.**  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Wilhelmsdorfer Kirchhofes aus statt.

**Dankagung.**  
 Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Kränzchen bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen Beteiligten, insbesondere dem Gefangenen Verein „Unverzagt“, unseren herzlichsten Dank.  
 11362  
 Die trauernden Hinterbliebenen  
**Witwe Riedel nebst Kindern.**

**Danksagung.**  
 Für die uns erwiesene innige Teilnahme bei der Beerdigung unseres truren Verstorbenen  
**Heinrich Krog**  
 sagt herzlichsten Dank.  
 10966 **Familie Schweriner.**

**Danksagung.**  
 Für die überaus herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sagen wir unseren innigsten Dank.  
 11942  
**Witwe Auguste Schiel.**

**Dankagung.**  
 Allen Bekannten, die meinem Mann die letzte Ehre erwiesen, insbesondere dem Handwerkerverein den besten Dank.  
**Witwe Schreiber,**  
 Rantaustr. 71. 11382

**Dr. Simmel, Prinzstr. 41,**  
 Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.**  
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Musik-Fachausstellung**  
 BERLIN vom 5.-20. Mai 1905  
 in der Philharmonie, Bernburger Strasse.  
 Geöffnet v. 10-8 Uhr. Eintritt 1 M.  
 Lesse a 50 Pf. zugunsten der Pensionsanstalt zu haben in der Ausstellung, bei den kgl. Lotterie-Einnahmen u. sonst. Loseverkaufsstellen.

Als Verlobte empfehlen sich **Frau Theol. Nannemann** mit Töchter **Herrn Karl Schulze,** Charlottenburg. 11352

**Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former **Fritz Lippold**  
 (14. Okt. 89. B.) verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jerusalemer Kirchhofes (Hermannstraße) aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht.  
 292/14 **Der Vorstand.**

Allen Kollegen und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Guker **Johann Kleinitzke**  
 nach langen, schweren Leiden am 5. d. M. verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet Mittwoch, den 9. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Charlottenkirchhofes aus statt.  
 Die trauernde Witwe **Helene Kleinitzke** nebst Kindern.

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.** Zweigverein Berlin.  
**Sektion der Putzer.**  
 Unseren sowie den Mitgliedern des Gefangenenvereins der Guker zur Nachricht, daß der Kollege **Johann Kleinitzke**  
 am Sonnabend, den 5. Mai, nach langen, schweren Leiden verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Charlottenkirchhofes in der Hüllerstraße statt.  
 Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Die örtliche Verwaltung**  
 S. U.: H. Neumann.

**Todes-Anzeige.**  
 Am 5. Mai starb unser Mitglied **Julius Bahlke.**  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Andreas-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt. 293/9  
**Randklub „Eldorado“.**  
 S. U.: Ed. Hedding.

**Arbeiter-Raucher-Bund**  
 Berlins und Umgegend.  
**Todes-Anzeige.**  
 Hiermit zur Nachricht, daß unser Bundesmitglied **Julius Bahlke**  
 von Klub „Eldorado“ im Alter von 48 Jahren verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Krankenhaus Friedrichshagen aus nach dem Rixdorskirchhof in Wilhelmshagen statt. 293/9  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler **Alwin Beyer**  
 am 30. April verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 8. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem städtischen Friedhofe in Friedrichshagen statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 83/9 **Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Polierer, Kollege **Fritz Hanke**  
 am 5. Mai verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 8. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Thomas-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 85/10 **Die Ortsverwaltung.**

Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter Groß-Berlins.

Berlin, 8. Mai.

Im Gewerkschaftshaus trat heute mittag die vom Aktionsausschuß einberufene Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter und Stadtverordneten Groß-Berlins zusammen.

Zu Vorstehenden werden Singer und Bollermann-Schöneberg, zu Schriftführern Grauer, Nichtenberg und Gottfried Schulz-Berlin gewählt.

Als Tagesordnung wurde festgesetzt:

- 1. Die Verkehrspolitik Groß-Berlins. Referent Stadtverordneter Hugo Heimann-Berlin.
2. Armen- und Krankenpflege. Referent Stadtverordneter Paul Hirsch-Charlottenburg.
3. Die Notwendigkeit von Zweckverbänden. Referent Stadtverordneter Paul Singer-Berlin.

Die drei Referenten schlugen folgende gemeinsame Resolution vor: Eine rationelle Wirtschaftsweise der Gemeinden, insbesondere auf dem Gebiete der kommunalen Sozialpolitik kann nur betrieben werden, wenn die aneinander grenzenden Gemeinden, die eine wirtschaftliche Einheit bilden, zu einer Gemeinde vereinigt werden.

Dies ist besonders notwendig in Rücksicht auf die Aufgaben der Gemeinden auf den Gebieten der Armen-, Waisen- und Krankenpflege, der Schule sowie des Steuer- und Verkehrswezens. Ramentlich lassen die wirtschaftlichen Verhältnisse von Groß-Berlin die Eingemeindung der mit Berlin eine wirtschaftliche Einheit bildenden Vororte geboten erscheinen.

Solange die Zusammenlegung der Vororte mit Berlin durch die Landesgesetzgebung nicht zu erreichen ist, haben die sozialdemokratischen Gemeindevertreter von Groß-Berlin durch die Gesetzgebung die Bildung von leistungsfähigen Zweckverbänden anzustreben, denen die finanzielle Erfüllung der allen Gemeinden gemeinsamen Aufgaben obliegt.

In Rücksicht auf die besonders dringliche Regelung des Verkehrswezens von Groß-Berlin beschließt die Konferenz:

Es ist Pflicht jedes sozialdemokratischen Gemeindevertreters, sich je nach der Ausdehnung des Reichswezens einer der schon bestehenden Zweckgesellschaften oder der Ertelung von Konzessionen an neu sich bildende Gesellschaften zu widersetzen und dafür zu wirken, daß alle Gemeinden Groß-Berlins sich zu einem Verbande zusammenschließen, dessen Aufgabe es ist, die Uebernahme des bestehenden Verkehrswezens vorzubereiten und die Schaffung aller neuen Verkehrslinien selbst in die Hand zu nehmen.

Die Verkehrspolitik Groß-Berlins.

Referent Stadtverordneter Heimann gibt einen interessanten Abriss der Geschichte des Verkehrswezens von Groß-Berlin. Er zeigt, wie die Verkehrspolitik durch die Macht der Tatsachen mit der Rufe auf die Nichtigkeit der sozialdemokratischen Auffassung gestossen worden ist, daß, sollte gegen die Große ein wirksames Gegengewicht geschaffen werden, dies nur dadurch geschehen könne, daß endlich die Stadt grundständig den Bau und den Betrieb aller neuen Verkehrswege selbst in die Hand nehme. Die Gesellschaft, die im Jahre 1871 als keine Aktiengesellschaft gegründet wurde, hat es verstanden, in kluger Berechnung der falschen Verkehrspolitik der Stadt sich zu einer der kapitalträchtigsten zu entwickeln und ist mit einer unferer Großen, der Dresdener Bank, in enge Beziehungen getreten, wozu als Dritte im Bunde noch die Gesellschaft trat, welche die elektrische Kraft erzeugt. Diese Gesellschaften bilden ein einheitliches Ganze und umfassen durch die ungeheure Macht des Geldes und durch die ihnen von den Kommunen tödlicher Weise eingeräumten Rechte die Kommunen wie mit Kampfbrechen. (Lebhafte Zustimmung.) Enge freundschaftliche und kollegiale Beziehungen führen von ihren Bureaus auch in die Ministerhotels und erklären wohl die Bevorzugung der Großen durch die staatlichen Behörden, wie sie in der hinter dem Rücken der Stadt erscheinenden Verlängerung der Konzession so drastisch zutage trat. Wie anders die Stadt behandelt wird, zeigte sich bei ihrem Vermögen, die beiden städtischen Linien nach Treptow und nach Pantow zu verbinden. Während in den neunziger Jahren seitens des Polizeipräsidenten der Stadt ausdrücklich zugesichert war, einer Ueberführung der Straßenbahn über die Linden im Zuge der Kanonenstraße zur Neuhofstraße Kirchstraße ständen keinerlei Bedenken entgegen, wurde das Projekt im kaiserlichen Kabinett angehalten, eine eigenhändige Randbemerkung des Kaisers auf den Plänen lautete bezeichnend: „Unten durch und nicht drüber weg.“ Das dann ausgearbeitete Projekt der Unternehmung der Linden am Opernplatz scheiterte am Widerspruch der Dresdener Bank, der einige Fenster verfristet werden sollten und die dem Stadtbaurat versicherte, ihr Versteid könnte nicht anders lauten, und wenn der Kaiser selbst käme. Aber für genau dasselbe Projekt erhielt die „Große“ die Zustimmung der Dresdener Bank unter der Bedingung, daß der Tunnel nicht von der Stadt gebaut würde. (Hört! hört!) Im September vorigen Jahres übertrug die „Große“ die Öffentlichkeit mit dem Projekt, durch Unternehmung der Leipzigstraße vom Dönhofsplatz bis zum Potsdamer Platz, der Linden, und der Königsgrabenstraße von der Fennestraße bis zur Dorotheenstraße den Verkehr in Berlin auf eine ganz andere Grundlage zu stellen. Als Gegenleistung verlangte sie nur eine „Kleinigkeit“, nämlich die Verlängerung ihrer Konzession um 90 Jahre. Dies lehnte die Stadt ab, verlangte vielmehr von der „Großen“ das Anerkennen, daß die Stadt 1919 berechtigt sei, den Betrieb zu übernehmen. Hierauf antwortete die Gesellschaft verneinend, wodurch der bisherige latente Kriegszustand in eine offene Kriegserklärung verandelt wurde.

Rebner geht eingehend auf die Rechtsverhältnisse ein und betont, daß von der Vertragsbedingung, wonach bezüglich der Uebernahme des Unternehmens den Vororten die gleichen Rechte zugesprochen werden müßten wie Berlin, leider nicht alle Gemeinden Gebrauch gemacht hätten; die in den Gemeindevertretungen maßgebenden Kreise haben vielfach eine Verkehrspolitik betrieben, die nur die Grundrenten steigern sollte, ohne zu bedenken, daß privatkapitalistische Erwerbgesellschaften einer Gemeinde keine Konzessionen machen, die sie nicht hundertfach wieder herauswirtschaften. Es hat aber keinen Zweck, über vergessene Nüsse zu flennen, wie das englische Sprichwort sagt. Man muß vielmehr aus den Tatsachen und Vorgängen den Schluß ziehen, bei jeder Gelegenheit mit größter Rücksichtlosigkeit dagegen aufzutreten, daß der „Großen“ oder irgend einer anderen Gesellschaft in Zukunft auch nur die geringste neue Konzession gewährt wird. Als vor einigen Monaten auf Anregung von Berlin und Nixdorf Vertreter aller Gemeinden zusammenkamen, um zu dem Verlangen der „Großen“ auf Konzessionsverlängerung um 90 Jahre Stellung zu nehmen, zeigte sich auch eine erfreuliche Uebereinstimmung in der Ablehnung des Verlangens. Um Positionen zu schaffen, wurde ein Ausschuß aus vier Stadt- und fünf Randgemeinden eingesetzt, die eine noch engere Redaktionskommission mit der Ausarbeitung eines Statuts als Grundlage für eine Zusammenfassung aller Gemeinden in einem Verbande beauftragt hat. Schwierigkeiten werden sich hier bei den Einzelfragen aufwärmen, wenn eine Gemeinde zugunsten der Allgemeinheit etwas nachlassen oder leisten soll. Hier liegt eine schöne Aufgabe für unsere Gemeindevertreter ein. Nicht durch unsere Stimmzahl, wohl aber durch die Macht unserer Gründe können wir gegenüber den eigensüchtigen Sonderinteressen bewirken, daß in den einzelnen Gemeinden ein solches Statut angenommen wird, durch welches die trahen und dauernden Vorteile jeder Gemeinde weit besser gewahrt werden, als durch Faktieren mit privatkapitalistischen Erwerbgesellschaften. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion fragt Karow-Treptow, wie sich die Treptower sozialdemokratischen Gemeindevertreter zu dem Projekt einer Untergrundbahn-Gesellschaft stellen sollten, die eine Linie von der Tunnelbahn aus über Schöneweide, Ober-Schöneweide bis nach Köpenick führen will, dabei aber eine Vertragsdauer bis 1940 beansprucht. Das Verkehrsbedürfnis ist dringend, die Gemeinde kann die Linie nicht auf eigene Kosten durchführen, aber andererseits dürfen wir doch auch nicht einer Privatgesellschaft unsere Straßen bis 1940 ausliefern.

Ritter-Kummelsburg: Wir haben in unserem Orte keine Straßenbahn und die Gemeinde hat Unterhandlungen mit Siemens u. Halske, mit der Großen und auf unsere Veranlassung auch mit dem Berliner Magistrat angeknüpft. Anfangs fand sie bei diesen auch großes Entgegenkommen. Aber der Dezerent scheint kein besonderer Freund der Pläne auf eigene Regie zu sein, denn er sagte unserem Bürgermeister: „Gehen Sie uns doch mit Ihrer Projektionemacherei. Wir sind schon zufrieden, wenn wir unsere eigenen Linien erhalten.“ (Hört! hört!) Die Folge war, daß die Gemeinde jetzt Verhandlungen mit der „Großen“ angeknüpft hat. Diese verlangt nicht nur eine Vertragsdauer bis 1940, sondern wenn das Untertunungsprojekt genehmigt wird, bis zur Dauer der neuen Konzession. (Hört! hört!) Unsere Genossen in Berlin sollten dem Dezerenten tüchtig den Kopf waschen. (Heiterkeit.)

Freiwaldt-Pantow äußert seine Genugtuung, daß diese Konferenz, auf die wir seit vier Jahren warten, nun endlich zustande gekommen ist. Jetzt, wo den Genossen in Berlin das Feuer auf den Rücken brennt, halten sie es endlich an der Zeit, den Genossen der Vororte ein Licht anzufesteln. (Heiterkeit und Widerspruch.) Es hieß, daß Pantow im Begriff stehe, mit der „Großen“ einen Vertrag abzuschließen und daß auch die Sozialdemokraten bereit seien, diesem Vertrage zuzustimmen. Das hat wohl den weitans größten Grund abgegeben, weshalb diese Konferenz stattfindet. (Heiterkeit und Widerspruch.) Rebner schildert eingehend den Stand der Verkehrsfrage für Pantow. In dem Vertrage mit Siemens u. Halske (Stadt Berlin) ist vorbehalten, daß, wenn die Gemeinde eine neue Bahn konzeptionieren will, Siemens u. Halske die Vorhand haben. Es handelt sich um eine Verbindungsline von 1150 Meter. Die „Große“ verlangt, wenn sie sie erbauen soll, die Verlängerung der Konzessionsdauer bis zu 1940. Die Ausführungen des Referenten waren theoretisch unanfechtbar, aber er hat uns keine praktischen Vorschläge gemacht. Was sollen die kleinen Gemeinden mit Automobilomnibuslinien? Sollen diese Omnibusse wie im Karussell um den Ort herum fahren? (Heiterkeit.) Solche Linien haben nur einen Sinn, wenn sie nach Berlin führen. Dann aber kann und wird der Berliner Polizeipräsident seine Zustimmung versagen. In den Gemeinden können wir nur Zweckmäßigkeitsspolitik treiben und müssen die Verkehrsbedürfnisse berücksichtigen.

Dr. Silberstein-Nixdorf: Auch ich habe praktische Vorschläge für unsere augenblickliche Verkehrspolitik in den Vororten gemacht. Auch Nixdorf mit seiner amerikanischen Entwicklung steht vor der Frage, für seine Arbeiter möglichst gute Verkehrsbedingungen zu schaffen. An eigenen Linienbau kann es seiner schlechten Finanzen wegen nicht denken. Die „Große“, die bis vor kurzem die Vororte en cannaillo behandelt, sucht sie jetzt zu füttern. Nicht unseren Genossen, wohl aber der Berliner Gemeindeverwaltung ist der Vorwurf zu machen, daß sie für die Vororte nicht getan hat, was sie tun mußte. (Sehr richtig.) Auch in Grundstücksverwertungsfragen hat Nixdorf mit den schlauesten Hausagariern ein so schweres Verhandeln als mit Berlin. (Sehr richtig.) In der Frage der Automobilomnibusse tappen wir technisch noch ganz im Dunkeln. Die Berliner Verkehrsdeputation arbeitet zudem außerordentlich langsam. Die „Große“ mit ihren geschulten Juristen haut die Gemeinden übers Ohr. Unsere Gemeindevertreter müssen möglichst gut orientiert sein, um sich zur Wehr setzen zu können.

Schuy-Weissenau will sich nicht auf den lokalpatriotischen Standpunkt von Freiwaldt stellen. Einem Vertrags mit der „Großen“ über 1919 hinaus dürfen wir unter keinen Umständen zustimmen. Aber auch die Verkehrspolitik der Stadt Berlin ist nicht so wie sie sein sollte.

Hl-Reinickendorf schildert die Verkehrspolitik der „Großen“ bei den Verhandlungen, eine Straßenbahnverbindung der getrennten Teile von Reinickendorf herbeizuführen. Wenn der Gewinn ihr nicht händeboll ins Gesicht schlägt, ist sie für nichts zu haben.

Singer: Ich halte es für falsch, daß die Verhandlungen auf das Gleise geführt werden: Sie Berlin! Sie die Vororte! (Lebhafte Zustimmung.) Nicht um einen solchen Gegenstand handelt es sich, sondern darum, wie wir unsere Politik einzurichten haben, um unser Programm durchzuführen. (Sehr richtig.) Es wird gesagt, Berlin nehme sich nicht genügend der Vororte an. Wenn es aber in letzter Zeit überhaupt etwas gegen die Verkehrsmissere tut, so ist es das Verdienst seiner sozialdemokratischen Stadtverordneten. (Sehr richtig.) Freiwaldt hat in besonders drastischer Weise seinem bedrängten Herzen Luft gemacht und seinen einzigen Trost darin gefunden, daß Pantow die Veranlassung zu der heutigen Konferenz gegeben hat. (Große Heiterkeit.) Zu meinem Bedauern muß ich ihm sagen, daß er Pantow überschätzt. (Geneue Heiterkeit.) Nicht die Verkehrsmissere in Pantow, sondern prinzipielle Gesichtspunkte haben diese Konferenz veranlaßt. Aus Kummelsburg ist über heisse Behandlung durch den Berliner Dezerenten geklagt worden. Gewiß sollten schwierige Verhältnisse nicht noch durch persönliche Schroffheiten erschwert werden. (Sehr richtig.) Aber die Schwierigkeiten gehen häufig auch von den Vororten aus. Solange Berlin mit den Vororten nicht zu einem einheitlichen Verband vereinigt ist, werden die tatsächlichen divergierenden Interessen sich immer wieder durchsetzen. Man sagt über die Langsamkeit der Berliner Verkehrsdeputation. Aber in meiner ganzen öffentlichen Tätigkeit war ich noch nie zu solcher Eishandarbeit gezwungen, wie dort. Durch die „Hessein“, die der Stadt Berlin angelegt werden, einmal durch das kapitalistische System, dem die Mehrheit der Stadtverordneten huldigt, dann durch das Wahlrecht, das die Hälfte der Mandate den Hausbesitzern mit ihren ganz anders gearteten Interessen vorbehält, durch die privatkapitalistische Wirtschaft, die in unerhöchtester Weise durch die Aufsichtsbehörden begünstigt wird, und vor allem dadurch, daß über alles endgültig im Schlosse entschieden wird und nicht im Rathause. (Lebhafte Zustimmung.) sind wir nicht nur zur Langsamkeit das wäre noch das wenigste, sondern direkt zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Und dauernd es auch zu lange, ehe die Sache in Fluß kommt, aber wir müssen neben diesem Bedauern noch ein Jahrzehnt arbeiten, während Sie doch nur zu bedauern, ohne zu arbeiten brauchen. (Heiterkeit und Beifall.) Man hat ferner gesagt, das Referat sei ja außerordentlich gut gewesen, ein Urteil, dem ich rückhaltlos zustimme, hätte aber keine praktischen Vorschläge gebracht. Ueber einen Rührerger Trichter verfügen aber auch die Genossen in der Berliner Stadtverwaltung nicht. (Heiterkeit.) Wir können nicht mehr tun, als die Kollegen in den Vororten auf die Notwendigkeit hinzuweisen, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß Berlin und die Vororte als wirtschaftliche Einheit behandelt werden. Wir müssen erwarten, daß unsere Kollegen in den Vororten genau so wie wir die einzelnen Fragen nach den Grundsätzen unseres Programms behandeln und entscheiden. So werden sie die Ertelung von Konzessionen an Privatgesellschaften unbedingt ablehnen müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich erkenne an, daß wir verpflichtet sind, die notwendigen Verkehrsmittel zu schaffen. Aber diese Verpflichtung geht doch nur dahin, diese Verkehrsmittel auf den Weg zu bringen, der mit den Grundsätzen der Partei vereinbar ist. (Lebhafte Zustimmung.) Erst bei dem Zusammenfluß aller Gemeinden mit Berlin wird es auch für die Vororte möglich sein, diejenigen Linien zu schaffen, die den Interessen Berlin und der Vororte entsprechen. Die Verkehrsfrage kann nicht nach dem augenblicklichen Bedarf, sondern soweit Sozial-

demokraten darüber zu entscheiden haben, nur aus einer grundsätzlichen Auffassung heraus gelöst werden. (Lebhafte Zustimmung.) Berlinern wir uns nicht in Kleinigkeiten, behalten wir unseren großen Zweck im Auge: Die Verwaltung von Groß-Berlin zu sozialisieren. (Lebhafte Beifall.)

Küter-Schöneberg: Einzelne Gemeinden können nicht immer mit Beiligkeit die Verkehrsmittel in eigene Regie übernehmen, wohl aber kann es der Zweckverband, den wir mit allen Kräften unterstützen müssen. (Beifall.)

Vorgmann-Berlin: Die Misere des Verkehrswezens von Groß-Berlin ist der falschen Verkehrspolitik der bürgerlichen Gemeindevertreter zuzuschreiben, welche wir stets bekämpft haben; weiter ist sie auch gesteigert durch die Unterführung der privatkapitalistischen Gesellschaften durch die Regierung. Die Regierung wird in dieser Beziehung nicht so rücksichtslos vorgehen können, wenn sie einem einheitlichen Zweckverband der Gemeinden gegenübersteht. —

In der Frage der Verlängerung der Konzession für die Große Berliner Straßenbahn müssen alle Vorortgemeinden mit Berlin zusammenstehen. Die Tunnelprojekte der Großen sind eitel Spiegelgebäude, die Große will nur bewirken, daß ihre Aktien zu hohen Kurs von der Stadt übernommen werden, um ihren großen Reichtum zu machen. Wir dürfen der Konzessionsverlängerung auf keinen Fall zustimmen. (Beifall.) Die Debatte ist erschöpft.

Der Referent verzichtet auf das Schlußwort.

Vorstehender Singer: Bevor wir in der Tagesordnung weiter gehen, teile ich mit, daß aus Berlin 23 Vertreter, aus 16 Orten von Teltow-Beeskow 46 Vertreter, aus 22 Orten von Niederbarnim 43 Vertreter, zusammen 112 Gemeindevertreter zugegen sind. Außerdem ist der Aktionsausschuß der „Vorwärts“ und die „Kommunale Praxis“ vertreten.

Ich möchte hieran noch eine Bemerkung einfügen. Wenn ich an die Zeit vor 12 bis 15 Jahren zurückdenke und mir heute diese Konferenz ansehe, so gibt es keinen sprechenderen, lebendigeren Beweis für die Agitations- und Werbekraft der Sozialdemokratie. Die Tatsache, daß wir 112 sozialdemokratische Gemeindevertreter hier haben, deren Zahl sich in einigen Jahren hoffentlich vervielfachen wird, ist der beste Beweis für die Unbesieglichkeit unserer Partei. (Lebhafte Beifall.)

Dann sprach Stadtverordneter Hirsch-Charlottenburg über die Armen-Krankenpflege

und über die Möglichkeit, eine solche rationelle Pflege auf möglichst einheitlicher Grundlage für das Gebiet von Groß-Berlin durchzuführen. Es gibt Gemeinden, deren Verwaltung auch heute schon recht Erfreuliches auf dem Gebiete der Armen-Krankenpflege leisten. Die weitans größte Zahl der Gemeinden in Deutschland, speziell auch der Gemeinden von Groß-Berlin, sind sich ihrer Aufgabe auch nicht entfernt bewußt. Das gilt besonders für die rein ländlichen Gemeinden. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß die Armen-Krankenpflege auf dem Lande so ziemlich alles zu wünschen übrig läßt. Ganz besonders verderblich ist das bekannte System des Abgiebens, das erst kürzlich Staatssekretär Graf Posadowsky als eine der traurigsten und verderblichsten Erscheinungen bezeichnet hat. Die gesetzlichen Grundlagen für die Armenpflege mögen in manchen Einzelheiten recht reaktionär sein, sie stellen aber einen erheblichen Fortschritt gegenüber den früheren dar, die den Armen mit dem Verdreher beinahe auf dieselbe Stufe stellten. Das Bundesamt für das Heimatswesen hat für die Armen-Krankenpflege ganz vernünftige Grundsätze aufgestellt, die für die Praxis häufig leider nur auf dem Papier stehen. Den Gemeinden fehlt entweder das nötige soziale Verständnis oder die erforderlichen Mittel, meist wohl beides. Fast überall herrscht Mangel an geeigneten Krankenhäusern. Als durchaus verfehlt und jedem sozialen Empfinden Hohn sprechend muß es bezeichnet werden, wenn man die Krankenhäuser auf eine Stufe mit kommunalen Erwerbsanstalten stellt und die Gebühren nach dem Grundlag von Leistung und Gegenleistung bemißt. Die Verpflegungssätze sollten so niedrig wie möglich bemessen sein, und von den Kranken aus auswärtigen Gemeinden dürften nicht höhere Verpflegungssätze erhoben werden, wie von denen der eigenen Gemeinden. Auch an Veräten herrscht vielfach Mangel, besonders in den Landgemeinden. — Ein besonderes Hemmnis für die Armen-Krankenpflege liegt darin, daß häufig genug bedürftige Kranke auf eine Stufe mit Leuten gestellt werden, denen wegen einer ephorischen Handlung die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen sind. Wenn diese Unterführung aus öffentlichen Mitteln mit dem Verluste der politischen Rechte bestraft wird, dann besteht die Gefahr, daß gerade die besten Elemente, die der Hilfe ganz besonders würdig erscheinen, aus wohlverdienter Scheu vor dem Verlust des Wahlrechts jede Hilfe ablehnen. Gegen diese Praxis muß entschieden protestiert werden.

Der Errichtung von Säuglingsstätten für Säuglinge können wir zwar zustimmen, dürfen jedoch nicht allzu große Hoffnungen auf ihre Wirkung setzen. Gute Arbeiterkassenvereine, die Gewährung eines wirtschaftlichen Koalitionsrechts, die Regelung der Heimarbeiter werden mehr bewirken als selbst die am besten eingerichteten Säuglingsfürsorgestätten. Das gleiche trifft auch für die Bekämpfung der Tuberkulose zu.

Rebner erklärt sich entschieden gegen den Vorschlag, die Armen-Krankenpflege auf den Staat zu übertragen. Das würde zu demselben System staatlicher Bevormundung führen, wie wir es auf dem Gebiete des Schulwesens sehr zum Nachteil der Schule haben. Das einzige Mittel, auch ärmeren Gemeinden eine rationelle Armen-Krankenpflege zu ermöglichen, besteht in der Bildung leistungsfähiger Gemeinarmenverbände. Die soziale Ausgestaltung der Armen-Krankenpflege hängt in letzter Linie von der Stärkung unseres Einflusses in den Gemeindevertretungen ab. (Lebhafte Beifall.)

Eine Diskussion findet nicht statt.

Die Notwendigkeit von Zweckverbänden.

Referent Singer: Ich werde mich um so länger fassen können, als durch die vorhergehenden Vorträge eine Reihe von Gesichtspunkten mir bereits vorweggenommen sind. Die gemeinsam von den drei Referenten aufgestellten Leitsätze gipfeln ja in der Forderung, daß die Vorortgemeinden Groß-Berlin einberleibt werden. Diesen prinzipiellen Standpunkt der Zusammenlegung derjenigen Gemeinden, welche eine wirtschaftliche Einheit darstellen, müssen wir als das Ziel festhalten. Rebner gibt nun einen geschichtlichen Ueberblick, wie sich die Eingemeindungsfrage in Berlin entwickelt hat. Auf den Bericht, den der Magistrat 1896 über den Beschluß der städtischen Körperschaften an den Oberpräsidenten gefandt hat, ist überhaupt keine Antwort erfolgt (Hört! hört!), auch ein Beweis für die Wertung Berlin in Regierungskreisen. Auf erneute Anregung seitens der Gemeinde Nichtenberg erklärte der Minister des Innern dem Berliner Oberbürgermeister, daß die Regierung beabsichtige, eine Reihe von Vorortgemeinden zusammenzulegen, Berlin also mit einem Kranze größerer Vorortgemeinden zu umgeben. Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß für die Haltung der Regierung politische Gründe maßgebend sind. Die Regierung fürchtet von der Eingemeindung eine Stärkung des politischen Einflusses Berlins im allgemeinen und der Sozialdemokratie im besonderen. Die Maßnahmen der preussischen Regierung sind nicht getragen von der Erwägung, was im Interesse des Volkswohls notwendig ist, sondern von der junterlich-reaktionären Auffassung eingeben, daß alles geschehen muß, um das machtvolle Anwachsen der Sozialdemokratie und die Selbständigkeit

der Gemeinden zurückhalten. (Sehr richtig.) Die Auffassung, daß für das Volk der Grundsatz zu gelten hat, „Soldat sein, Steuer zahlen, Maul halten“, ist auch in dieser Frage zur Geltung gekommen. (Beifall.) Aber die Schaffung von Groß-Berlin ist eine Notwendigkeit und wird erfolgen, wenn nicht mit der Regierung, so gegen sie, die wirtschaftliche Entwicklung läßt sich eben nicht von einigen preussischen Junkern und Ministern aufhalten. (Sehr richtig!) Uebrigens hätte auch die preussische Regierung schon im Laufe der Jahre lernen können, daß die Sozialdemokratie solcher Zwirnsfäden spottet. Die Gründung des Verbandes ist der beste Beweis, daß die Sozialdemokratie für sich die Frage bereits gelöst hat, daß sie die Vororte bereits einverleibt hat. (Sehr gut!)

Wenn nach Lage der Verhältnisse das Ziel, die Eingemeindung, nicht ganz erreicht werden kann, so stehen wir vor der Frage, was soll geschehen, um das Notwendige zu leisten. Hier möchte ich vorweg noch bemerken, daß die Schaffung von Zweckverbänden in anderen größeren Städten bereits vollendet ist. Ich erinnere nur an New York und an London, wo zur Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten der Grafschaftsrat geschaffen ist. Ein preussischer Minister des Innern, ich glaube, der jetzige Finanzminister v. Rheinbaben, nein, es kann auch ein Hammerstein gewesen sein, das ist ja ganz gleichgültig (Heiterkeit), ist ja nach London gereist, um die kommunalen Verhältnisse zu studieren. Ueber die Erfolge dieser Studienreise hat man aber noch nichts zu hören bekommen. (Heiterkeit.)

Nach den bestehenden Gesetzen können Gemeinden sich zu Zweckverbänden vereinigen. Meines Erachtens werden wir aber diesen Weg nicht betreten können, denn die westlichen Vororte werden für freiwillige Zweckverbände nicht zu haben sein, obwohl gerade sie am allerersten die Pflicht hätten, für die gemeinsamen Zwecke Mittel beizutreiben. (Sehr richtig!) Denn die dort wohnenden reichen Leute erhalten ihre Mittel ja aus der Arbeit der breiten Masse und sollten verpflichtet sein, zur Unterhaltung des Gemeinwesens beizutragen, dem sie ihren Wohlstand verdanken. (Sehr richtig!) Hier wird nur der gesetzgeberische Zwang helfen können und die Sozialdemokraten haben darauf zu drängen, daß ihre Gemeinden Sturm laufen gegen die bestehenden Verhältnisse. Das Gebiet des Verkehrswezens ist vielleicht das einzige, auf welchem möglicherweise ein freiwilliger Zweckverband ins Leben treten kann.

Bei den Zwangsverbänden komme ich auf § 53 des Kommunalabgabengesetzes, wonach eine Betriebsgemeinde zu den Lasten der Wohnungsgemeinde herangezogen werden kann. Ich halte dies für die Existenzfähigkeit unserer schwachen Vorortgemeinden für durchaus notwendig (Sehr richtig!) und würde es für falsch halten, wenn die Partei sich gegen diesen Paragraphen ins Zeug legte. Wenn wir aber nicht zu Zweckverbänden kommen, kann allerdings einmal der Zustand kommen, wo auch Berlin sagen muß: Das Hemde ist uns näher als der Rock! Wir haben gemeinsam dafür zu sorgen, daß diese Zeit nicht eintritt, daß man sich bewußt wird, daß man an einem Strange zu ziehen hat. Die Kollegen in den Vororten sollten nicht die augenblicklichen kleinen Verdrüsslichkeiten maßgebend sein lassen, sondern ihre Blicke dem großen Ziele zuwenden. Eine großzügige Wohnungspolitik z. B. ist ohne einen solchen Zweckverband gar nicht denkbar. Ueber die grundsätzliche Politik auf diesem und anderen Gebieten müssen wir uns auf späteren Konferenzen klar werden. Die Fragen, die wir heute verhandeln, verlangen die volle Aufmerksamkeit jedes einzelnen sozialdemokratischen Gemeindevertreters.

Zu voller Uebereinstimmung mit den in den Referaten zum Ausdruck gekommenen Grundsätzen bitte ich Sie, die vorgeschlagenen Leitsätze anzunehmen. Darüber hinaus aber bedarf es zu ihrer Erfüllung reger energischer Arbeit sowohl der Genossen, die bereits in den Gemeindevertretungen sitzen, als auch dafür, daß ihre Zahl sich beständig vermehrt. Nur mit der Durchsetzung der bürgerlichen Vertretungen mit zahlreichen Sozialdemokraten wird unser Kommunalprogramm im allgemeinen und die Forderungen, die wir heute vertreten, im besonderen, der Erfüllung näher gebracht werden. (Beifall.) Unsere Aufgabe muß sein, die sozialdemokratischen Grundsätze fort und fort zu propagieren und bei jeder Wahl, wie sehr sich auch die Gegner sozial anstellen mögen, mehr und mehr Sozialdemokraten in die Gemeindevertretung zu bringen, dann werden wir auch schon innerhalb der heutigen Verhältnisse zu immer besseren Verhältnissen kommen. Wenn die heutige Konferenz und die folgenden dazu dienen werden, dann werden wir ein gutes Werk getan haben. (Lebhafte, anhaltende Beifall.)

In der Diskussion weist Dr. Zadel-Berlin auf die Gefahr hin, daß der Grund und Boden zwischen Berlin und den Vororten immer mehr bebaut wird und in die Hände der großen Terraingesellschaften gerät, die auf laudere und unlaudere Weise ihre Hand überall in den Gemeindevertretungen haben. Durch Zweckverbände der heutigen Gemeinden kann diese Gefahr beseitigt werden, denn sie stehen mit den Terraingesellschaften in mehr oder minder loser Verbindung. Unsere Vertreter müssen dafür sorgen, daß das Terrain nicht veräußert oder der Gemeinde wenigstens das Recht gewahrt wird, bei den Bebauungsplänen ein Wort mitzusprechen. Für diese und ähnliche Fragen sollten wir eine Art Aktionsausschuß aus möglichst wenig Mitgliedern ins Leben rufen.

Damit schließt die Diskussion. Die Leitsätze werden einstimmig angenommen. Zur Verhandlung gestellt wird folgender Antrag, den die sozialdemokratische Fraktion der Nizdorfer Stadtverordnetenversammlung gestellt hat.

Zum Zweck einer fortwährenden Verständigung in allen Berlin und die Vororte angehenden kommunalen Fragen und ferner zur Erzielung eines einheitlichen Vorgehens nach den Grundsätzen des sozialdemokratischen Kommunalprogramms wird eine ständige Kommission eingesetzt.

Dieselbe besteht aus Delegierten der Berliner Stadtverordnetenfraktion und der Fraktionen der Gemeinde- und Stadtvertretungen der Vororte.

Die einzelnen Orte delegieren in diese Kommission für je 10 Gemeindevertreter ein Mitglied; jeder Bezirkteil unter zehn wird für voll gerechnet.

Die Kommission tritt mindestens zweimal im Jahre zusammen.

Willy-Nizdorf empfiehlt diesen Antrag als Konsequenz der heutigen Verhandlung. Falls die Zahl der vorgeschlagenen Delegierten zu groß erscheint, könnte sie ja verkleinert werden.

Dr. Zadel-Berlin wendet sich gegen den Antrag: Eine Zusammen-

kunft von mindestens 50 Vertretern ist keine Kommission mehr. Es sei überflüssig, noch eine neue Instanz zu schaffen, nachdem den Gemeindevertretern von Berlin, Teltow und Niederbarnim 10 Plätze in der Generalversammlung von Groß-Berlin eingeräumt worden seien. Diese Vertretung sei die gegebene Kommission, die nach Bedürfnis solche Konferenzen wie die heutige einberufen könne. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. Zadel-Berlin hält auch den von Bruns vorgeschlagenen Apparat für noch zu schwerfällig. Wir brauchen einen Aktionsausschuß von drei Männern, die jeden Augenblick zusammenkommen können.

Hirsch-Charlottenburg schließt sich dem Vorschlage von Bruns an und empfiehlt, eine Person mit der Sammlung des einschlägigen Materials zu betrauen und damit eine Art Zentralstelle zu schaffen, von der jeder sozialdemokratische Gemeindevertreter Groß-Berlins Auskunft erhält.

Nachdem noch Zubeil-Berlin im gleichen Sinne gesprochen und Gloger-Nizdorf vorgeschlagen hatte, dem Berliner Aktionsausschuß den Nizdorfer Antrag zur Vorberatung zu überweisen, wird der Vorschlag von Bruns mit großer Mehrheit angenommen, und die 10 Stadtverordneten, die Sitz und Stimme in der Generalversammlung haben, (5 von Berlin, 3 von Teltow, 2 von Nieder-Barnim) werden damit betraut, die im Nizdorfer Antrag genannten Zwecke zu erfüllen.

Beschlossen wird noch, die Zahl aller antretenden sozialdemokratischen Gemeindevertreter von Groß-Berlin festzustellen und im Protokoll anzugeben.

Damit sind die Arbeiten der Konferenz erledigt. Singer schließt dieselbe mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie. Die Delegierten stimmen begeistert in das Hoch ein.

## Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Zeitz, 5. Mai. (Eig. Ber.)

Friede in Sicht? Die am vergangenen Sonntag in Halle stattgefundene öffentliche Bergarbeiterkonferenz scheint trotz des Schweigens des anwesenden Werkvertreter ein positives Ergebnis gezeitigt zu haben. Mit Bezug auf den Passus der dort angenommenen Resolution:

„Die Bergarbeiter sind auch jetzt bereit, jederzeit in Verhandlungen zu treten, um den Frieden zwischen den Werken und den streikenden Arbeitern wiederherzustellen. Nur lehnt die streikende Arbeiterschaft es ab, die jetzt noch auf der Grube tätigen Arbeiterausschuß-Mitglieder als Vermittlungsinstanz in diesem Kampfe anzuerkennen.“

erklären die im Zeitz-Weissenfeller Bergwerksverein organisierten Unternehmer folgendes:

„Damit ist der Boden zu Verhandlungen, den Werkverwaltungen und Belegschaften betreten können, bereitet. Auf der Mehrzahl der Werke, auf denen Arbeiterausschüsse vorhanden sind, streiken alle oder wenigstens die meisten Ausschußmitglieder, so daß diese nichts abhalten könnte, Anträge oder Forderungen den Werkleitungen vorzulegen. Wo die Verhältnisse aber anders liegen, oder wo die Ausschußmitglieder sich zurückhalten wollen, oder endlich, wo Arbeiterausschüsse überhaupt nicht bestehen, da bietet die Arbeitsordnung den Ausschüssen die geeignete Handhabung in einer Bestimmung, nach der Anliegen und Beschwerden eines größeren Teiles der Belegschaft durch drei Vertreter vor den Werkbesitzer gebracht werden können, nur müssen es Arbeiter aus der Belegschaft selbst sein.“

Nach dieser Erklärung, die als eine Folge der auf der Halle'schen Konferenz angenommenen Resolution aufzufassen ist, haben die Streikenden sich erboten, Verhandlungen aufzunehmen. Gegenwärtig schweben dieselben noch. Es steht zu erwarten, daß im Interesse aller Beteiligten sowie der gesamten Industrie die Verhandlungen ein Resultat zeitigen werden, auf Grund dessen die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen kann. Sollten sich diese Erwartungen allerdings nicht erfüllen, die Verhandlungen keine annehmbaren Bedingungen bringen, so sind die Vergleiche bereit, den Kampf mit erneuter Kraft aufzunehmen. Die nächsten Tage müssen unbedingt die Entscheidung bringen.

Eines der Mittel, die Bergarbeiterschaft unter fester Abhängigkeit und stetem Druck zu halten, bietet das System, den Leuten Geld zu leihen. Sei es nun, daß sich ein Arbeiter selbst ein Haus bauen will, sei es auch, daß er ein im Bau bereits fertigtes in seinen Besitz bringen will, sei es auch, daß er sonstige größere Ausgaben zu machen hat: fast immer wird er bei seinem „Brotgeber“ eine halbselbständige offene Hand finden, die bereit ist, gegen Zinsen und entsprechende Amortisation ihm die nötigen Mittel vorzutreiben. Sicher ist sich dadurch doch einen ihm jederzeit ergebenden abhängigen Stamm von Arbeitern, den er gegebenenfalls an der Leine hat. Jene Leute sind viel schlimmer daran, wie diejenigen, welche Werkwohnungen inne haben! Es haben Leute Häuser gebaut, welche 40 bis 65 Mark dazu gehabt haben — unter Umständen auch gar nichts. Diese Arbeiter werden vertraglich verpflichtet, außer den Zinsen für das geliehene Kapital monatlich 10 bis 20 Mark am Kapital selbst abzuführen. Wehe dem Arbeiter — leider sind es nicht wenige — der darauf eingeht! Der feste Abzug nebst Zinsen bildet für ihn eine schier unerträgliche Last; eine Kette, an der er zeitlebens schwer zu schleppen hat. Und wird er mit dem Abtragen der Schuld nicht fertig, dann haben seine Kinder noch langjährig daran zu tunen. Ist die Kette dann endlich bezahlt, der Arbeiter glücklicher Besitzer derselben, so ist vielleicht unterdessen die Kohle auf dem Werke, in dessen Nähe er gebaut hat, alle geworden, die Bedürfnislichsten der Grube werden aberfliehen, an einem entfernteren Orte wieder aufgebaut. Grund und Boden wird dadurch entwertet. Die Industrie „zieht aus“, die Arbeiterschaft nach und da, wo früher reine Bauerndörfer waren, hat sich ein mittel- und beschloßenes Industrieproletariat angegeseselt. Oder auch umgekehrt. Am meisten tritt dies in Erscheinung im Neuselwitzer-Altenburger Revier, wo in den letzten Jahren sogar eine ganze Anzahl Arbeiterkolonien entstanden sind mit polnisch sprechender Bevölkerung. Ein Ruhrbeden im Kleinen!

Die Leute nun, die ihr Alles, jedes bißchen Menschlichkeit geopfert haben, die zeitlebens geduldet, geschuftet und gehungert haben, nur um sich für den Rest ihrer Tage im Besitze eines eigenen Heims zu wissen, sind dadurch um die Früchte ihrer unglücklichen Arbeit und Entbehrungen betrogen. Die Kette ist bezahlt, aber sie ist entwertet und steht leer. Anderwärts beginnt das Spiel von neuem. In dem gegenwärtigen Kampfe sind, soweit es sich über-

sehen läßt, sämtliche Arbeiter, die auf diese Weise von den Gesellschaften Geld geborgt hatten, zu Streikbrechern geworden!

Auf einem Privatwerke des Zeitz-Weissenfeller Revieres, dessen miserable Zustände und elende Entlohnung erst vor kurzem die härteste Kritik in der Öffentlichkeit erfahren mußte und das mitten unter den Gruben sich befindet, deren Arbeiterschaft ausständig ist, streift nicht mit. Und warum? Weil die meisten der dort Beschäftigten Schuldner ihres „Herrn“, des Grubenbesizers, sind oder waren! Und zwar haben die Leute nicht nur Geld zu Häuserbauten und ähnlichen Zwecken geliehen. Nein. Für die heterogensten Dinge hat man stets eine offene Hand und ein „warmes“ Herz gezeigt — und hat die Arbeiter dadurch in eine derartige Abhängigkeit gebracht, daß sie gezwungen sind, auch unter den elendsten Verhältnissen und Arbeitsbedingungen Stand zu halten. Das gehört auch in den Rahmen des Bildes, welches der Streik vor dem Auge des Sozialpolitikers, des Menschenfreundes aufgerollt hat!

## Gerichts-Zeitung.

Der fahrlässige Verkauf von Cholera-Tropfen hat zu einer Anklage wegen fahrlässiger Tötung geführt, die gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts II beschäftigte. Auf der Anklagebank mußten der Drogenhändler Friedrich Libeau und der Drogist Paul Hannes Platz nehmen. Am 4. Dezember v. J. kaufte der 58-jährige Arbeiter Buchholz in dem Geschäft des Angeklagten Libeau für 60 Pfennige Cholera-Tropfen, die bekanntlich einen ziemlich erheblichen Prozentsatz Opium enthalten. Der Verkauf ist deshalb durch kaiserliche Verordnung vom 22. Oktober 1904 nur in Apotheken gestattet. Trotzdem verkaufte der bei L. angestellte Angeklagte Hannes an Buchholz eine größere Quantität dieser Opiumtropfen. Der des Gebrauches unkundige D. nahm ein paar kräftige Schlucke und setzte sich dann ruhig an den Mittagstisch. Hier machten sich jedoch bald die Wirkungen des Giftes bemerkbar, Buchholz verfiel in einen Schlaf, aus dem er nicht wieder erwachte. Trotzdem ärztliche Hilfe sofort herbeigerufen worden war, so daß dem Vergifteten der Magen ausgepumpt und die künstliche Atmung eingeleitet werden konnte, verstarb D. nach vier Stunden an Opiumvergiftung. Gegen die Verkäufer der tobbringenden Tropfen wurde die vorliegende Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben. Die Fahrlässigkeit wird von der Anklagebehörde darin gefunden, daß die Angeklagten trotz des gesetzlichen Verbots Cholera-Tropfen überhaupt verkauft und ferner ein so großes Quantum auf einmal abgegeben haben, durch welches bei nicht ordnungsmäßigem Gebrauch der Tod eines Menschen verursacht werden könne. Unter den Sachverständigen Geh. Medizinalrat Dr. Schulz, Geh. Medizinalrat Dr. Pfleger und den praktischen Ärzten Dr. Schustan und Schäler entstanden Widersprüche darüber, ob der Tod des D. durch die Cholera-Tropfen verursacht worden sei. Der Verteidiger beantragte die Freisprechung beider Angeklagten, da es nicht einmal festgestellt sei, daß der Getötete den Wirkungen des Giftes allein erlegen ist. Der Verkauf der Tropfen allein, stelle keine Fahrlässigkeit dar, denn jede Apotheke gebe das gleiche Präparat im freihändigen Verkauf in jeder Quantität und an jedermann ab. Außerdem habe an der Flasche der Vermerk gestanden, daß nur 20-30 Tropfen eingenommen werden dürfen. Der Gerichtshof kam nach kurzer Beratung aus den von der Verteidigung angeführten Gründen zu einer kostenlosen Freisprechung beider Angeklagten.

## Aus der Frauenbewegung.

Steglitz. Am Mittwoch, den 9. d. M., hält der hiesige Bildungsverein für Frauen und Mädchen seine Mitgliederversammlung bei Bahrendorf, Schloßstr. 117, ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag des Herrn Störmer über: Die Gleichberechtigung der Menschen in Theorie und Praxis. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste willkommen. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Weissenfee. Den Mitgliedern nochmals zur Kenntnis, daß der hiesige Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse am Sonnabend, den 12. Mai, im Schloß Weissenfee sein 8. Stiftungsfest feiert. Das reichhaltige Programm — Konzert und Vorträge der Theatergesellschaft Lewandowski — wird einen genussreichen Abend verschaffen. Die Mitglieder werden ersucht, sich recht zahlreich einzufinden. Einladungen sind bei Frau Denning, Friedrichstraße, v. II, Frau Brandenburg, Köllische Str. 9, v. II und Frau Teuber, König-Chaussee 39, III links zu haben.

Friedenau. Heute, Dienstag den 8. Mai, findet bei Grube die Monatsversammlung des hiesigen Frauenbildungsvereins statt. Herr Dr. Binkus spricht über „Unterleibsleiden“. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen, da der Vortrag für Frauen von höchster Wichtigkeit ist. Gäste sind sehr freundlich willkommen. Der Vorstand.

Zur Berichtigung des Herrn Dr. Popert. Herr Dr. P. erklärt meine und der Genossin St. Darstellung für irrig. Dazu will ich nur noch folgendes bemerken: Es haben noch mehrere Parteigenossen die streitigen Worte gehört, nicht nur die Berichterstatterin und ich.

Sodann hat Herr Dr. P. am Tage nach dem Referat erklärt, daß der in Frage stehende Satz der einzige sei, den er nicht vom gedruckten Text abgelesen habe. Das werde er nicht wieder machen, damit solche Irrtümer vermieden blieben (und auf einer Postkarte notierte er, was er hätte sagen wollen, um es der Berichterstatterin durch mich vor Drucklegung des Berichts zu übermitteln).

Hätte er die jetzt in Abrede gestellten Worte nicht gesprochen, wozu dann die Karte?

Im übrigen halte ich das am 29. April in der Berichtigung Gesagte aufrecht.

Auf weitere „Berichtigungen“ werde ich nicht mehr reagieren. W. Reichle-Berlin.

Bewegung der Dienstboten. In Pilsch i. V. fand eine außerordentlich stark besuchte Dienstbotenversammlung statt, in der beschlossen wurde, eine Filiale des Rünberger Dienstbotenvereins zu gründen und einen eigenen Stellenmachweis zu errichten, der kostenlos sein soll, um den wucherischen Stellenvermittlerinnen das Handwerk zu legen.

**Sunlicht Seife**

Wäscheri Schneeweiss

Wählt an Beliebtheit ständig in bedeutendem Masse zu und zwar ausser beim Publikum im allgemeinen, auch in Fachkreisen, den Wäscheri-Grossbetrieben, welche auf ein rationelles Waschoverfahren einen besonderen Wert legen und legen müssen. Immer mehr drückt sich die Ansicht — die einzig richtige — Bahn, dass eine reine unversehrte Qualitäts-Seife, wie die Marke „Sunlicht“ mehr leistet als chemische Zusätze, weil sie den Schmutz erweicht und auflöst, ohne auf die Gewebe zerstörend zu wirken.

Lassen Sie deshalb auch für Ihre Wäsche nur Sunlicht Seife gebrauchen. Sie haben dann die Überzeugung, dass dieselbe auf die beste Weise, welche die moderne Wissenschaft gewährt, behandelt wird. Man achte genau auf die Originalverpackung als Schutz gegen Nachahmungen.

Besonders vorteilhaft:

Warenhaus.

Ein grosser Posten Waschlappen, Wert bis 1.- Mk. Meter 55 Pf. Ein grosser Posten Vell in allen mod. Farben, Wert bis 1.- Mk. Meter 98 Pf.

Ein grosser Posten Kostüm-Röcke, Wert bis 6.- Mk. 1.95 Mk. Ein grosser Posten Badist-Büsten mit Stickerel, Wert bis 3.- Mk. 2.45 Mk.

Kinder-Jockey-Mützen 68, 48, 38 Pf. Herren-Hüte, weich und steif, prima Filz 1.95 Mk.

Collearte Garnturen, 1 Servietze und 1 Paar Manschetten 85 Pf. Collearte Herren-Oberhemden, in schönen Mustern 2.95 Mk.

Table with 10 columns (Grösse 1-10) and 3 rows (Diamantschwarz Prima, Extra Prima, Lederfarbig, hell und dunkel).

Damenstrümpfe, Diamantschwarz, engl. lang. Paar 38 Pf. Gestrickte Damenstrümpfe, Echtschwarz. Paar 65 Pf. Ringel-Strümpfe für Damen, engl. lang. Paar 45 Pf.

Doppelte Rabatt - Marken' geben wir bis 11. Mai

wenige Artikel ausgenommen.

Einen Selbstmord an seinem Vermögen begeht ein jeder, welcher sich bei Neuanschaffung v. Herrengarderobe nicht an das Spezial-Herren - Bekleidungs - Geschäft, fertig u. nach Maß, von J. Kurzberg, An der Jannowitzbrücke I., wendet. Es ist dies kein Waren - Kredit - Haus, und man erhält dort beste Qualitäten bei billigen Preisen gegen Teilzahlung von 1 Mark an.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. Berlin - Pankow. Grösste Malzbier-Brauerei in Deutschland. Caramel = Malzbier. Alkoholfreies, diätetisches Spezialbräu. Aertzlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährnde Mütter etc. Als Tafelgetränk sehr bevorzugt. Preis pro zirka 4/10 Flasche 10 Pfennig. Ueberall käuflich.

Sie ersparen Zeit und Geld, wenn Sie vor Antritt einer Reise die nötigen Ansichtskarten befragen in der Ansichtskarten-Ausstellung „Bediene dich selbst“, Berlin SW., Friedrichstraße 164 (Ecke Passage). Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Zebbinsee. Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.

J. Ziehung 5. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 7. Mai 1906, vormittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

126000 24 106 209 313 38 90 634 [500] 749 074 99 127118 [3000] 263 587 740 819 64 945 128000 570 72 714 69 [1000] 809 13 19 42 52 129018 175 80 221 48 345 415 690 [1000] 07 795 802 [1000] 983 [500]

1. Ziehung 5. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 7. Mai 1906, nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

088 127238 530 008 012 49 [500] 128079 132 317 833 985 129099 147 03 253 [1000] 358 57 547 832 901 13 91

Sämtliche Neuheiten für Frühjahr u. Sommer vorrätig.



M. Schulmeister Schneidermeister Berlin SO., Dresdenerstraße 4 am Kottbuser Tor.

Spezial-Haus feiner Herren- und Knaben-Garderobe fertig und nach Maß.

Elegante Sommer-Paletots Mk. 18.50 Jackett-Anzüge. 17.50 Rock-Anzüge. 26.- Gehrock-Anzüge. 32.50 Haus-Joppen. 6.-

Berufskleidung für alle Gewerke. Nur Eigen-Konfektion.

Wo kaufen Sie den neuen Sommerpaletot? Lieben Sie es, sich das doppelte vorschlagen zu lassen, stundenlang zu handeln, und zu feilschen, so finden Sie Läden genug. Wollen Sie aber im realen Geschäft Herren- und Knaben-Konfektion gut und billig kaufen, dann gehen Sie zu: Herrmann Schlesinger Turmstr. 58 und 85. Auf Wunsch: Sommer-Paletots. Elegante Anzüge.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake. Spezialität: Nordhäuser Kautabak stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 696L\* Amt 4, 3014.

Was ist Reife-Cheviot? Ein eleganter Anzugstoff in modernen echten Farben, reine Schafwolle, unzerreißbar, 140 cm breit, 3 Meter kosten 12 Mark franko. Direkter Versand nur guter Stoff-Neuheiten zu Anzügen, Paletots, Hosen bei billigen Preisen. Jeder genau Vergleich überrascht. Aus über 1000 Postorten liegen Nachbestellungen u. Empfehlungen vor. Verlangen Sie Muster ohne Kaufzwang und portofrei. 1130L\* Wilhelm Boetzkes in Düren B 26 bei Aachen.

Dr. med. A. Smith'sches Ambulatorium für Herz- u. Nervenkrankte Berlin W. 2, Potsdamerstr. 52. Funktionelle Untersuchung und Behandlung. Ausführliches in Prospekt (frei). Literatur: Dr. med. Max Asch, Herz- u. Nervenleiden u. ihre Behandlung mit unterbrochenen u. Wechselströmen. - Historisches, Theoretisches u. Praktisches in gemeinverständl. Darstellung. (Zu bezich. d. alle Buchh. Preis 50 Pf.)

Jedes Jenensia-Rad ein Meisterwerk deutscher Technik. Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie! Sozial-Räder Mk. 65.-, Sozial-Luxus- mit Freilauf, Mk. 100.-, Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten. 23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Kleine Anzeigen

Verkäufe.

Wäschmaschinen. Zahl bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweilt. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Soffaste, Brauser, Küpferstrafe 90. 421\*
Göbberneiche Herzmansche, Sommerpaletots, die aus feinsten Stoffen gefertigt wurden, 18 bis 35,00, Herrenhosen 7-12,00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Verlagshaus, Nagerstraße 63, 1 Trepp.

Wingelstücken, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Schnellste Lieferung. Postkarte genügt. Beste Qualität. Zugzug. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 49, Grenzauerstraße 59/60. 159\*
Leibhaus Bringenstraße 23, 1 Trepp, Ecke Mittelstraße. Verfertigte Kleider, Gelegenheitsstücke, Goldschmied jeder Art, goldene Uhren, verkauft spottbillig.

Wingelstücken, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Schnellste Lieferung. Postkarte genügt. Beste Qualität. Zugzug. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 49, Grenzauerstraße 59/60. 159\*
Leibhaus Bringenstraße 23, 1 Trepp, Ecke Mittelstraße. Verfertigte Kleider, Gelegenheitsstücke, Goldschmied jeder Art, goldene Uhren, verkauft spottbillig.

Wingelstücken, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Schnellste Lieferung. Postkarte genügt. Beste Qualität. Zugzug. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 49, Grenzauerstraße 59/60. 159\*
Leibhaus Bringenstraße 23, 1 Trepp, Ecke Mittelstraße. Verfertigte Kleider, Gelegenheitsstücke, Goldschmied jeder Art, goldene Uhren, verkauft spottbillig.

Wingelstücken, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Schnellste Lieferung. Postkarte genügt. Beste Qualität. Zugzug. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 49, Grenzauerstraße 59/60. 159\*
Leibhaus Bringenstraße 23, 1 Trepp, Ecke Mittelstraße. Verfertigte Kleider, Gelegenheitsstücke, Goldschmied jeder Art, goldene Uhren, verkauft spottbillig.

Wingelstücken, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Schnellste Lieferung. Postkarte genügt. Beste Qualität. Zugzug. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 49, Grenzauerstraße 59/60. 159\*
Leibhaus Bringenstraße 23, 1 Trepp, Ecke Mittelstraße. Verfertigte Kleider, Gelegenheitsstücke, Goldschmied jeder Art, goldene Uhren, verkauft spottbillig.

Morgen Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Lichtenberg. Wir machen die Genossen auf die heute abend im Lokale der Gebr. Arnhold stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam. Am Sonntag, den 13. Mai, findet keine Versammlung statt. Am Montag, den 14. Mai, ist im Lokale der Gebr. Arnhold ein Theaterabend in Aussicht genommen, zu dem Willets a 50 Pf. bei den Bezirksführern erhältlich sind.

Groß-Lichterfelde. Mittwoch, den 9. Mai, abends 8 Uhr: Versammlung des Wahlvereins bei Reisen, Chausseestraße 104. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Kaliski. Der Vorstand.

Schmargendorf. Am Mittwoch, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant „Wirtshaus Schmargendorf“, Wartenmündersstraße 6, eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Vortrag über „Sozialistische Kommunalpolitik“. Gäste, besonders die Gemeindevorstände, welche bei der diesjährigen Wahl für unseren Kandidaten gestimmt haben, sind hierzu eingeladen. Die Parteigenossen sind ersucht, in der Versammlung pünktlich zu erscheinen und in weitestem Kreise für dieselbe zu agitieren.

Bezirk Waldmannslust. Der Diskutierabend für Vorkriegsleute findet am Dienstag abend 9 Uhr bei Kube statt. Genosse Boigt hält den zweiten Teil seines Vortrages „Die Gesetzgebung des Liturgus und des Solon“. Nege Beteiligung gewünscht. Der Vorstand.

Wittenau. Die Mitglieder des Wahlvereins werden ersucht, zu dem am Mittwoch, den 9. Mai, abends 9 Uhr, bei Böhm stattfindenden Diskutierabend pünktlich und vollständig zu erscheinen. Es erfolgt die Ausgabe der neuen Mitgliedsbücher; die alten Mitgliedsbücher sind zum Zweck der Kontrolle mitzubringen. Der Vorstand.

Spandau. Heute Dienstag abend findet in allen Bezirkslokale Zahlabend statt.

Potsdam. Der sozialdemokratische Wahlverein hält seine Mitgliederversammlung morgen Mittwoch, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Ludenthin ab. Tagesordnung: Mitgliedsaufnahme, Vereinsmitteilungen (Mafier usw.), Vortrag über Konsumgenossenschaften, Verschiedenes. Zahlreicher Besuch erwartet. Der Vorstand.

Uttungl. Vorher: Vorstandssitzung um 8 Uhr.

Berliner Nachrichten.

In einer Kundgebung gegen alle Sonderinteressen hat sich die am Sonntage im Gewerkschaftshause stattgehabte Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter von Groß-Berlin gestaltet.

Zusammenberufen war die Konferenz, um zu einigen die Stadt Berlin und die Vororte gemeinsam angehenden, besonders dringlichen Fragen Stellung zu nehmen und die Richtlinien festzulegen, nach welcher Richtung hin sich vorzugsweise die Tätigkeit sozialdemokratischer Gemeindevertreter zu erstrecken habe. Als besonders dringlich wurde die Frage des Verkehrswesens, sowie die der Armen- und Krankenpflege erachtet. In instruktiven Referaten legten die Referenten dar, daß Berlin mit den Vororten schon längst eine wirtschaftliche Einheit bildeten und deshalb alle Ursache hätten, ihre gemeinsamen Interessen zu wahren. Es sei ein Konjens, wenn es heiße, Berlin gegen die Vororte oder die Vororte gegen Berlin, sondern es müsse heißen: Berlin mit den Vororten und die Vororte mit Berlin. Kleine Lokalinteressen müßten da zurücktreten, Sonderinteressen scharf bekämpft werden. Vor allem gelte es aber, in Rücksicht auf die besonders dringliche Regelung des Verkehrswesens mit aller Energie sich jedweder Ausdehnung des Machtbereichs einer der schon bestehenden Erwerbsgesellschaften oder der Erteilung von Konzessionen an neu sich bildende Gesellschaften zu widersetzen und immer lauter die Forderung der Kommunalisierung des Verkehrswesens zu erheben. Zu diesem Zweck ist die Eingemeindung der mit Berlin eine wirtschaftliche Einheit bildenden Vororte geboten und so lange diese durch die Lage der Gesetzgebung nicht zu erreichen ist, ist die Bildung von Zweckverbänden und zwar als Zwangsverbände anzustreben.

In der Diskussion zeigte sich, daß das Gebiet der gemeinsamen Interessen Berlins und der Vororte ein solch umfangreiches ist, daß eine öftere Aussprache der sozialdemokratischen Gemeindevertreter von Groß-Berlin zu einer dringenden Notwendigkeit wird. Diese soll denn auch öfter erfolgen.

Die Konferenz lieferte den Beweis, mit welchem Eifer die sozialdemokratischen Gemeindevertreter bemüht sind, die Verwaltung der Gemeindevertretungen mit sozialem Geist zu durchdrängen und die Interessen der besitzlosen Massen gegen die Sonderinteressen der Haus- und Grundbesitzer nach Kräften wahrzunehmen. Das wird aber umso intensiver geschehen können, wenn allerorts dafür gesorgt wird, daß sich die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter bei jeder Wahl vermehrt.

Auf der Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 10. Mai, stehen u. a. folgende Punkte: Antrag der Stadtverordneten Antris und Genossen betreffend die Einführung von Bestimmungen über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter Berlins; Vorlage betreffend den Erlass einer Grundsteuerordnung nach dem Maßstabe des gemeinen Wertes und einer revidierten Umfassungsordnung unter Einführung einer Wertzuwachssteuer; Vorlage betreffend den Verkauf eines Grundstücks Müllerstraße 161; außerdem noch einige kleinere Vorlagen.

Bureaukratismus in Krankenhäusern.

In der jüngsten Sitzung in der städtischen Deputation für Krankenanstalten und öffentliche Gesundheitspflege wurden vom Genossen Dr. Wehl die Klagen über den Zeitverlust bei der Aufnahme Schwerkranker zur Sprache gebracht, von denen in der Generalversammlung der Betriebskrankenkasse der Großen Berliner Straßenbahn im Anschluß an einen Fall die Rede war, der im Augusta-Viktoria-Krankenhaus in Weihensee sich ereignet haben sollte. Von der Verwaltung der städtischen Krankenhäuser wurde ausdrücklich betont, daß diese Klagen auf städtische Krankenhäuser sich nicht beziehen könnten. Abgesehen davon, daß Beschwerden über Scherereien bei der Aufnahme

seien die Verwaltungen der einzelnen städtischen Krankenhäuser ausdrücklich und zu wiederholten Malen darauf aufmerksam gemacht worden, daß Schwerkranker ohne jeden Zeitverlust und ohne irgendwelche Schwierigkeiten sofort dem behandelnden Arzte zugeführt werden müssen. Andererseits ist es aber notwendig, daß leichter Erkrankte der Verwaltung Auskunft über ihr Rationale geben, um die Verwandten schnell und sicher von irgendwelchen Zufällen zu unterrichten. Jedenfalls wurde aber den Verwaltungsdirektoren sämtlicher städtischen Krankenhäuser noch einmal auf das eindringlichste eingeschärft, daß bei der Aufnahme von Kranken in die Anstalten, namentlich von Schwerkranken, denen sofortige Hilfe notwendig ist, und zu deren Lebensrettung jeder Augenblick kostbar ist, die erste notwendige Hilfe sofort zuteil wird; mit der Aufzeichnung der Personalien soll es bis dahin Zeit haben. Es wird die dringliche Aufgabe der Kranken, die Aufnahme in eine Heilanstalt suchen, beziehungsweise deren Angehörigen sein, umgehend an der zuständigen Stelle Beschwerde zu erheben, wenn etwa in einem Falle von dem nachgeordneten Bureaupersonal die von der Verwaltung festgesetzten Bestimmungen verletzt werden.

Der Schlaganfall, von dem der Herr Stadtschulrat Dr. Gerstenberg betroffen wurde, soll, wie die „Vollst-Beitung“ zu melden weiß, infolge einer erregten Konferenz eingetreten sein, die zwischen ihm und dem Provinzialschulrat Ullmann stattgefunden hatte. In dem Besinden des Herrn Gerstenberg soll übrigens eine Verschlimmerung eingetreten sein.

Die Deputation für städtische Badewesen gibt bekannt: Im städtischen Volksbad Demewitzstraße 24a ist veruchsweise ein zweiter Schwimmabend für weibliche Personen, und zwar an jedem Montag von 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr, eingeführt worden. Die abwechselnde Benutzung der Schwimmhalle von beiden Geschlechtern soll namentlich in dieser Anstalt wie folgt stattfinden:

- I. Schwimmabendezeit für weibliche Personen: a) abends am Montag und Donnerstag von 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr, b) vormittags an allen Wochentagen von 6 1/2 bis 12 Uhr, c) nachmittags am Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend von 2 bis 4 Uhr.

- II. Schwimmabendezeit für männliche Personen: während der ganzen übrigen Betriebszeit von morgens 7 (im Sommer 6) bis abends 8 1/2 Uhr, freitags 9 Uhr, Sonnabends 9 1/2 Uhr und Sonntags bis 1 Uhr nachmittags (Rassenschluß 1/2 Stunde vorher).

In den anderen städtischen Volksbadeanstalten bleiben sowohl die Schwimmabende für Frauen und Mädchen, und zwar in der Anstalt a) Lutzstraße und Schillingstraße am Montag, b) Oberbergerstraße am Dienstag, c) Gärtwaldstraße am Mittwoch als auch die übrigen Schwimmabendezeiten unverändert.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Schwimmhallen auch zur Benutzung für Nichtschwimmer eingerichtet sind. Die Bännen- und Brausebäder stehen während des ganzen Tages (an Sonntagen vormittags) Männern wie Frauen ununterbrochen zur Benutzung offen.

Auslegung der Gewerbesteuerrolle. Die für das Steuerjahr vom 1. April 1906 bis 31. März 1907 festgesetzte Gewerbesteuerrolle wird gemäß der Vorschrift im § 31 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 in der Zeit vom 7. bis einschließlich 13. Mai d. J. täglich von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags in dem Bureau der Steuerdeputation des Magistrats, Abteilung I, Poststr. 16, 1 Tr., unter Aufsicht der dazu bestellten Beamten öffentlich ausliegen. Die Einsicht in die Steuerrolle ist nur den Steuerpflichtigen des Veranlagungsbezirks gestattet.

Schwundener Arbeitgeber. Der Schneidermeister Bauer, früher Rosenstr. 55 wohnhaft, ist von acht Arbeitern und neun Arbeiterinnen beim heiligen Gewerbegericht verklagt worden. Die Kläger fordern insgesamt 301,75 M. rückständigen Lohn und Lohnvergütung wegen geschwundener, grundloser Entlassung ohne Kündigung. Da der jetzige Aufenthalt des Beklagten unbekannt ist, erläßt das Gewerbegericht öffentliche Zustellung, durch welche der pp. Bauer zu dem auf den 11. Juni d. J. vormittags 10 Uhr, anberaumten Termin zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreites vor die erste Kammer des Gewerbegerichts zu Berlin, Zimmerstr. 90-91, 3 Tr., Zimmer Nr. 26, geladen wird.

Für das Seelenheil der Berliner Bevölkerung wird nach Kräften gesorgt. Obwohl immer mehr Leute der Kirche den Rücken kehren, werden immer mehr Kirchen gebaut. Am Sonntag ist in der Schönhauser Allee die Einweihung einer Baukirche zu einer Segenskirche vollzogen worden. Ursprünglich wollte man die Kirche Waisenkirche taufen; damit war aber der Kaiser nicht einverstanden und so erhielt sie den Namen Segenskirche.

Vom Schlachtfeld der Strafe. In geradezu bedauerlicher Weise häufen sich seit einiger Zeit die Unglücksfälle im Straßenverkehr. Deute werden uns wieder acht schwere Unfälle, darunter zwei mit tödlichem Ausgang gemeldet. Am Sonntagmorgen war der 54 Jahre alte Zeitschriftenverkäufer Adolf Peterich, Meyerstr. 30 wohnhaft, an der Ecke der Koch- und Friedrichstraße mit dem Ankleben von Plakaten beschäftigt und hatte hierzu keine Leiter an der Bord-schwelle angebracht. In diesem Augenblick fuhr das Automobil A 1890 dicht vorüber, die Leiter wurde erfasst und W. auf die Straße geschleudert. Er erlitt einen komplizierten Oberschenkelbruch und wurde in die Charité eingeliefert. Ein zweiter schwerer Automobilunfall ereignete sich auf der Chaussee bei Sadowa. Der in der Rosenthalerstraße wohnhafte Fabrikant Max Bräuer befand sich mit seinem Automobil auf der Rückfahrt von Sadowa. Kurz hinter Sadowa stieß der Kraftwagen gegen einen Chauffeur und schlug um. Der Chauffeur und der Eigentümer stürzten auf die Straße und während der erstere mit leichteren Verletzungen davonkam, wurde der schwerere vom Pflaster getragen. Ein tragischer Unglücksfall, der mit dem Tode eines Kindes endete, trat in der Liebigstraße zu. Die fünfjährige Margarete Schulz hatte vor dem Elternhause in der Liebigstraße 30 gespielt und war plötzlich von einem großen Hunde angefallen worden. Angschreckt schickte die Kleine und in ihrer Verzweiflung rannte sie auf der Straße in ein Fuhrwerk hinein, wurde überfahren und so schwer verletzt, daß sie bald starb. Die Leiche ist polizeilich beschlagnahmt worden. Ebenfalls einen tödlichen Verlauf hatte ein Unglücksfall in der Wilsbachtstraße. Der in dem Fuhrgeschäft von F. Domske angestellte gewesene Kutcher August Donat wurde von einem Lastwagen überfahren und auf der Stelle getötet. Von einem Automobilunfall überfahren wurde der 30-jährige Badermeister Albrecht Lehstet aus der Dredowstr. 25. A. fuhr in der Chausseestraße auf seinem Zweirad und wurde an der Invalidenstraße von einem Auto- omnibus gestreift, umgerissen und überfahren. Der Verunglückte erlitt einen schweren Unterschenkelbruch. Außerdem werden noch drei schwere Unfälle im Straßenbahnverkehr gemeldet. Bei einem Zusammenstoß zwischen dem Motorwagen Nummer 2896 der Linie 15 und einem Bierwagen an der Moosstraße wurde der Kutcher Albert Dittmann vom Bod heruntergeschleudert und erheblich verletzt. An der Ecke der Oberbergerstraße und Kastanienallee wurde der Arbeiter Franz Schüller, Chorinerstr. 28 wohnhaft, beim Kreuzen der Weite mit dem Fahrrad umgeworfen und zwischen Straßendamm und Vorderplattform so fest eingeklemmt, daß ihn die Feuerwehr aus seiner schrecklichen

Lage befreien mußte. Der Bedauernswerte hatte einen schweren Schädelbruch sowie Weindrücke erlitten und wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus gebracht. Von einem Straßenbahnwagen der Linie Friedrichstraße-Pankow abgestürzt und schwer verletzt wurde die 60-jährige Privatiers Witwe Freitag aus der Panitzstr. 47.

Eine Panik in der Untergrundbahn. Durch Kurzschluß ist in der gestrigen Nacht auf der Untergrundbahn eine Panik hervorgerufen worden, die leicht von den schwersten Folgen hätte sein können. Kurz vor der Einfahrt eines Zuges in die Station Zoologischer Garten entstand bei dem Wagen III. Klasse Nr. 107 plötzlich Kurzschluß, eine mächtige Feuerwelle schlug im nächsten Augenblick empor und die Fahrgäste, welche glaubten, daß der Wagen brenne, bemächtigten sich eine ungeheure Aufregung. Erschrocken stieß alles nach den Ausgängen, wo es bald ein fürchterliches Gedränge gab. Der zwanzigjährige Malergehilfe Emil Fenske, Wasserlostr. 69, der noch vor dem Halten des Zuges aus dem Wagen herausspringen wollte, wurde von den nachfolgenden Fahrgästen mit solcher Gewalt gegen die Wagenwand gedrückt, daß er erhebliche Quetschungen am Arm und Hautabschürfungen erlitt. Der Verletzte mußte nach der Unfallstation XX gebracht werden, wo er die erste Hilfe erhielt. Die Entstehungsurache des Kurzschlusses konnte noch nicht festgestellt werden. Es wird angenommen, daß einer der Fahrgäste aus dem hinteren Wagenfenster einen Gegenstand herausgeworfen hat, der mit der elektrischen Leitung in Verbindung gekommen ist.

Ein Leser unseres Blattes, der in diesem Unglückszuge fuhr, schreibt uns, daß die Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft genau so rücksichtslos das Publikum behandle, wie die große Berliner. Geradezu lebensgefährlich sei es am Sonntag gewesen. Neben der ungeheuren Ueberfüllung, die durch schnellere Zugfolge eingeschränkt werden könne, sei zu rügen, daß eine Temperatur in den Wagen herrschte, die jedem den Atem benahm. Hier mußte durch ein genügendes Öffnen der Fenster für Abhilfe gesorgt werden.

Untergang eines Dampfers auf der Obersee. Als der Trainingsdampfer „Heinz“ des Berliner Rudervereins 1876 Sonntag abend eine Fahrt auf der Obersee unternahm, wobei er von einem Ruderboot begleitet wurde, begegnete ihm gegen acht Uhr auf der Höhe der Reptunskwerf der Schleppdampfer „Konfordia“, der leer fuhr. Der Steuermann der „Konfordia“ muß nun einen Fehler begangen haben. Denn als der Schlepper sich unmittelbar vor dem Trainingsdampfer „Heinz“ befand, machte die „Konfordia“ plötzlich eine Wendung, und ehe der „Heinz“ dreihundert konnte, war die „Konfordia“ mit voller Gewalt gegen ihn angefahren. Die Kollision war so heftig, daß der dreihundert von dem Schlepper getroffen „Heinz“ mitten durchschnitten wurde. Das Schiff überstieg sich und sank sofort in die Tiefe, während die „Konfordia“ weiterfuhr. Auch sie war stark beschädigt worden. Die Besatzung des „Heinz“, bestehend aus dem Dampferführer, einem Trainer und einem Kohlenkipper, wurde mit in das Wasser gezogen. Da aber alle drei Personen gute Schwimmer waren und das Ruderboot zur Hilfe eilte, gelang es, mit vieler Mühe zwar, sie zu retten. Der Trainer hatte bei dem Zusammenstoß schwere Verletzungen erlitten.

Aus der Gesundheitsstatistik. Im Berliner Arbeiterverein für Obdachlose nächtigten im Monat April im Männerasyl 20 767 Personen, wovon 9233 badeten, im Frauenasyl 4501 Personen, wovon 1197 badeten.

Die Selbstmordchronik vom gestrigen Tage meldet drei Selbstmorde durch Erhängen. In der Remerstr. 6 machte der Bauarbeiter Konrad Henze seinem Leben gewaltsam ein Ende. Er wurde gestern morgen um 9 Uhr von seinen Angehörigen bemerkt. Abends suchte man schließlich das ganze Haus nach ihm ab und fand den Verschwindenen auf den Boden erhängt auf. Er hatte angeblich wegen Arbeitslosigkeit Selbstmord verübt. Aus Lebensüberdruß hat der Händler Karanowski, der in der Wilsbachtstr. 66 in Schältschke wohnte, den Tod gesucht. Er erhängte sich in der Küche seiner Wirtin. Eine schreckliche Lebererkrankung wurde gestern morgen der Ehefrau F. aus der Wilsbachtstr. 34 zu teil. Als sie das Wohnzimmer betrat, fand sie ihre 72 Jahre alte Mutter am Fensterkreuz erhängt vor. Wegen andauernder Krankheit hatte die Greisin ihrem Dasein ein vorzeitiges Ende bereitet.

In der Karlose gestorben ist am Sonnabendnachmittag der 30 Jahre alte Hausdiener Gottlob Ludwig aus der Müllerstr. 4. Er wollte sich von einem Zahnarzt im Osten der Stadt einen Zahn und einen Mittelohrheilmittel lassen, erwachte aber nicht wieder aus der Karlose. Wiederbelebungsversuche, bei denen auch Sauerstoff angewendet wurde, blieben ohne Erfolg. Ob der Zahnarzt bei der Karlose die vorgeschriebenen Sicherheitsmaßregeln angewendet hat, ist Gegenstand einer Untersuchung. Der Verstorbene hinterläßt seine Frau mit drei Kindern im Alter von sechs bis zwei Jahren.

Warnung. Vorgefunden wurde von einem Scheusal ein fünf-jähriges Mädchen auf der Treppe des Hauses Reanderstr. 34 ver-gewaltigt. Als das Kind schrie, entlof der Verbrecher, ein junger Mensch, und entkam. Nicht minder gefährlich sind die Unholde, die in der Masse von Schulärzten kommen, um die Kinder unter dem Vorwande, sie seien für die Ferienkolonie auszuwählen, auf ihren Gesundheitszustand zu untersuchen. Schulärzte untersuchen zu diesem Zwecke die Kinder nur in der Schule, und die Ärzte der Ferienkolonien nur in ihren Sprechstunden. Leute, die unter ihrer Maske in die Wohnungen kommen, sind nur Wühlvögel, alte oder junge, die ihren Vätern frönen wollen. Die Eltern sollten sie sofort festnehmen lassen oder wenigstens nach Ausweispapieren fragen.

Eine noch nicht aufgeklärte Brandstiftung beschäftigt die Kriminal-polizei und Feuerwehr. Am Sonntag früh um 3 Uhr wurde die 4. Kompanie nach der Gerichtstr. 71 gerufen. Dort stand der unmittelbar an der Panke errichtete Lumpenspeicher der Firma Hugo Koller, Inhaberin Frau Emma Walle in großer Ausdehnung in Flammen. Die Feuerwehr mußte mit vier Stunden längerer Zeit Wasser geben, um die Flammen zu löschen, die an den Lumpen, Papier usw. reiche Nahrung gefunden hatten. Erst nach mehr-stündiger, angestrengter und durch den Qualm sehr erschwerter Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abrücken. Eine Brandwache mit zwei Schlauchleitungen hielt die Brandstelle am Sonntag unter Wasser, um einen Wiederausbruch zu verhindern. Während hier die Feuerwehr noch beschäftigt war, wurde sie gegen 5 Uhr früh nach der Reinoldenstraße 45 gerufen. Dort hatte die Firma Hugo Koller ein zweites Lager. Dieses stand ebenfalls in Flammen. Die Feuerwehr war schnell zur Stelle, fand aber schon einen aus-gedehnten Brandherd vor, so daß die Ursache des Feuers mit Sicherheit nicht festgestellt werden konnte. Durch den Unfall, daß es an mehreren Stellen brannte und beide großen Lager fast gleich-zeitig zu einer Zeit brannten, da doch niemand dort etwas zu tun hatte, nimmt man von seiten der Behörden und der Beteiligten vorläufige Brandstiftung an. Von dem Täter fehlt bis jetzt noch jede Spur.

Außer diesen beiden Bränden hatte die Wehr noch mehrere gefährliche auf dem Schleifischen, Anhalter und Bromberger Güter-bahnhöfe und dem Nordbahnhof ausgebrochene Brände zu löschen. Auf

